

BESCHLUSSBUCH

<i>LEITANTRAG 01/II/2012</i>	2
<i>LEITANTRAG 02/II/2012</i>	9
<i>KONSENSLISTE LEITANTRÄGE</i>	18
<i>ÄNDERUNGSANTRÄGE ZUM LEITANTRAG 01/II/2012</i>	18
<i>ÄNDERUNGSANTRÄGE ZUM LEITANTRAG 02/II/2012</i>	25
Arbeit / Wirtschaft	66
Bauen / Wohnen	68
Bezirke	75
Bildung	76
Europa	78
Finanzen	85
Gesundheit	91
Gleichstellung	91
Inneres / Recht	93
Inneres / Verwaltung	98
Integrationspolitik	101
Kinder / Jugend / Familie	101
Kultur	102
Netzpolitik	102
Organisation	102
Rechtsextremismus	105
Soziales	116
Umwelt	118
Verkehr	119
Verschiedenes	121
Initiativanträge	124
Konsensliste	127

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

LEITANTRAG 01/II/2012

Antrag 01/II/2012

Annahme in der Fassung des Landesparteitages

Landesvorstand

Für eine solidarische und gerechte Alterssicherung

Strukturell armutsfest und lebensstandardsichernd

Der Parteikonvent möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

I. Einleitung

Die soziale Absicherung von Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und Unfall ist eine gesellschaftliche Errungenschaft. Wir brauchen einen handlungsfähigen Sozialstaat, getragen von der Idee, dass alle Bürgerinnen und Bürger solidarisch füreinander eintreten.

Bei der Alterssicherung gibt es aufgrund von zwei Entwicklungen dringenden politischen Handlungsbedarf: Zum einen haben die Ausweitung des Niedriglohnssektors, die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses, die Zunahme nicht sozialversicherter Beschäftigungsverhältnisse und Massenarbeitslosigkeit bei der Rente geringere Anwartschaften und Lücken in der Versicherungsbiografie zur Folge. Zum anderen wird gleichzeitig das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung bis 2030 auf 43 Prozent abgesenkt. Da die meisten bei weitem keine 45 Beitragsjahre mehr erreichen, werden die tatsächlichen Rentenzahlungen dann sogar noch deutlich niedriger ausfallen. Die kapitalgedeckte Vorsorge kann die entstehende Lücke bei vielen Beschäftigten nicht schließen.

Beides zusammen führt dazu, dass viele Versicherte in Zukunft nur noch geringe Renten erreichen werden und Altersarmut wieder Thema wird. Vielen Menschen droht im Alter der soziale Abstieg, sie werden ihren Lebensstandard nicht halten können. Eine sozialdemokratische Rentenpolitik muss dieser Entwicklung gegensteuern. In diesem Zusammenhang gehören auch die Pensionen der Beamten, die berufsständischen Versorgungswerke und weitere Sonderregelungen wie z.B. für politische Mandatsträger auf den Prüfstand. 2009 hat der SPD-Bundesparteitag deshalb beschlossen, dass sich unsere Alterssicherungspolitik am Ziel der Lebensstandardsicherung orientiert, dass wir uns für eine solidarische gesetzliche Rentenversicherung stark machen und dies ausdrücklich auch die Prüfung der rentenpolitischen Maßnahmen seit 2001 einschließt. Auf dem Parteikonvent im November soll nun ein neues sozialdemokratisches Konzept zur Bewältigung der rentenpolitischen Herausforderungen beschlossen werden.

Uns ist klar, dass die Rentenversicherung nicht alle Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt nachträglich korrigieren kann. Zukünftig niedrige Renten entstehen heute durch versicherungsfreie Erwerbsformen wie Minijobs oder Werkverträge, durch die Ausweitung des Niedriglohns und längere Phasen der Arbeitslosigkeit. Gute Renten erfordern Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Eine stärkere Regulierung des Arbeitsmarkts kann sich aber bei der Rente eben nur für die Zukunft auswirken. Die diskontinuierlichen Erwerbsverläufe der Vergangenheit sind schon jetzt in vielen Versichertenbiografien eingeschrieben und führen zu mageren Anwartschaften und Lücken bei der Rente.

Unser Grundsatz ist unverändert, alle versicherungsfremden Leistungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung werden durch den Steuerzuschuss (Bundeszuschuss) getragen.

II. Ziele

a) Lebensstandardsicherung

Wir wollen den Lohnersatzcharakter der gesetzlichen Rente stärken. Die während des Erwerbslebens geleisteten Beiträge zur Rentenversicherung sollen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass der im Berufsleben erzielte Lebensstandard im Alter gehalten werden kann, dass im Alter ein sozialer Abstieg vermieden wird. Die gesetzliche Rentenversicherung hat also einen Auftrag, der deutlich über die reine Ar-

mutsvermeidung hinausgeht.

Wir halten am Ziel der Lebensstandardsicherung fest, denn in der Höhe der Rente spiegelt sich letztlich immer wider, welchen Wert wir der Arbeit zumessen, die Menschen ihr Leben lang geleistet haben.

Daher ist eine weitere Senkung des Rentenniveaus nicht vertretbar. Wir wollen das Rentenniveau auf dem derzeitigen Stand halten.

Nach derzeit geltender Gesetzeslage wird allerdings das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung vor Steuern von rund 50% bis zum Jahr 2030 auf 43 Prozent sinken. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass der Ausbau der kapitalgedeckten Riester-Rente und die Betriebsrente die Absenkung des Rentenniveaus für die meisten Menschen nicht kompensieren können. Nur jeder sechste Geringverdiener-Haushalt hat eine Riester-Rente abgeschlossen, nur etwa 40 Prozent der förderberechtigten Personen hat einen Riester-Vertrag und 18,5 Prozent der Riester-Verträge ruhen. Aus einer betrieblichen Altersvorsorge beziehen aktuell nur rund 31 Prozent der Männer und nur 7 Prozent der Frauen im Ruhestand Leistungen. Frauen können die Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Rente meistens noch weniger kompensieren als Männer.

Die private Vorsorge kann also nur eine zusätzliche Säule der Alterssicherung sein, sie ersetzt in der Praxis die obligatorische gesetzliche Rentenversicherung nicht. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass das heutige Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente auch in Zukunft gehalten wird.

b) Strukturelle Armutsfestigkeit

Wenn wir schon heute das Rentenniveau von 2030 hätten, müssten DurchschnittsverdienerInnen (aktuell ca. 2.700 Euro brutto im Monat) mindestens 33 Jahre Vollzeit arbeiten, um eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu erhalten, bei einem monatlichen Einkommen von 2.000 Euro sogar 43 Jahre. Falls sie auf weniger Beitragsjahre kommen, würde ihre Rente dann durch die Grundsicherung ergänzt und läge bei etwa 700 Euro. Sie erhielten also genauso viel Rente wie jemand, der überhaupt nicht in die Rentenversicherung eingezahlt hat, die Zahlung von Rentenbeiträgen lohnt sich für sie faktisch nicht mehr. Die Folge dieser Entwicklung wäre ein gravierender Legitimationsverlust des deutschen Rentensystems.

Die Rentenformel der gesetzlichen Rentenversicherung muss deshalb so angepasst werden, dass ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung auf der Grundlage einer realistischen Lebensarbeitszeit eine Rente erhält, die über der Grundsicherung im Alter liegt. Alles andere höhlt das System der verbindlichen gesetzlichen Rentenversicherung aus.

Wir haben das Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung strukturell armutsfest zu gestalten. Die Leistungen der Rentenversicherung sollen bei erwerbslebenslanger Beitragszahlung aus Vollzeitbeschäftigung deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus liegen.

Altersarmut ist weiblich. Von niedrigen Renten sind insbesondere Frauen betroffen. Aufgrund der nach wie vor vorhandenen Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt hinsichtlich des Lohns, den geringeren Karrierechancen, dem hohen Anteil von teilzeit- und atypisch beschäftigten Frauen, den Erwerbsunterbrechungen durch Kindererziehungs- und Pflegezeiten, haben Frauen ein geringeres Absicherungsniveau als Männer. Frauen haben zudem deutlich weniger Gelegenheit, eine Betriebsrente zu beziehen und wenn sie eine beziehen, in deutlich geringerer Höhe als Männer.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Vielfalt in Deutschland ist gerade die Situation von Rentnerinnen und Rentnern mit Migrationshintergrund von besonderer Bedeutung. Hier spielt die Frage von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt eine starke Rolle in den Biografien. Die Auswirkungen auf die Rentenhöhe sind wie bei allen benachteiligten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt verheerend. Vorsorgend muss der Arbeitsmarkt durch politische Maßnahmen diskriminierungsfreier gestaltet werden. Nachsorgend ist es auch für diese Gruppe von enormer Bedeutung, das Prinzip der Lebensstandardsicherung zu berücksichtigen.

c) Gerechte Finanzierung

Die zunehmende Alterung der Gesellschaft erzwingt in Zukunft höhere Ausgaben – absolut und relativ zur Wirtschaftsleistung – für Renten, Pflege und Gesundheit und zwar unabhängig davon, ob dies über ein solidarisches Umlagesystem oder kapitalgedeckt finanziert wird. Dies ist nicht nur eine Herausforderung für Deutschland, sondern für alle europäischen Gesellschaften.

Die politisch festgelegte Beschränkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung auf maximal 22 Prozent im Jahr 2030 beschränkt die Leistungen der paritätisch finanzierten gesetzlichen Rente. Diese Festlegung war willkürlich, sie senkt jedoch nicht automatisch die Kosten für die Altersvorsorge, sondern verlagert sie auf die private Vorsorge, deren Kosten die ArbeitnehmerInnen trotz staatlicher Förderung weitgehend alleine tragen.

Wenn also die Leistungen der umlagefinanzierten und verpflichtenden gesetzlichen Rente nicht ausreichen, man an der Beschränkung des Beitragssatzes festhalten und gleichzeitig verbreitete Altersarmut und sozialen Abstieg im Alter nicht akzeptieren will, hätte dies einen stärkeren Ausbau der kapitalgedeckten Betriebsrenten oder der kapitalgedeckten individuellen und freiwilligen Altersvorsorge zur Folge.

Die gesellschaftliche Aufgabe der Altersvorsorge muss solidarisch abgesichert und gerecht finanziert werden. Wir halten aus verteilungspolitischen Gründen am Ziel der paritätischen Finanzierung der Rente fest. Dies gelingt im Umlagesystem am besten. Die Arbeitgeberseite darf nicht länger aus ihrer Pflicht entlassen werden. Die teilweise Verlagerung der Altersvorsorge auf die individuelle kapitalgedeckte private Vorsorge bedeutet im Kern eine einseitige Verschiebung der Beitragsbelastung auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine Verlagerung unserer Altersvorsorge auf die Finanzmärkte. Das traditionelle Umlagesystem ist krisenfester als die Kapitaldeckung. Die private Altersvorsorge hat auch vor der aktuellen Finanzmarktkrise nur in seltenen Fällen das Ziel einer Kapitalverzinsung von vier Prozent erreicht.

Wir halten an einem ausreichenden Steueranteil an der Finanzierung der Rentenversicherung auch künftig fest. Damit werden auch kapitalintensive Branchen an der Finanzierung beteiligt. Wir setzen uns dafür ein Erbschaften stärker zu besteuern, damit auch vererbte Vermögen einen gerechten Beitrag leisten.

III. Maßnahmen

Wir müssen das Normalarbeitsverhältnis stärken und gerechte Löhne sichern. Dies ist eine entscheidende Grundlage für die Finanzierung und Leistungsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme und auch der Alterssicherung.

Die Alterssicherung muss aber auch an die Flexibilisierung des Arbeitslebens angepasst werden, um auch zukünftig eine Lebensstandardsicherung zu erreichen und Altersarmut trotz langjähriger Vollzeitbeschäftigung zu vermeiden. Phasen der Ausbildung, der Niedriglohnbeschäftigung, der Arbeitslosigkeit und der Erwerbsminderung müssen deshalb in der Rentenversicherung angemessen berücksichtigt werden.

a) Regulierung des Arbeitsmarkts

Diejenigen Ursachen einer zukünftig absehbaren Altersarmut, die in der Erwerbsphase liegen, sind zuerst genau dort zu bekämpfen. Um also auch zukünftig armutsfeste Renten zu gewährleisten, die einen wesentlichen Beitrag zur Lebensstandardsicherung leisten, muss zuvorderst wieder der Arbeitsmarkt stärker reguliert werden.

- Die Höhe der Renten ist abhängig von der Höhe der Einkommen, die Rentenentwicklung ist an die Einkommensentwicklung gekoppelt. Höhere Löhne führen zu höheren Renten, Niedriglohn zu niedrigen Renten. Deshalb muss aus rentenpolitischer Sicht die Niedriglohnbeschäftigung zurückgedrängt werden. Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn ist dazu ein erster wichtiger Schritt, die Erhöhung der Tarifbindung oder die Eindämmung der Leiharbeit sind weitere.
- Minijobs bieten keine eigenständige Absicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Rund zwei Drittel der geringfügig entlohnten Beschäftigten sind Frauen. In einer ganzen Reihe von Branchen haben Minijobs sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verdrängt. Beschäftigung muss steuer- und sozialversicherungspflichtig vom ersten Euro an sein, die gesetzlichen Freibeträge bieten genügend Spielraum für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten und Rentnerinnen und Rentner für Ferienjobs und geringfügige Zuverdienste. Die Eindämmung dieser Beschäftigungsform ist auch aus rentenpolitischen Gesichtspunkten geboten und würde – insbesondere für Frauen – zu Rentenanwartschaften führen. Die vom vergangenen Bundesparteitag beschlossene Begrenzung der Wochenarbeitszeit auf 12 Stunden ist nur ein erster Schritt.

Weiterhin brauchen wir Maßnahmen, die dafür sorgen, dass Beschäftigte in kleinen, sozial abzuschätzenden Beschäftigungsverhältnissen tarifgerecht entsprechend ihrer ausgeübten Tätigkeit entlohnt und arbeitsrechtlich (z.B. durch nicht gewährten bezahlten Urlaub oder unterbliebener Lohnfortzahlung

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

im Krankheitsfall) nicht mehr diskriminiert werden.

b) Ausbau der Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung

Das deutsche Rentenversicherungssystem ist aus historischen Gründen berufsständisch gegliedert. Doch heute sind nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf eine solidarische Alterssicherung angewiesen, sondern auch Menschen, die derzeit faktisch keinen Zugang zum Rentenversicherungssystem haben, aber nicht oder nicht ausreichend privat vorsorgen können, wie z.B. viele Selbstständige. Diesen Menschen wollen wir eine Altersvorsorge ermöglichen. Allen Versuchen, die Sozialversicherungspflicht zu umgehen, wollen wir entgegenwirken.

Deshalb ist die Ausdehnung des Versichertenkreises der gesetzlichen Rentenversicherung nötig. Dazu wollen wir die Rentenversicherungspflicht für alle Erwerbstätigen einführen. Ziel ist eine gemeinsame Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen, die auch Beamte, Selbstständige, politische MandatsträgerInnen und die bisher in eigenen Versorgungswerken Versicherten umfasst. Das gilt unmittelbar für BerufseinsteigerInnen. Für alle anderen muss eine angemessene Übergangsregelung gefunden werden.

In einem ersten Schritt sollen alle Erwerbstätigen, die nicht bereits über ein anderes der etablierten obligatorischen Alterssicherungssysteme abgesichert sind oder eine ausreichende private Vorsorge nachweisen können, versicherungspflichtig in der gesetzlichen Rentenversicherung werden. Mit diesem Schritt würden vor allem die sogenannten Solo-Selbstständigen verpflichtend eine verlässliche Altersvorsorge erhalten.

c) Deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze

Ziel der SPD ist es, eine solidarische und gesamtgesellschaftlich getragene Rentenversicherung zu schaffen. Dazu bedarf es neben einer Ausweitung des Versichertenkreises auch einer Ausweitung der Pflicht zur Leistung von Beiträgen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das bedeutet, dass die Beitragsbemessungsgrenze, die Bruttoeinkommen ab einer bestimmten Höhe (z. Zt. 5.800 Euro (West) und 4.900 Euro (Ost).) als beitragsfrei definiert, deutlich anzuheben ist. Das führt dazu, dass mehr Versicherte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der gesetzlichen Rente beteiligt werden. Das bewirkt in erster Linie langfristig eine Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Möglichkeit der Bildung einer höheren Reserve. Zweitens, sinken durch die Einbeziehung von höheren Einkommen die Beitragssätze zur Rentenversicherung, ohne dass das ein Absinken des Rentenniveaus zur Folge hätte. Drittens wäre mehr Kapital im umlagefinanzierten Rentenversicherungssystem enthalten.

d) Bildung schafft Rente

Um zukünftige Altersarmut oder absehbare Arbeitslosigkeit zu verhindern, brauchen wir ein Bildungssystem, in dem alle Lernenden das Wissen, Können und die Fertigkeiten vermittelt bekommen, mit denen ein Einstieg in das spätere Berufsleben gelingt.

Das Schulsystem muss so ausgebaut und organisiert werden, dass jede/r Schüler/in einen Schulabschluss erreicht, der die erfolgreiche Aufnahme einer qualifizierten Ausbildung ermöglicht. Es muss künftig erreicht werden, dass niemand ohne einen Schulabschluss in das Arbeitsleben entlassen wird.

e) Den Risiken der Altersarmut begegnen

- Niemand soll, nur weil sie oder er bei langjähriger Erwerbstätigkeit vorübergehend arbeitslos war und Arbeitslosengeld II bzw. Arbeitslosenhilfe bezogen hat, im Alter auf die Grundsicherung angewiesen sein. Wenn jemand nur aufgrund von Arbeitslosigkeit in die Grundsicherung rutscht, dann werden wir Zeiten des Bezugs von Arbeitslosengeld II oder Arbeitslosenhilfe mit 0,5 Entgeltpunkten pro Jahr bewerten. Finanziert wird diese Maßnahme durch einen Steuerzuschuss (Bundeszuschuss) zur gesetzlichen Rentenversicherung.
- Wir wollen die Rente nach Mindestentgeltpunkten verlängern und sie auch auf Rentenanwartschaften nach dem 31.12.1991 ausweiten. Mit der Rente nach Mindestentgeltpunkten werden Rentenanwartschaften für gering bewertete Beitragszeiten verdoppelt, jedoch höchstens auf 0,75 Entgeltpunkte pro Jahr. Damit werden Erwerbszeiten mit geringem Entgelt rentenrechtlich aufgewertet, für die meisten Betroffenen führt dies zu einer Rente über dem Grundsicherungsniveau. Dies wird über einen Steuer-

zuschuss (Bundeszuschuss) oder über die Bundesagentur für Arbeit als Beitragsleistung während der Arbeitslosigkeit ausgeglichen.

- Eine Erwerbsminderung ist eines der großen Armutsrisiken im Alter. Für uns hat die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt über Rehabilitationsmaßnahmen Priorität. Wir wollen das Reha-Budget ausweiten.
Wir stehen daher insbesondere zu den eigenen Rehabilitationskliniken der gesetzlichen Rentenversicherung. Diese nehmen wichtige Aufgaben im Rahmen der Weiterentwicklung der Rehabilitation insbesondere im Rahmen von Forschung und Qualitätssicherung wahr. Die Einrichtungen sind bedarfsgerecht und über die Haushalte der Rentenversicherungsträger zu finanzieren. Doch wer aus gesundheitlichen Gründen gezwungen ist, vorzeitig aus dem Erwerbsleben auszuschneiden, darf nicht in Altersarmut fallen. Deshalb sollen die Rentenabschläge bei Eintritt der Erwerbsminderung vor dem 63. Lebensjahr abgeschafft werden. Die gesetzliche Rentenversicherung muss das Risiko der Erwerbsminderung umfassend absichern. Eine vergleichbare Wirkung könnte durch die Verlängerung der Zurechnungszeiten und eine verbesserte Bewertung der Zurechnungszeiten erreicht werden.
- Wir wollen, dass das Konzept einer Solidarente geprüft wird. Beim vorgeschlagenen Solidarrentenmodell sollen für den Fall, dass trotz 40jähriger Erwerbstätigkeit eine Rente von unter 850 Euro herauskommt, die Rente auf 850 Euro angehoben werden. Dieser Mindestsatz soll dann jährlich angepasst werden. Diese Aufstockung ist als versicherungsfremde Leistung über den Bundeszuschuss der Rentenversicherung zu finanzieren.
- Auch Ausbildungszeiten sind Teil der Erwerbsbiografie. Deshalb wollen wir alle berufsqualifizierenden Aus- und Weiterbildungszeiten sowie Praktika nach Abschluss einer Berufsausbildung als Anrechnungszeiten bewerten.
- Auch alle Erziehungszeiten werden wir mit einer weiteren Erhöhung der Entgeltpunkte aufwerten.
- Eine Höherbewertung ehrenamtlicher Pflege käme vor allem Frauen zugute und böte einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Auf- und Ausbau der eigenständigen sozialen Sicherung von Frauen. Deshalb wollen wir ehrenamtliche Pflege abhängig vom Pflegeaufwand mit 0,33 bis 1 Entgeltpunkt bewerten.
- Kindererziehungszeiten sollen einheitlich bewertet werden unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes. Deshalb möchten wir auch bei Geburten vor dem 1.1.1992 die ersten drei Jahre nach der Geburt des Kindes der/dem Erziehenden als Kindererziehungszeit anrechnen.
- Die Rentnerinnen und Rentner in den ostdeutschen Bundesländern erhalten nach wie vor niedrigere Renten als in den alten Bundesländern. Wir fordern einen bundesweit einheitlichen Rentenwert und einen Ausgleich für in der ehemaligen DDR ohne Versorgungsausgleich geschiedene Frauen.
- Die SPD Berlin setzt sich mit ihren Bundestagsabgeordneten für eine abschließende und umfassende gesetzliche Regelung der Rentenüberleitung Ost und West ein. Kern muss ein einheitliches Rentenrechnungssystem sein, das den Rentenwert, das Durchschnittsentgelt und die Beitragsbemessungsgrenze umfasst. Fast ein Vierteljahrhundert nach der Deutschen Einheit erwarten insbesondere die Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern, die noch heute unter Einbußen aufgrund unterschiedlicher Rentenberechnungen finanziell leiden müssen, eine abschließende Lösung. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag 2009 versprochen, ein einheitliches Rentensystem Ost und West einzuführen. Geschehen ist nichts. Die SPD Berlin wird deshalb auch aus Verantwortung für die Einheit der Stadt deutlich machen, dass mit gesetzgeberischen Maßnahmen in der kommenden Legislaturperiode die Rentenfrage Ost und West gelöst wird.

f) Keine kurzfristige Senkung der Rentenbeiträge, Aufbau einer Demografie-Reserve

Wir unterstützen den Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbunds, auf kurzfristige Senkungen der Rentenbeiträge zu verzichten und stattdessen eine Demografie-Rücklage aufzubauen. Dazu soll der Beitragssatzanstieg verstetigt werden.

Die so erzielten Mehreinnahmen sollten genutzt werden, um das gesetzliche Rentenniveau auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren, die Erwerbsminderungsrenten zu verbessern und das Reha-Budget auszuweiten. Dies alles ist mit diesem Vorschlag auch unter der Bedingung einer Beitragssatzbeschränkung auf maximal 22 Prozent im Jahr 2030 möglich, wenn der Beitragssatz jährlich um max. 0,2 Prozentpunkte erhöht

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

wird.

Wenn man die derzeit eigentlich notwendige private Vorsorge mit vier Prozent des Einkommens berücksichtigt, dann besteht die Beschränkung des Beitragssatzes auf maximal elf Prozent im Jahr 2030 derzeit ohnehin nur für die Arbeitgeber, die ArbeitnehmerInnen werden 15 Prozent zahlen.

g) Betriebsrenten weiterentwickeln

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die tragende Säule der Altersvorsorge und deckt auch das Erwerbsminderungsrisiko und die Hinterbliebenenversorgung ab. Diese Funktion muss die GRV auch in Zukunft gewährleisten.

Kollektive Systeme der betrieblichen Altersvorsorge sind eine Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie sind effizienter als die individuelle Privatvorsorge. Derzeit sind Betriebsrenten aber vor allem in größeren Betrieben verbreitet, deutlich seltener in kleinen und mittleren Betrieben. Frauen haben seltener als Männer eine Betriebsrente, in den ostdeutschen Bundesländern sind Betriebsrenten unabhängig von der Betriebsgröße nur wenig verbreitet. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien ihre Stärkung und möglichst flächendeckende Verbreitung erreichen und die Arbeitgeber verbindlich an ihrer Finanzierung beteiligen.

Die betriebliche Altersvorsorge in ihrer derzeitigen Ausgestaltung stellt keine Lösung für die stark zunehmende Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse und dem daraus folgenden häufigen Arbeitgeberwechsel dar und ist für viele kleine Unternehmen nicht attraktiv. Es muss deshalb gewährleistet sein, dass die gezahlten Arbeitgeberbeiträge ab dem ersten Jahr der Zahlung in eine andere Betriebsrente mitgenommen werden können.

Eine Erhöhung der Beteiligung an der betrieblichen Altersvorsorge lässt sich dadurch erreichen, dass Betriebsrenten beim Abschluss eines Arbeitsvertrags grundsätzlich verpflichtend sind und Arbeitnehmer sich nur mit einer Begründung wie z.B. eine bestehende ausreichende private Altersvorsorge ausdrücklich dagegen entscheiden können (Opting-Out-Konzept). Für Kleinunternehmen und befristet Beschäftigte kann als Option höhere Beitragszahlungen zur gesetzlichen Rentenversicherung angeboten werden.

Zukünftig soll die staatliche Förderung der kapitalgedeckten Altersvorsorge in Form von Betriebsrenten ausschließlich aus Steuermitteln finanziert werden. Die Entgeltumwandlung soll aus Einkommen erfolgen, für die Sozialversicherungsbeiträge entrichtet wurden, um die Sozialversicherungssysteme zu stärken und die Renten zu erhöhen.

Die steuerliche Förderung möglicher weiterer Säulen von Betriebsrenten sehen wir kritisch.

h) Flexible Übergänge in die Rente ermöglichen

Flexible Übergänge in den Ruhestand sind für ein abgesichertes und unabhängiges Leben im Alter von zentraler Bedeutung und müssen deshalb abgesichert werden.

- Jeder ältere Beschäftigte muss einen Rechtsanspruch auf sozialversicherungspflichtige Teilzeit haben; dies darf nicht mehr aus betrieblichen Gründen verwehrt werden. In Kleinbetrieben soll ein vergleichbarer Rechtsanspruch geschaffen werden.
- Eine vorgezogene Teilrente ab 60 soll attraktiver gestaltet werden. Dazu soll die Teilrente als eigene Altersrentenart eingeführt, die Hinzuverdienstregelungen erweitert werden. Es soll möglich sein, durch die Kombination von Teilrente und Hinzuverdienst etwa so viel zu verdienen wie zuvor bei Vollzeitbeschäftigung.
- Die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung müssen von Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern bis zur Beitragsbemessungsgrenze aufgestockt werden können.

i) Aussetzung der Rente mit 67

Viele Beschäftigte können schon heute nicht bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter arbeiten, sondern müssen mit Abschlägen vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausscheiden. Sie befürchten deshalb zu Recht, dass die Rente mit 67 für sie durch höhere Abschläge vor allem eine Rentenkürzung ist. Entscheidungen über die Zukunft der gesetzlichen Altersvorsorge können nicht von der Situation der Arbeit und des Arbeitsmarktes abgekoppelt bleiben.

Deshalb halten wir am Beschluss des Bundesparteitags 2011 fest: Der Einstieg in die Erhöhung der Regelal-

tersgrenze auf 67 Jahre ist auszusetzen, weil die Voraussetzungen für die Erhöhung gegenwärtig nicht gegeben sind. Wir fordern die Wirtschaft auf, mehr altersgerechte Arbeitsplätze zu schaffen und ihren Beitrag dazu zu leisten, dass mehr Menschen in den rentennahen Jahrgängen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen können.

Ein Einstieg in die Anhebung des Renteneintrittsalters ist erst dann möglich, wenn die rentennahen Jahrgänge, also die 60-bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mindestens zu 50 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

Dazu ist es unverzichtbar, die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik weiter im bisherigen Umfang zu nutzen. Mit den Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik und in der Weiterbildung, wie sie zurzeit vollzogen werden, entzieht sich die jetzige Bundesregierung ihrer Verantwortung, eine längere Beschäftigung für Ältere zu ermöglichen.

IV. Anforderungen an das Rentensystem der Zukunft

Langfristig wollen wir das Rentensystem "reformieren". Die im Leitantrag beschriebenen Maßnahmen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es ist aber unabdingbar, weiter an der Konzeption zu arbeiten. Auf Landesebene ist eine Arbeitsgruppe unter Einbindung der Landesarbeitsgemeinschaften und Kreise einzurichten, die im Laufe der nächsten zwei Jahre die Rentenkonzeption überprüft und konkretisiert.

LEITANTRAG 02/II/2012

Antrag 02/II/2012

Annahme in der Fassung des Landesparteitages

Landesvorstand

Partizipation und digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt

Der Landesparteitag möge beschließen:

I. Worum es geht: Eine neue soziale Frage

Die SPD ist die Partei des Fortschritts und der sozialen Gerechtigkeit. Daraus folgt, dass Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen für die SPD eine zentrale Rolle einnehmen. Wir akzeptieren nicht, dass eine immer stärkere Akkumulation von Reichtum und wirtschaftlicher Macht bei einigen Wenigen stattfindet. Umverteilung und Begrenzung wirtschaftlicher Macht sind damit zentrale Anliegen unserer Politik.

Traditionell sind die Steuer- und Sozialpolitik die Mittel der Wahl, wenn es um die Umsetzung dieser Prinzipien geht. Diese Politikfelder werden auch in Zukunft die zentralen Bereiche bleiben, womit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sich profilieren müssen.

Allerdings müssen wir unsere Perspektive erweitern. Eine neue soziale Frage – welche die „alten“ Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen nicht weniger relevant werden lässt - lautet: Wer kontrolliert meine Daten? Unter welchen Bedingungen habe ich Zugang zu Informationen und gesellschaftlicher Teilhabe in Zeiten zunehmender Digitalisierung des Lebens?

Dabei handelt es sich im Kern um Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen. Es geht um die Kontrolle und die Modalitäten der Nutzung von Daten. Es geht um soziale Teilhabe und Partizipation. Diese Erkenntnis ist zentral für die SPD. Denn das heißt, dass wir diese Fragen ins Zentrum unserer Politik rücken müssen. Der Begriff „Netpolitik“ umfasst dabei einen Teilbereich der Thematik, die aber deutlich breiter ist: Es handelt sich um grundsätzliche Fragen der Gesellschaftspolitik.

Mit der Entwicklung des Internets hat sich unsere Welt grundlegend verändert. Es hat völlig neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe geschaffen. Allerdings wurde diese Entwicklung bis heute in erster Linie von wirtschaftlichen Erwägungen geprägt. Kommerzielle Interessen prägen die digitale Infrastruktur, die Regeln und die Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung.

Ziel dieses Leitetrags ist es daher, die notwendigen Korrekturen bei der weiteren Entwicklung der digitalen (Netz-) Welt anzustoßen - weg von einer ausschließlich wirtschaftlich motivierten Gestaltung, hin zu breiter gesellschaftlicher Teilhabe und der Durchsetzung individueller Rechte, zum Beispiel dem Schutz persönlicher Daten vor ungebremster wirtschaftlicher Ausbeutung.

Das Thema hat Bezug zu sämtlichen politischen Ebenen, von der kommunalen Ebene bis zur europäischen und internationalen. Die Fragen des Urheber- und Leistungsschutzrechts, des Datenschutzes betreffen in erster Linie die Europa- und Bundespolitik, wohingegen Partizipation und Teilhabe in der sozialen Stadt Themen für die Berliner SPD sind. Hier sind eine angemessene Infrastruktur, der Zugang zu Informationen und eine entsprechende Kompetenzbildung und Strukturierung in der Verwaltung zu thematisieren.

Die SPD setzt sich für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in allen Bereichen ein – das gilt auch für die digitale Welt. Liquid democracy und neue, webbasierte Mitbestimmungsmöglichkeiten vermögen klassische demokratische Strukturen zu ergänzen – nicht aber zu ersetzen.

II. Konsequenz für Selbstbestimmung und digitale Teilhabe

Medien sind Bestandteil unseres Alltags. Sie sind in allen Lebensbereichen von Bedeutung und eröffnen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Politik ist gefordert, die daraus resultierenden Chancen

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

zu ergreifen und den Herausforderungen offensiv zu begegnen.

Wir wollen die Entwicklung nutzen, um die Teilhabe und den Zugang zum Wissen zu erweitern. Dabei ist ein diskriminierungsfreier, barrierefreier und einfacher Zugang zu allen Medien eine grundlegende Voraussetzung, um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.

Wir werden eine umfassende gesellschaftliche Debatte über die Gewährleistung von Jugend-, Verbraucher- und Datenschutz sowie die informationelle Selbstbestimmung im digitalen Zeitalter führen. Der unbeschränkte Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu Informationen und die Möglichkeit, Informationen frei verbreiten zu können, und der Schutz der Privatsphäre sind zentrale Grundrechte. Angebote für hör- und sehbehinderte Menschen müssen weiter ausgebaut werden.

Netzneutralität, also die gleichberechtigte und wertneutrale Datenübertragung im Internet, sehen wir als Schlüssel, um einen diskriminierungsfreien Zugang zum Internet ohne unangemessene staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe sicherzustellen. Wir setzen uns daher für die gesetzliche Absicherung der Netzneutralität ein.

Bei strafrechtlich relevanten Inhalten verfolgt die SPD Berlin den Grundsatz „Löschen statt sperren“. Wir stehen für starke Bürgerrechte in der digitalen Welt. Netzsperrungen lehnen wir ab.

Wir werden uns konstruktiv in die Debatte um einen zeitgemäßen Staatsvertrag für den Kinder- und Jugendmedienschutz einbringen.

Das Internet hat enorme Auswirkungen auf die Ordnung immaterieller Güter und stellt damit die gesamte Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen. NutzerInnen sind heute Produzenten und Konsumenten. Die SPD Berlin fördert die Debatte um ein modernes Urheberrecht, indem es einen fairen Ausgleich zwischen den NutzerInnen, den KünstlerInnen und ProduzentInnen, die von ihrer Arbeit leben müssen, und den Rechteinhabern geben muss. Urheberrechte von Künstlerinnen und Künstlern und Kreativen müssen auch in der digitalen Welt geschützt werden. Der Schwerpunkt muss dabei auf die gerechte Entlohnung der Kreativen gelegt werden, deren Interessen nicht unbedingt mit denen der Rechteinhaber wie Verlagen und Labels übereinstimmen.

Dabei müssen auch neue Konzepte für Vergütungsmodelle noch genauer geprüft werden.

Das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Leistungsschutzrecht für Presseverlage hätte — unabhängig von dessen konkreter Ausgestaltung — bedenkliche Auswirkungen auf die Interessen Dritter und das Gemeinwohl, zumal gerade die Kreativen den geringsten Teil etwaiger Einnahmen erhalten würden. So ist bis heute unklar, wofür es eines solchen neuen Schutzrechts eigentlich bedarf und es ist auch nicht zu erkennen, welchen Beitrag dieses zur Lösung der Probleme bei der Durchsetzung des Urheberrechts in der digitalen Welt leisten kann.

Ein solches Leistungsschutzrecht würde zu einer massiven Rechtsunsicherheit, zu erheblichen Einschränkungen der Kommunikation im Internet zu einer Wettbewerbsverzerrung vor allem im informationsverarbeitenden Dienstleistungssektor und vor allem dort zu einer neuen Abmahnwelle führen. Es bedarf keiner neuen Schutzrechte, eine Stärkung der Verfahrensrechte wäre ausreichend und viel sachgerechter. Gleichzeitig wäre ein solches neues Leistungsschutzrecht von erheblichen „Nebenwirkungen“ begleitet, z.B. auf die Informationsfreiheit oder auch auf die Grundprinzipien des Netzes. Diese Nebenfolgen sind in ihrer Reichweite noch nicht ansatzweise diskutiert und werden von der Bundesregierung und der Koalition schlichtweg ignoriert.

Deswegen wollen wir über den Bundesrat eine Initiative gegen das Leistungsschutzrecht für Presseverleger initiieren.

Sperrungen von Teilnehmeranschlüssen und Verbindungen als Strafe z.B. für Urheberrechtsverletzungen lehnen wir ab. Solche Sperrungen schränken die Kommunikations-, und die Informationsfreiheit massiv und unverhältnismäßig ein.

Der Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten gewinnt aufgrund der wachsenden Vernetzung aller Lebensbereiche eine zunehmende Bedeutung.

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Das Datenschutzrecht in seiner jetzigen Form wird seinem ursprünglichen Anspruch nicht mehr vollständig gerecht. Die SPD Berlin setzt sich in allen Lebensbereichen dafür ein, dass personenbezogene Daten nur dann für gewerbliche und andere Zwecke gebraucht werden dürfen, wenn die Nutzerinnen und Nutzer dies ausdrücklich befürwortet haben. In der Gesetzgebung auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene setzen wir uns für eine konsequente Anwendung dieses „opt-in“-Verfahrens für die Nutzung privater Daten und die strikte Anwendung solcher Regeln in der Verwaltung ein. Dies gilt insbesondere auch für die Reform des Meldegesetzes. Wir müssen Regelungen finden die zu einem zeitgemäßen und durchsetzbaren Datenschutz führen.

Die SPD ist die Partei der Bürgerrechte – auch im digitalen Zeitalter. Deshalb treten wir konsequent für die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ein – sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber Privaten. Wo staatlicherseits Sammlungen personenbezogener Daten erstellt werden – beispielsweise die DNA-Datenbank des BKA oder auch die elektronische Patientenakte auf der elektronischen Gesundheitskarte –, dort müssen strenge gesetzliche Sicherheitsbestimmungen gelten, deren Einhaltung regelmäßig und umfassend kontrolliert wird. Dies hat insbesondere für den internationalen Austausch von Daten zwischen Polizeien und Geheimdiensten zu gelten.

Wir sind davon überzeugt, dass ein Datenschutzaudit eingeführt werden muss, wie es in § 9a Bundesdatenschutzgesetz „angekündigt“ wird: Öffentliche und private Stellen müssen die Möglichkeit haben, ihr Datenschutzkonzept sowie ihre technischen Einrichtungen von unabhängigen Gutachtern prüfen und bewerten zu lassen und das Ergebnis zu veröffentlichen. Damit ist nicht nur Datenschutz und Datensicherheit im jeweiligen Fall gedient; es werden auch, insbesondere für Unternehmen, Anreize gesetzt, der Datenschutzfreundlichkeit in der Unternehmenspraxis einen hohen Rang einzuräumen.

Darüber hinaus treten wir für ein Umdenken im Datenschutz ein: Nicht die Bürgerinnen und Bürger sollen bei öffentlichen oder privaten Stellen Auskünfte über ihre dort gespeicherten Daten einholen müssen. Es muss stattdessen umgekehrt gelten, dass diejenigen, die Sammlungen personenbezogener Daten anlegen, speichern, verarbeiten oder weitergeben, verpflichtet sind, von sich aus die Betroffenen regelmäßig, auf übersichtliche und verständliche Weise darüber zu informieren, welche personenbezogenen Daten gespeichert worden sind, wie sie verarbeitet und an wen sie weitergegeben wurden. Die gesetzliche Pflicht zu einem – elektronischen oder physischen – „Datenbrief“ soll einen bewussteren Umgang mit Personendaten bewirken, der dringend nötig ist. Darum werden wir für die dazu notwendige Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einbringen.

Die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürgern wird insbesondere durch die kommerzielle Sammlung und Verknüpfung von personenbezogenen Daten, durch deren automatisierte Auswertung und nicht zuletzt durch den unkontrollierten Datenhandel seitens privater Unternehmen immer weiter ausgehöhlt. Darum streben wir eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Datenschutzes an: Die Pflicht zum Datenbrief muss ergänzt werden um eine Pflicht für Unternehmen, ihre Datenschutzbestimmungen für Laien übersichtlich und verständlich zu gestalten. Es bedarf überdies eines gesetzlichen Verbotes, aus personenbezogenen Daten individuelle Verhaltensprofile zu erstellen, wenn die Betroffenen eine solche Profilerstellung nicht ausdrücklich angefordert haben. Angesichts des Geschäfts mit Personendaten müssen die bereits bestehenden Aufsichtsstrukturen überprüft und gegebenenfalls ausgebaut und weiterentwickelt werden. Wir werden deshalb im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Modernisierung des Datenschutzes einbringen.

Die durch eine EU-Richtlinie vorgegebene sechsmonatige verdachtslose Vorratsspeicherung aller Verbindungsdaten halten wir für unverhältnismäßig und lehnen sie ab. Wir setzen uns dafür ein, die EU-Richtlinie abzuschaffen oder zumindest so zu überarbeiten, dass kein unverhältnismäßiger Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung erfolgt. Es spricht viel dafür, dass die Richtlinie in ihrer jetzigen Form gegen die EU-Grundrechtecharta und gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstößt und deshalb ungültig ist.

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Die angeblichen Vorteile einer anlasslosen, generellen Speicherung von Verbindungsdaten vermögen eine Totalüberwachung nicht zu rechtfertigen: Die Zahl der aufgeklärten Straftaten ist ohne Vorratsdatenspeicherung ebenso hoch wie mit Vorratsdatenspeicherung. Eine Vorratsdatenspeicherung erhöht die Aufklärungsquote nicht. Zur Kriminalitätsbekämpfung sind auch ohne eine Totalprotokollierung jeder Benutzung von Telefon, Handy, E-Mail und Internet genügend Verbindungsdaten verfügbar. Sicherheitsbehörden können bei Bedarf eine richterliche Anordnung beantragen, derzufolge die Verbindungsdaten bestimmter Verdächtiger aufzuzeichnen sind.

Die terroristischen Anschläge in Madrid im Jahr 2004, die Taten der "Sauerland-Attentäter" 2006 und die Vorbereitungen der Düsseldorfer Quaida-Zelle 2011 konnten mit Hilfe von Verbindungsdaten aufgeklärt werden, die ohnehin verfügbar waren. Eine Vorratsdatenspeicherung war nicht erforderlich. Auch ohne Vorratsdatenspeicherung werden in Deutschland 80% aller bekannt gewordener Internetdelikte erfolgreich aufgeklärt - von den sonstigen Straftaten nur 55%.

Die Berliner SozialdemokratInnen setzen sich für den gesetzlichen Schutz von Whistleblowern (Hinweisgeber auf Korruption, Mobbing, Behinderungen von Betriebsräten durch Arbeitgeber und andere gesellschaftliche Probleme), die beispielsweise auf Missstände, Gesetzesverstöße oder Korruption in Organisationen, Politik und Wirtschaft hinweisen und beweisende Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich machen, ein.

Wir als SPD treten konsequent für den Schutz der Grund- und Menschenrechte ein, nicht nur in Deutschland. Die Ausfuhr von Hard- und Software für die Telekommunikationsüberwachung ist nach wie vor nur lückenhaft geregelt. Anders als die schwarz-gelbe Bundesregierung, die hier keinen Handlungsbedarf sieht, sagen wir: Es darf nicht sein, dass von Deutschland aus Überwachungstechnologie an Diktaturen und ihre Handlager geliefert wird! Die Ausfuhr derartiger Technologien muss ebenso genehmigungspflichtig gemacht und strikt kontrolliert werden wie die Ausfuhr von Kriegswaffen oder Dual-use-Gütern. Deshalb werden wir im Bundesrat eine entsprechende Gesetzesinitiative einbringen.

III. Die digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt ermöglichen

1. Mit Informationen und Medien souverän und kompetent umgehen

Fähigkeiten zur interaktiven Kommunikation, zur kompetenten Mediennutzung, zur kritischen Auseinandersetzung mit Informationen sowie Kenntnisse der Produktionsbedingungen sind notwendiges Rüstzeug zu Partizipation und digitaler Teilhabe. Ein Mehr an Informations- und Medienkompetenz sowie gesicherter Daten- und Verbraucherschutz sind erforderlich, um sich für die Herausforderungen der Digitalisierung zu wappnen, und müssen gegenüber oft aktionistisch anmutenden Versuchen staatlicher Überwachung und Reglementierung des Netzes den Vorrang genießen.

Für die Zukunft wollen wir alle Kräfte bündeln, um die Medienkompetenz zu stärken. Neben Medienkompetenz, d.h. Umgang mit neuen Medien im technischen und organisatorischen Sinn ist es auch wesentlich Informationskompetenz zu vermitteln. Informationskompetenz bedeutet, dass man in der Lage ist, Informationen an der richtigen Stelle zu finden, aber man muss auch in der Lage sein, diese zu bewerten, d.h. darüber nachzudenken, ob diese Information richtig ist und man dieser Information trauen kann. Informationskompetenz heißt aber auch, Informationen nicht ohne die Nennung von Quellen zu übernehmen, sondern durch korrekte Verweise und korrektes Zitieren anderen Personen es zu ermöglichen, die Schritte zur Beschaffung und Verwendung dieser Information nachzuvollziehen.

Informationskompetenz und Medienkompetenz sind dabei als gleichrangig zu behandeln. Wir wollen, dass gerade für Eltern, Lehrkräfte, Kinder und Jugendliche z.B. in Bildungs- und Jugendeinrichtungen das Thema Medienkompetenz stärker vermittelt wird. Dabei verstehen wir Medienpädagogik als Querschnittsthema in den Bildungsplänen, nicht als zusätzliches Fach.

Deswegen muss Medienpädagogik als Querschnittsaufgabe auch im Vorbereitungsdienst und bei der Lehrerfortbildung ebenso wie in den verschiedenen pädagogischen Studiengängen und Ausbildungen durchgängig und verbindlich berücksichtigt werden.

Es liegt auch in der Verantwortung der Schule, die Kompetenzen zu vermitteln, die erforderlich sind, um

Medien kritisch zu konsumieren und produktiv in die Arbeits- und Lebenswelt einbeziehen zu können. Deshalb ist die Computernutzung erst nach dem Erlernen von Schreiben und Rechnen zu lehren. Die Schule erreicht wirklich alle Kinder und Jugendliche und kann ihnen die Chance bieten, zu emanzipierten Mediennutzerinnen und -nutzern zu werden. Medienkompetenz ist eng verbunden mit selbstverantwortlichen, kooperativen Lernprozessen und damit ein zentraler Schlüssel, über die Schulzeit hinaus, für ein lebensbegleitendes Lernen.

In Berlin gibt es zwar Bildungsinitiativen zur Stärkung von Medienkompetenz wie z.B. den eEducation-Masterplan

und das Landesprogramms Jugendnetz-Berlin.de, es fehlt jedoch an einem integrierenden Gesamtkonzept, das alle hier genannten Handlungsfelder einbezieht. Deshalb wird die Einrichtung eines Runden Tisches zur Medienkompetenzförderung empfohlen, um ein „Gesamtkonzept Medienkompetenz“ für alle BerlinerInnen zu entwickeln. Die Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg ist dabei einzubeziehen.

Technische Geräte und Algorithmen, also technische Anleitungen zur Lösung eines Problems, beeinflussen täglich unser Leben. Um diese zu verstehen und zu nutzen sowie die jeweiligen Chancen und Herausforderungen selbstbestimmt abzuschätzen, bedarf es eines grundlegenden Wissens. Die SPD Berlin setzt sich deshalb dafür ein, den Informatik-Unterricht an den Berliner Schulen zu stärken.

2. Freien Zugang zu Wissen und Daten in der Stadt ausbauen

Die SPD Berlin steht für eine offene Gesellschaft und eine transparente Regierung sowie Verwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten — unter Beachtung des Datenschutzes — grundsätzlich freien Zugang zu den vorhandenen Informationen der öffentlichen Verwaltungen. Die Daten und Dokumente des Berliner Senats sollen weitestmöglich öffentlich und frei zugänglich sein. Wir wollen aktiv für eine transparente Verwaltung streiten und uns dafür insbesondere für einen Mentalitätswandel auf allen Ebenen der Verwaltung einsetzen.

Die Verwaltungsprozesse müssen so umgestaltet werden, dass die Erzeugung aktueller, frei zugänglicher und verlässlicher Informationen für die Öffentlichkeit integraler und selbstverständlicher Bestandteil wird. Prozesse der Bürgerbeteiligung zum Beispiel im Rahmen der Raum- und Verkehrsplanung bieten sich dabei als Piloten an.

Die Open Data Initiative der auslaufenden Legislaturperiode muss fortgeführt und die erfolgreiche Arbeit des Senats unterstützt und weiter vertieft werden. Darum muss insbesondere das Berliner Informationsfreiheitsgesetz besonders um proaktive Elemente erweitert werden und somit dem Beispiel Bremens folgen. Auch Verträge der öffentlichen Daseinsvorsorge werden im Regelfall veröffentlicht.

Darüber hinaus sollten das Amtsblatt sowie das Gesetz- und Verordnungsblatt digital und in einer freien Lizenz verfügbar gemacht werden. Die Verkehrsdaten der Berliner Verkehrsbetriebe sowie anderer Betriebe des Öffentlichen Personennahverkehrs, mit denen Berlin vertragliche Vereinbarung getroffen hat, müssen in Echtzeit und in freien Formaten und Lizenzen den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

Die Berliner SozialdemokratInnen wollen die Idee von frei verfügbarem Wissen fördern und unterstützen daher den Grundsatz von Open Access und Open Educational Resources: Für alle vom Land Berlin finanzierten wissenschaftlichen Publikationen gilt ein Zweitverwertungsrecht. Daher werden auch durch Berlin finanzierte Kultur- und Wissenschaftsprojekte bevorzugt die ihre Ergebnisse öffentlich zugänglich machen. Wir streben ferner einer Bundesratsinitiative für offene Daten auf Bundesebene an.

Berlin verfügt über ein landesweit einzigartig dichtes Netz an Museen und Bibliotheken, die ein unschätzbbares kulturelles Erbe beherbergen. Dieser Kulturschatz kann durch Digitalisierung für kommende Generationen gegen Verluste und Schäden der physischen Bestände geschützt und seine wissenschaftliche Erschließung durch weltweit kostenfreie Zugänglichkeit enorm befördert werden. Die Berliner Bibliotheken können beachtliche Fortschritte bei der Digitalisierung ihrer Bestände vorweisen. Wir als Berliner SPD sind der Überzeugung, dass dieser Weg entschlossen weiter beschritten werden muss. Besonderes Augenmerk muss dabei auf der Frage der elektronischen Langzeitarchivierung liegen. Die diesbezüglichen Probleme, was Dateiformate und Datenträger anbelangt, sind noch nicht gelöst. Wir schlagen dem Land Berlin deshalb die Einrichtung einer Kommission aus Vertretern der Berliner Hochschulen, Museen, Archive und Bibliotheken

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

mit dem Auftrag vor, eine digitale Strategie für Berlin zu erarbeiten, um die bereits vorhandenen Ansätze langfristig zu koordinieren und weiterzuentwickeln.

3. Partizipieren und Berlin transparent machen

Die SPD Berlin treibt eine offenere und partizipativere Demokratie voran.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Plenarsitzungen sowie möglichst viele Ausschusssitzungen des Abgeordnetenhauses öffentlich im Internet live übertragen werden. Diese sollen danach On-Demand mit einer freien Lizenz und in einem offenen Format auf der Seite des Abgeordnetenhauses zur Verfügung stehen. Als wichtiger Bestandteil der E-Partizipation in Deutschland haben sich die Online-Petitionen des Deutschen Bundestages etabliert. Wir fordern auch auf Berliner Ebene die Einführung von öffentlichen Online-Petitionen nach dem Vorbild des deutschen Bundestages.

Desweiteren schlagen wir die Einführung eines Policy-Trackers für Berlin vor. Dieser soll es jedem Bürger /jeder Bürgerin ermöglichen, schnell und einfach zu erfahren inwieweit in welchem Stadium ein Gesetzgebungsverfahren angelangt ist.

Berlin erhält eine E-Partizipations-Plattform, mit deren Hilfe Bürgerinnen und Bürger Probleme, Lösungsmöglichkeiten und Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität dem Berliner Senat und den Bezirksregierungen vortragen sowie abstimmen und diskutieren können. Dabei werden die zuständigen AnsprechpartnerInnen der Verwaltung in das System eingebunden und langfristig Berliner Open Data Angebote integriert. Die Internetseiten des Abgeordnetenhaus, des Senats und der Landesbehörden sowie der Bezirksvertretungen und Bezirksämter sollen in der kommenden Legislaturperiode modernisiert, mobil zugänglich gemacht und barrierefrei gestaltet werden.

4. Soziale Teilhabe sichern und stärken

Digitale Netze und Kommunikationsnetze sind heute wichtige Säulen der sozialen wie wirtschaftlichen Infrastruktur. Der Zugang zum Internet ist unumgänglich für eine gesellschaftliche und demokratische Teilhabe und wirtschaftliches Wachstum. Berlin benötigt deshalb ein zukunftsfähiges Internet, welches hohe Datenraten überall in der Stadt ermöglicht und die Ziele der Digitalen Agenda der Europäischen Union erfüllt. Aus diesen Gründen muss der Ausbau und die Erschließung eines zeitgemäßen flächendeckenden Netzes durch stadteigene Betriebe weiter vorangetrieben werden. Der Zugang zum Internet ist unserer Sicht ein Bürgerrecht, deshalb fordern wir eine staatlich garantierte digitale Daseinsfürsorge, die eine Internet-Grundversorgung und einen Internetzugang für alle, auch für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen und BezieherInnen von Arbeitslosengeld II ermöglicht. Eine flächendeckende Mindestversorgung muss im Sinne einer Daseinsvorsorge auch in den dünner besiedelten Gebieten ermöglicht werden. Als Berliner SPD unterstützen wir die Bemühungen der Bundes-SPD, eine flächendeckende und technologie neutrale Versorgung als Universaldienst gesetzlich zu verankern und fordern das vorrangige und zügige Einrichten von WLAN-Gast-Zugängen in den Berliner Rathäusern. In jedem Bürgeramt soll ein „Bürger-IT-Raum“ aufgebaut werden, damit auch diejenigen Bürger, die bisher keine IT-Kompetenz aufbauen konnten und/oder die sich kein eigenes IT-Equipment leisten können, freien Zugang zu Wissen und Daten in der Stadt haben. Der „Bürger-IT-Raum“ soll dieselben Öffnungszeiten wie die Bürgerämter haben. Denn ohne einen Internet-Anschluss ist heute eine gesellschaftliche Teilhabe nicht mehr möglich: Zur Informationsgewinnung, zur Arbeitssuche und für den Kontakt mit Behörden.

Nach einer Erhebung für den bundesweiten Breitbandatlas (TÜV Rheinland) sind drei Dutzend Ortsteile in Berlin erheblich vom Zugang zum schnellen Internet abgeschnitten. Kurzfristige Abhilfe ist mit der im Ausbau befindlichen Breitbandtechnologie LTE möglich. Wir wollen auf die Netzbetreiber Einfluss zu nehmen, zunächst Antennenstandorte in Betrieb zu nehmen, die zur Versorgung dieser Ortsteile geeignet sind. Darüber hinaus streben wir den Aufbau eines leistungsstarken, drahtgebundenen Breitbandnetzes zu beginnen.

Daneben wollen wir kostenfreie WLAN-Netze an zentralen Orten. Wir setzen uns mittels einer Bundesrats-

initiative für eine angemessene Haftungsfreistellung zugunsten von privaten und gewerblichen Betreibern offener WLANs ein. Dadurch könnten BürgerInnen und Unternehmen motiviert werden, ihre ohnehin vorhandenen Internet-Zugänge über WLAN allgemein zugänglich zu machen. Derzeit schreckt die unklare Rechtslage hierzu mit unkalkulierbaren Haftungsrisiken vor einem solchen Schritt ab. Wir wollen prüfen, inwieweit der Senat — nach erfolgter rechtlicher Haftungsfreistellung — die Öffnung des eigenen WLANs für Dritte juristisch, logistisch und finanziell fördern kann, um einen zusätzlichen Anreiz für offene Netze zu setzen.

5. Persönliche Daten schützen

Die SPD Berlin setzt sich für einen selbstbestimmten Datenschutz ein. Staat, Wirtschaft und Arbeitgeber müssen sparsamer im Speichern von personenbezogenen Daten werden. Dazu gehört auch mehr Kontrolle der Teilnehmenden über die Nutzerdaten von Facebook, Google sowie den weiteren sozialen Netzwerken und Suchmaschinen im Internet. Wo die Gesellschaft und der Staat für seine notwendigen Planungen Daten der Menschen brauchen, müssen sie so schnell wie möglich anonymisiert werden.

Rasterfahndungsmethoden sind in Betrieben nicht hinnehmbar. Beschäftigte dürfen nicht gezwungen werden, mehr von ihrer Privatsphäre preiszugeben, als für das Beschäftigungsverhältnis nötig ist, und müssen sich ohne Angst vor Nachteilen gegen Eingriffe wehren können.

6. Rundfunk digitalisieren

Die Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland hat uneingeschränkt Geltung. Gerade bei der fortschreitenden Digitalisierung und der fortschreitenden Reduzierung von Nachrichtenagenturen und Redaktionen wird die Rolle der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten immer wichtiger. Dazu gehört im Internetzeitalter auch ein öffentlich-rechtliches, digitales, werbefreies Vollangebot im Internet als „dritte Säule“.

Wir sprechen uns gegen das Depublizieren, also das Löschen von eigenproduzierten Inhalten des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks aus. Die von den Bürgerinnen und Bürgern bezahlten Inhalte müssen dauerhaft und digital zur Verfügung stehen.

Die Menschen in Deutschland konsumieren Medien heute immer mehr über das Internet. Es ist also nur konsequent und richtig, wenn der Öffentlich-Rechtliche Rundfunk seine Inhalte, dem Medium Internet angepasst, auch digital verbreitet. Jede diesbezüglich geforderte Einschränkung lehnen wir ab. Im Gegenteil: Bereits getätigte Einschränkungen sind rückgängig zu machen. Digitale Projekte wie Mediatheken und Apps des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks unterstützt die Berliner Sozialdemokratie ausdrücklich.

7. Berlin effizient verwalten

Eine moderne Verwaltung braucht eine moderne IT-Strategie, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft eine optimale Kommunikation mit den Behörden garantiert, dabei effektiv, kostengünstig, sicher und unabhängig ist.

Darum verfolgt die SPD Berlin das langfristige Ziel, eine Umstellung auf freier Open Source Software für die Verwaltung durchzuführen, wie sie beispielsweise die Stadt München seit nunmehr zehn Jahren erfolgreich betreibt. Neue Software-Lösungen, welche für die Berliner Verwaltung eigens entwickelt werden, sollen dann auf freien Lizenzen aufbauen. Auch unter Sicherheitsaspekten sind Open Source Produkte, die auf vielfach geprüftem, offenem Quelltext basieren, den proprietären mitunter überlegen. Alle Software-Lösungen in der Verwaltung Berlins sollen Offene und Freie Standards bzw. Dateiformate verwenden, um bei der Wahl der eingesetzten Software möglichst flexibel zu sein und Abhängigkeiten von Anbietern und Plattformen zu vermeiden.

Die Interoperabilität ist gerade bei dezentralem IT-Betrieb von erheblicher Bedeutung; auch dies unterstreicht die Notwendigkeit offener Standards und die Vorteile von Open-Source-Lösungen. Die Trennung von IT-Service und Sachaufgaben muss überwunden werden. Die Entscheidung, ob Haushaltsmittel für Informationstechnik, sonstige Sachmittel oder Personal eingesetzt werden, werden dem Subsidiaritätsgrundsatz folgend auf möglichst tiefer Verwaltungsebene getroffen, um die jeweiligen Verwaltungsaufgaben bei knappen Mitteln möglichst effizient und leistungsfähig versehen zu können.

8. Politik zur digitalen Teilhabe („Netzp politik“) in Berlin organisatorisch verankern

Politik für Partizipation und digitale Teilhabe in der Gesellschaft ist längst Querschnittsthema. Es geht um Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen, und damit im Kern um Gesellschaftspolitik. Wie auch in diesem Programm ersichtlich, sind nahezu sämtliche Senatsverwaltungen auf unterschiedliche Art und Weise von den angesprochenen Fragestellungen betroffen. Dieser wachsenden Bedeutung von Politik zur digitalen Teilhabe („Netzp politik“) gilt es durch einer entsprechenden organisatorischen Verankerung in der Senatsverwaltung Rechnung zu tragen.

So erscheint uns die Anerkennung von Netzpolitik als eigenständige, auch in der Bezeichnung als solche ersichtliche Ressortzuständigkeit ein nicht nur, aber auch symbolisch wichtiger Schritt. Berlin wäre damit die erste Landesregierung, die über einen explizit als solches ausgewiesenen Referenten für Netzpolitik zur Verfügung hätte. Wir begrüßen das diesbezügliche Tätigwerden der Senatskanzlei.

Neben der Einrichtung einer klaren politischen Zuständigkeit bedarf es auf operativer Ebene in Partei und Fraktion des Aufbaus von Kompetenzen zur Umsetzung der in diesem Antrag genannten Politiken zur digitalen Teilhabe. Dies soll nicht nur die Durchführung und interne wie externe Kommunikation der in diesem Antrag skizzierten Projekte ermöglichen, sondern auch die Verankerung der Inhalte in Partei und Gesellschaft in ihrer ganzen Relevanz verdeutlichen.

9. Wirtschaftliche Chancen durch Digitale Teilhabe erschließen

Berlin hat sich in den letzten Jahren zu einem Zentrum der europäischen Start-Up und Web-Szene entwickelt. Dieses Potenzial für Innovationen, Arbeitsplätze und weitere Unternehmen muss durch die SPD unterstützt werden, denn wir stehen erst am Anfang einer dynamischen Entwicklung. Darum wird sich Berlin für die Interessen der Medien- und Kreativwirtschaft auf allen Ebenen einsetzen, um die bestmöglichen Rahmenbedingungen für deren positive Entwicklung herbeizuführen.

Wir werden den Einheitlichen Ansprechpartner (Portal des Landes Berlin für Gewerbetreibende und Dienstleistungsunternehmen) so weiterentwickeln, dass er auch in diesem Bereich kompetente Hilfestellung leisten kann.

10. Beteiligungs- und Kommunikationsmöglichkeiten der Berliner SPD weiterentwickeln

Die Berliner SPD will die Beteiligungs- und Kommunikationsmöglichkeiten für Mitglieder und Bürgerinnen und Bürger erweitern. Dazu streben wir an, Anträge und inhaltliche Positionierungen auch verstärkt web-basiert basisdemokratisch diskutieren und weiterentwickeln zu lassen. Ergebnisse können dann in die Antragsberatungen übernommen werden. Dazu wird die Berliner SPD, wenn immer möglich, Anträge ins Netz stellen und Diskussions- und Bearbeitungsmöglichkeiten eröffnen.

Relevante Ereignisse wie Parteitage sollen live im Netz („streaming“) übertragen und kommentiert werden können.

Das Internetangebot wird weiter ausgebaut und partizipativ angelegt. Damit wollen wir auch die Orts- und Zeitunabhängigkeit verbessern. Wir möchten die technische Infrastruktur des Internetangebots so überarbeiten, dass die ständige Weiterentwicklung unkompliziert und ohne erhebliche technische und finanzielle Ressourcen des Landesverbandes erfolgen kann, um die Teilhabe für Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder geringeren zeitlichen Reserven zu verbessern. Ferner wollen wir so die Hemmschwellen, welche einen Einstieg in das teilweise von formalen Abläufen geprägte Parteileben erschweren, senken und die Partei für neue Zielgruppen öffnen.

Denn für die SPD Berlin gilt: Wir wollen Partizipation und digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt ermöglichen. Wir haben erkannt, dass es sich dabei um eine Gerechtigkeits- und Verteilungsfrage handelt. Wir bekräftigen unseren Anspruch, alle Berlinerinnen und Berliner digitale Teilhabe zu ermöglichen und das Internet noch stärker als Kommunikationskanal im Rahmen demokratischer Entscheidungsprozesse nutzen zu wollen. Wir wollen neue Beteiligungsformen einführen, sagen aber auch ganz deutlich: Diese können die traditionellen demokratischen Partizipationsformen nur ergänzen, nicht ersetzen.

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

KONSENSLISTE LEITANTRÄGE

Antrag 03/II/12 zum Leitantrag 01/II/2012

Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Konsensliste

Die mit gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen. **Der Landesparteitag stimmt diese mit (K) gekennzeichneten Änderungsanträge en bloc ab.**

Antrag 04/II/12 zum Leitantrag 02/II/2012

Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Konsensliste

Die mit gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen. Der Landesparteitag stimmt diese mit (K) gekennzeichneten Änderungsanträge en bloc ab.

Antrag 03/II/12

Annahme

Antrag 04/II/2012

Annahme

ÄNDERUNGSANTRÄGE ZUM LEITANTRAG 01/II/2012

Ä02) GLV

S1, Zeile 27: Einfügen nach „abgesenkt“:

Da die meisten bei weitem keine 45 Beitragsjahre mehr erreichen, werden die tatsächlichen Rentenzahlungen dann sogar noch deutlich niedriger ausfallen.

Ä02) Annahme

Ä04) KDV Friedrichshain-Kreuzberg

Seite 1, nach Zeile 34 einfügen:

In diesem Zusammenhang gehören auch die Pensionen der Beamten, die berufsständischen Versorgungswerke und weitere Sonderregelungen wie z.B. für politische Mandatsträger auf den Prüfstand.

Ä04) Annahme

Ä06) Abt. 3 | Reinickendorf

Seite 1, Zeile 57 Einfügung

Unser Grundsatz ist unverändert, alle versicherungsfremden Leistungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung werden durch den Steuerzuschuss (Bundeszuschuss) getragen.

Ä06) Annahme

Ä07) AfA Berlin

Auf Seite 2 in Zeile 10 wird folgender Text eingefügt:

Daher ist eine weitere Senkung des Rentenniveaus nicht vertretbar. Wir wollen das Rentenniveau auf dem derzeitigen Stand halten.

Ä07) Annahme

Ä09) KDV Tempelhof-Schöneberg

Seite 2, in Zeile 13 nach „Steuern“ vor „bis zum Jahr 2030“ einfügen:
„von rund 50%“

Ä09) Annahme

Ä11) GLV

Ä11) Annahme

Seite 2, Zeile 35:

Ersetze „2.600 Euro“ durch „ca. 2.700 Euro“

Ä13) KDV Tempelhof-Schöneberg

Seite 2, hinter Zeile 46 einfügen:

„Die Rentenformel der gesetzlichen Rentenversicherung muss deshalb so angepasst werden, dass ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung auf der Grundlage einer realistischen Lebensarbeitszeit eine Rente erhält, die über der Grundsicherung im Alter liegt. Alles andere höhlt das System der verbindlichen gesetzlichen Rentenversicherung aus.“

Ä18) GLV

Seite 2, Zeile 61: Füge ein nach „eine Betriebsrente zu beziehen“:

„und wenn sie eine beziehen, in deutlich geringerer Höhe als Männer“.

Ä20) AG Migration

Seite 2 nach Zeile 62, Einfügung (am Ende von II b)

Vor dem Hintergrund der wachsenden Vielfalt in Deutschland ist gerade die Situation von Rentnerinnen und Rentnern mit Migrationshintergrund von besonderer Bedeutung. Hier spielt die Frage von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt eine starke Rolle in den Biografien. Die Auswirkungen auf die Rentenhöhe sind wie bei allen benachteiligten Gruppen auf dem Arbeitsmarkt verheerend. Vorsorgend muss der Arbeitsmarkt durch politische Maßnahmen diskriminierungsfreier gestaltet werden. Nachsorgend ist es auch für diese Gruppe von enormer Bedeutung, das Prinzip der Lebensstandardsicherung zu berücksichtigen.

Ä21) GLV

Seite 3, Zeile 12: Ersetze „Diese Festlegung senkt“ durch: „Diese Festlegung war willkürlich, sie senkt...“

Ä23) KDV Mitte

Auf Seite 3 wird der Satz von Zeile 16 bis Zeile 24 gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt:

Wenn also die Leistungen der umlagefinanzierten und verpflichtenden gesetzlichen Rente nicht ausreichen, man an der Beschränkung des Beitragssatzes festhalten und gleichzeitig verbreitete Altersarmut und sozialen Abstieg im Alter nicht akzeptieren will, hätte dies einen stärkeren Ausbau der kapitalgedeckten Betriebsrenten oder der kapitalgedeckten individuellen und freiwilligen Altersvorsorge zur Folge.

Ä26) KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge ein auf Seite 3 in Zeile 29 nach „Umlagesystem am besten.“:

„Die Arbeitgeberseite darf nicht länger aus ihrer Pflicht entlassen werden.“

Ä27) AfA Berlin

Auf Seite 3 wird der Satz von Zeile 39 bis Zeile 41 gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt:

„Wir halten an einem ausreichenden Steueranteil an der Finanzierung der Rentenversicherung auch künftig fest.“

Ä29) GLV

Seite 4, Zeile 14: Streiche „Versicherungsfreie“.

Ä13) Annahme

Ä18) Annahme

Ä20) Annahme

Ä21) Annahme

Ä23) Annahme

Ä26) Annahme

Ä27) Annahme

Ä29) Annahme

Ä32) KDV Tempelhof-Schöneberg

Seite 4, Zeile 19-25, nach „...haben sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verdrängt.“ einfügen:

Beschäftigung muss steuer- und sozialversicherungspflichtig vom ersten Euro an sein, die gesetzlichen Freibeträge bieten genügend Spielraum für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten und Rentnerinnen und Rentner für Ferienjobs und geringfügige Zuverdienste.

Ä36) KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge Seite 4, Zeile 24 zwischen „...Stunden ist ein erster Schritt.“ „NUR“ zwischen „ist“ und „ein“ ein.

Ä37) GLV

Seite 4, Zeile 25: Füge ein nach „erster Schritt“:

Weiterhin brauchen wir Maßnahmen, die dafür sorgen, dass Beschäftigte in kleinen, sozial abzusichernden Beschäftigungsverhältnissen tarifgerecht entsprechend ihrer ausgeübten Tätigkeit entlohnt und arbeitsrechtlich (z.B. durch nicht gewährten bezahlten Urlaub oder unterbliebener Lohnfortzahlung im Krankheitsfall) nicht mehr diskriminiert werden.

Ä42) ASF

Seite 4, Zeile 42-44 nach „einführen“ wird ersetzt:

Ziel ist eine gemeinsame Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen, die auch Beamte, Selbständige, politische MandatsträgerInnen und die bisher in eigenen Versorgungswerken Versicherten umfasst. Das gilt unmittelbar für BerufseinsteigerInnen. Für alle anderen muss eine angemessene Übergangsregelung gefunden werden.

In einem ersten Schritt sollen alle Erwerbstätigen, die nicht bereits über ein anderes der etablierten obligatorischen Alterssicherungssysteme abgesichert sind oder eine ausreichende private Vorsorge nachweisen können, versicherungspflichtig in der gesetzlichen Rentenversicherung werden.

Ä46) KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge ein auf Seite 4 in Zeile 49 einen neuen Abschnitt „c)“

„c) Deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze

Ziel der SPD ist es, eine solidarische und gesamtgesellschaftlich getragene Rentenversicherung zu schaffen. Dazu bedarf es neben einer Ausweitung des Versichertenkreises auch einer Ausweitung der Pflicht zur Leistung von Beiträgen durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das bedeutet, dass die Beitragsbemessungsgrenze, die Bruttoeinkommen ab einer bestimmten Höhe (z. Zt. 5.800 Euro (West) und 4.900 Euro (Ost).) als beitragsfrei definiert, deutlich anzuheben ist. Das führt dazu, dass mehr Versicherte entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der gesetzlichen Rente beteiligt werden. Das bewirkt in erster Linie langfristig eine Stabilisierung der gesetzlichen Rentenversicherung durch die Möglichkeit der Bildung einer höheren Reserve. Zweitens, sinken durch die Einbeziehung von höheren Einkommen die Beitragssätze zur Rentenversicherung, ohne dass das ein Absinken des Rentenniveaus zur Folge hätte. Drittens wäre mehr Kapital im umlagefinanzierten Rentenversicherungssystem enthalten.

Ä47) KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Ä32) Annahme in der Fassung der AK :

Ä36) Annahme

Ä37) Annahme

Ä42) Annahme in der Fassung der AK :

Ä46) Annahme in der Fassung der AK :

Ä47)

Füge ein auf Seite 4/5 nach neuen Abschnitt „c“:

„d) Solidaritätsfaktors einführen

Am Prinzip der Beitragsbezogenheit halten wir grundsätzlich fest. Eine Sozialversicherungspolitik, die die individuellen Anstrengungen der ArbeitnehmerInnen anerkennt, ist eine Kernforderung der Sozialdemokratie. Gleichzeitig gilt es, eine solidarische Umverteilungskomponente in die gesetzliche Rentenversicherung zu integrieren, die im Kern das Äquivalenzprinzip um einen Solidaritätsfaktor erweitert. Auswirkungen des Solidaritätsfaktors sind: Alle Rentenansprüche, die über dem Wert der Mindestrente liegen, werden degressiv zur Aufstockung derjenigen Renten herangezogen, die unterhalb der Mindestrente liegen. Das bedeutet, dass die Beitragsäquivalenz durch eine Umverteilungskomponente dynamisiert wird (Der Anstieg der Renten oberhalb der Standardrente wird langsam gestaut aber nicht vollkommen aufgehoben.) und es geringeren Bedarf an steuerlicher Querfinanzierung gibt. Umverteilung findet innerhalb des Rentensystems statt. Somit wird eine armutsfeste Rente garantiert. Das zu definierende Mindestsicherungsniveau (angelehnt an die heutige Grundsicherung im Alter) wird mit dem Solidaritätsfaktor verknüpft und die politische Debatte über eine Mindestalterssicherung kann nicht ohne eine Debatte über die Höhe der „Spitzenrenten“ geführt werden. Die Einführung dieses Solidaritätsfaktors ist eine der wesentlichen Kernforderungen der SPD.“

Ä48) GLV

Seite 4, Zeile 58: Ersetze: „den Steuerzuschuss“ durch „einen Steuerzuschuss“.

Ä49) Abt. 3 | Reinickendorf

Seite 4 Zeile 58,
hinter Steuerzuschuss (Bundeszuschuss) einfügen

Ä52) Abt. 3 | Reinickendorf

Seite 5 Zeile 8, Einfügung

Dies wird über einen Steuerzuschuss (Bundeszuschuss) oder über die Bundesagentur für Arbeit als Beitragsleistung während der Arbeitslosigkeit ausgeglichen.

Ä53) Abt. 3 | Reinickendorf

Seite 5 Zeile 12, Einfügung

Wir stehen daher insbesondere zu den eigenen Rehabilitationskliniken der gesetzlichen Rentenversicherung. Diese nehmen wichtige Aufgaben im Rahmen der Weiterentwicklung der Rehabilitation insbesondere im Rahmen von Forschung und Qualitätssicherung wahr. Die Einrichtungen sind bedarfsgerecht und über die Haushalte der Rentenversicherungsträger zu finanzieren.

Weiter mit Doch und Wer...

Ä54) GLV

Seite 5, Zeile 17ff.: Streiche den Satz „Damit werden Ausweichreaktionen von einer vorzeitigen Altersrente vermieden.“

Ä55) GLV

Seite 5, Zeile 25f.: Ersetze „Solidar- oder Mindestrente“ durch „Solidarren-

Überweisung an FA III - Innen- und Rechtspolitik
Überweisung an FA IX - Gesundheit und Soziales

Ä48) Annahme

Ä49) Annahme

Ä52) Annahme in der Fassung der AK :

Ä53) Annahme

Ä54) Annahme

Ä55) Annahme

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

te“

Ä58) KDV Mitte

Seite 5, Zeile 30, füge ein:

Dieser Mindestsatz soll dann jährlich angepasst werden.

Ä58) Annahme in der Fassung der AK :

Ä59) Abt. 3 | Reinickendorf

Seite 5, Zeile 30, Einfügung

Diese Aufstockung ist als versicherungsfremde Leistung über den Bundeszuschuss der Rentenversicherung zu finanzieren.

Ä59) Annahme

Ä61) KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Ersetze auf Seite 5, Zeilen 32-36 durch:

Deshalb wollen wir alle berufsqualifizierenden Aus- und Weiterbildungszeiten sowie Praktika nach Abschluss einer Berufsausbildung als Anrechnungszeiten bewerten.

Ä61) Annahme in der Fassung der AK :

Ä63) ASF

Seite 5, nach Zeile 42

Auch alle Erziehungszeiten werden wir mit einer weiteren Erhöhung der Entgeltpunkte aufwerten.

Ä63) Annahme

Ä64) GLV

Seite 5, Zeile 43: Einfügen eines neuen Spiegelstrichs:

„Kindererziehungszeiten sollen einheitlich bewertet werden unabhängig vom Geburtsjahr des Kindes. Deshalb möchten wir auch bei Geburten vor dem 1.1.1992 die ersten drei Jahre nach der Geburt des Kindes der/dem Erziehenden als Kindererziehungszeit anrechnen.“

Ä64) Annahme

Ä65) KDV Lichtenberg

Seite 5, Zeile 48 einfügen:

Die SPD Berlin setzt sich mit ihren Bundestagsabgeordneten für eine abschließende und umfassende gesetzliche Regelung der Rentenüberleitung Ost und West ein. Kern muss ein einheitliches Rentenberechnungssystem sein, das den Rentenwert, das Durchschnittsentgelt und die Beitragsbemessungsgrenze umfasst. Fast ein Vierteljahrhundert nach der Deutschen Einheit erwarten insbesondere die Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern, die noch heute unter Einbußen aufgrund unterschiedlicher Rentenberechnungen finanziell leiden müssen, eine abschließende Lösung. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag 2009 versprochen, ein einheitliches Rentensystem Ost und West einzuführen. Geschehen ist nichts. Die SPD Berlin wird deshalb auch aus Verantwortung für die Einheit der Stadt deutlich machen, dass mit gesetzgeberischen Maßnahmen in der kommenden Legislaturperiode die Rentenfrage Ost und West gelöst wird.

Ä65) Annahme

Ä71) KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Füge auf Seite 5 nach Zeile 50 ein:

d) Bildung schafft Rente

Um zukünftige Altersarmut oder absehbare Arbeitslosigkeit zu verhindern, brauchen wir ein Bildungssystem, in dem alle Lernenden das Wissen, Können und die Fertigkeiten vermittelt bekommen, mit denen ein Einstieg in das spätere Berufsleben gelingt.

Ä71) Annahme

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Das Schulsystem muss so ausgebaut und organisiert werden, dass jede/r Schüler/in einen Schulabschluss erreicht, der die erfolgreiche Aufnahme einer qualifizierten Ausbildung ermöglicht. Es muss künftig erreicht werden, dass niemand ohne einen Schulabschluss in das Arbeitsleben entlassen wird.

Ä73) GLV

Seite 5, Zeile 55f.: Ersetze den Satz

„Dazu soll der Rentenbeitrag ab 2014 jährlich um 0,2 Prozentpunkte angehoben auf 22 Prozent angehoben werden.“

durch:

„Dazu soll der Beitragssatzanstieg verstetigt werden.“ und ergänze in Seite 5/Z62, wenn der Beitragssatz jährlich um max. 0,2 Prozentpunkte erhöht wird.“

Ä73) Annahme

Ä74) GLV

Seite 5, Zeile 58: Ergänze vor „Rentenniveau“: „gesetzliche“

Ä74) Annahme

Ä78) KDV Tempelhof-Schöneberg

Seite 6, Zeile 9-42 Streichung des Abschnitts und ersetzen

Ä78) Annahme in der Fassung des Parteitages

Überschrift: Betriebsrenten weiterentwickeln

Zeile 9 als erster Satz:

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die tragende Säule der Altersvorsorge und deckt auch das Erwerbsminderungsrisiko und die Hinterbliebenenversorgung ab. Diese Funktion muss die GRV auch in Zukunft gewährleisten.

Zeile 9 – Ergänzung nach „Altersvorsorge sind“:

„eine Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung. Sie sind“

Zeile 42 Ergänzung nach letzten Wort „zu erhöhen“:

Die steuerliche Förderung möglicher weiterer Säulen von Betriebsrenten sehen wir kritisch.

Ä83) GLV

Seite 6, Zeile 53: Ersetze „Die“ durch „Eine“ und ersetze Seite 6, Zeile 54f. „Alterssicherungsart“ durch „Altersrentenart“.

Ä83) Annahme

Ä87) Abt. 09 | Spandau

Seite 7, Zeile 10 bis 13 wie folgt ändern:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte dürfen über das Renteneintrittsalter hinaus berufstätig sein. Für jeden Monat, den sie länger berufstätig sind, erhöht sich die künftige Rente um 0,3 %.“

Ä87) zweiter Absatz:
Überweisung an FA IX - Gesundheit und Soziales

Ä89) KDV Mitte

Auf Seite 7 wird nach Zeile 29 folgender Text eingefügt:

Wie unterstützen Vorschläge bei langfristige Versicherten (45 Versicherungsjahre) den abschlagsfreien früheren Renteneintritt zuzulassen, wenn diese den unterschiedlichen Lebens- und Arbeitswelten von Männern und Frauen Rechnung tragen. Wir fordern, dass Frauen im gleichen Maße Zugang zum vorzeitigen Rentenbeginn ohne Abschläge gewährt wird wie Männern.

Ä89) Überweisung an AfA, ASF, Jusos

Ä90) Abt. 8 | Tempelhof-Schöneberg

Ä90) Überweisung an AfA,

Seite 7, Zeile 30, Ergänzung

Die vom Parteivorstand am 24.09. beschlossene Regelung, das Arbeitnehmer, die mindestens 40 Jahre im Beruf standen und Rentenbeiträge gezahlt haben, abschlagsfrei in Rente gehen können, lehnen wir in dieser Form als unsolidarisch ab, denn sie basiert einseitig auf dem traditionellen männliche Vollzeit-Arbeitsverhältnis (z.B. des Handwerkers) und verweigert insbesondere Frauen, z.B. Krankenschwestern und AltenpflegerInnen, die durch Familienarbeit auf weniger als 40 Jahre kommen, diese Abschlagsfreiheit.

Ä91) Antje Schwarzer (ASF Tempelhof-Schöneberg)

Seite 7, Zeile 30, Ergänzung

Die vom Parteivorstand am 24.09. beschlossene Regelung, das Arbeitnehmer, die mindestens 40 Jahre im Beruf standen und Rentenbeiträge gezahlt haben, abschlagsfrei in Rente gehen können, lehnen wir in dieser Form als unsolidarisch ab, denn sie basiert einseitig auf dem traditionellen männliche Vollzeit-Arbeitsverhältnis (z.B. des Handwerkers) und verweigert insbesondere Frauen, z.B. Krankenschwestern und AltenpflegerInnen, die durch Familienarbeit auf weniger als 45 Jahre kommen, diese Abschlagsfreiheit.

Ä92) KDV Mitte

Der Leitantrag wird ergänzt um einen Absatz, in dem die perspektivische Grundidee eines neuen Rentenkonzepts der SPD deutlich ablesbar ist. Am Ende des Textes soll folgender Absatz eingefügt werden:

IV. Anforderungen an das Rentensystem der Zukunft

Langfristig wollen wir das Rentensystem "reformieren". Die im Leitantrag beschriebenen Maßnahmen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es ist aber unabdingbar, weiter an der Konzeption zu arbeiten.

Auf Landesebene ist eine Arbeitsgruppe unter Einbindung der Landesarbeitsgemeinschaften und Kreise einzurichten, die im Laufe der nächsten zwei Jahre die Rentenkonzeption überprüft und konkretisiert.

Ä96. (sachliche Ergänzung)

Seite 30, nach Zeile 1 "... Rentenversicherungssystem enthalten." :als neuer Absatz wird angefügt

"Bevor aber derartige Beschlüsse gefasst werden, muss unbedingt eine Regelung zur Dämpfung hoher Rentenansprüche in Kraft gesetzt werden."

Ä99. (sachliche Ergänzung)

Seite 33, nach Zeile 33: als neuer Stichpunkt wird eingefügt

"Die jüngst von der IG Metall ins Gespräch gebrachte "Abschlagsfreie Rente mit 60 nach 40 Versicherungsjahren" sollte so übernommen werden, dass jeweils 10 Versicherungsjahre mehr oder weniger ein um zwei Jahre niedrigeres bzw. höheres abschlagsfreies Rentenalter ergeben."

ASF, Jusos

Ä91) Überweisung an AfA, ASF, Jusos

Ä92) Annahme in der Fassung des Parteitages

Überweisung an FA IX - Gesundheit und Soziales

Überweisung an FA IX - Gesundheit und Soziales

ÄNDERUNGSANTRÄGE ZUM LEITANTRAG 02/II/2012

Ä01) (Übernahme Anregung aus „Pad“)

Seite 1, Zeilen 13, 26, 32 sowie Seite 8 Zeile 29, Seite 9 Zeile 34 ändern:
Aus "Verteilungs" immer "Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen"

Ä01) Annahme

Ä02) GLV (Übernahme Anregung aus „Pad“)

Seite 1 Zeile 40 Einfügen:

Mit der Entwicklung des Internets hat sich unsere Welt grundlegend verändert. Es hat völlig neue Formen der gesellschaftlichen Teilhabe geschaffen. Allerdings wurde diese Entwicklung bis heute in erster Linie von wirtschaftlichen Erwägungen geprägt. Kommerzielle Interessen prägen die digitale Infrastruktur, die Regeln und die Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung.

Ziel dieses Leitetrags ist es da-her, die notwendigen Korrekturen bei der weiteren Entwicklung der digitalen (Netz-) Welt anzustoßen - weg von einer ausschließlich wirtschaftlich motivierten Gestaltung, hin zu breiter gesellschaftlicher Teilhabe und der Durchsetzung individueller Rechte, zum Beispiel dem Schutz persönlicher Daten vor ungebremster wirtschaftlicher Ausbeutung.

Ä02) Annahme

Ä03) KDV Tempelhof-Schöneberg

Seite 1, Zeile 52-55 bis einschließlich „...mitnehmen.“ ersetzen:

„Die SPD setzt sich für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in allen Bereichen ein – das gilt auch für die digitale Welt.“

Ä03) Annahme

Ä08) Abt. 06 | Mitte

Seite 2 Zeile 19

Netzneutralität, also die gleichberechtigte und wertneutrale Datenübertragung im Internet

Ä08) Annahme in der Fassung der AK

Ä 09) GLV (Übernahme Anregung aus „Pad“)

Seite 2 Zeile 23 streichen: Die Einführung von Qualitätsklassen und das Filtern einzelner Pakete mittels Deep Paket Inspection lehnen wir ab.

Ä09) Annahme

Ä13) Abt. 12 | Friedrichshain-Kreuzberg

Seite 2, Zeile 51, hinter „geprüft werden.“ wird eingefügt:

Die Rechte der Kreativen an ihren Werken müssen gestärkt werden: So muss etwa die Einräumung des ausschließlichen Nutzungsrechts durch Gesetz zeitlich beschränkt werden, damit Kreative mit den Rechteinhabern für die Zeit nach Ablauf der Frist neue Nutzungsbedingungen aushandeln können oder die Möglichkeit haben, ihre Werke gemeinfrei zu machen. Um Kreative gegenüber Verlagen und Labels zu stärken, muss die Möglichkeit beseitigt werden, abweichend von der gesetzlichen Bestimmung durch vertragliche Klauseln zu vereinbaren, dass Nutzungsrechte ohne Zustimmung des Urhebers weitergegeben werden können. Für „verwaiste Werke“, deren Rechteinhaber unbekannt oder nicht kontaktierbar sind, muss es ein Nutzungsrecht unter der Bedingung geben, dass die Rechteinhaber, sollten sie später doch noch Ansprüche erheben, angemessen entschädigt werden. Wir wollen damit verhindern, dass Werke für die Öffentlichkeit unzugänglich werden, weil die Erlaubnis der Rechteinhaber, sie zugänglich zu machen, nicht eingeholt werden kann. Amtli-

Ä13) Überweisung an FA VII -
Wirtschaft und Arbeit

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

che Werke sollen grundsätzlich gemeinfrei sein – also auch dann, wenn sie unveröffentlicht oder behördenintern sind, aber ein öffentliches Interesse an ihrer Veröffentlichung besteht. Öffentliche Bildungseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen oder Hochschulen sollen von sämtlichen Urheberrechtsabgaben befreit werden.

Ä16) Abt. 06 | Mitte Seite 3 Zeile 2

Einfügen nach „Internet“: „zu einer Wettbewerbsverzerrung vor allem im informationsverarbeitenden Dienstleistungssektor und vor allem dort...“

Ä16) Annahme

Ä18) KDV Tempelhof-Schöneberg

Seite 3, Zeile 31 gendern:
„Nutzerinnen und Nutzer“

Ä18) Annahme

Ä19) Abt. 06 | Mitte Seite 3 Zeile 33

... setzen wir uns für eine konsequente Anwendung dieses „opt-in“-Verfahrens für die Nutzung privater Daten ...

Ä19) Annahme in der Fassung der AK

Ä20) Abt. 12 | Friedrichshain-Kreuzberg

Ä 2: Seite 3, Zeile 38, hinter „führen.“ werden folgende Absätze eingefügt:

Ä20) Annahme

Die SPD ist die Partei der Bürgerrechte – auch im digitalen Zeitalter. Deshalb treten wir konsequent für die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger ein – sowohl gegenüber dem Staat als auch gegenüber Privaten. Wo staatlicherseits Sammlungen personenbezogener Daten erstellt werden – beispielsweise die DNA-Datenbank des BKA oder auch die elektronische Patientenakte auf der elektronischen Gesundheitskarte –, dort müssen strenge gesetzliche Sicherheitsbestimmungen gelten, deren Einhaltung regelmäßig und umfassend kontrolliert wird. Dies hat insbesondere für den internationalen Austausch von Daten zwischen Polizeien und Geheimdiensten zu gelten.

Wir sind davon überzeugt, dass ein Datenschutzaudit eingeführt werden muss, wie es in § 9a Bundesdatenschutzgesetz „angekündigt“ wird: Öffentliche und private Stellen müssen die Möglichkeit haben, ihr Datenschutzkonzept sowie ihre technischen Einrichtungen von unabhängigen Gutachtern prüfen und bewerten zu lassen und das Ergebnis zu veröffentlichen. Damit ist nicht nur Datenschutz und Datensicherheit im jeweiligen Fall gedient; es werden auch, insbesondere für Unternehmen, Anreize gesetzt, der Datenschutzfreundlichkeit in der Unternehmenspraxis einen hohen Rang einzuräumen.

Darüber hinaus treten wir für ein Umdenken im Datenschutz ein: Nicht die Bürgerinnen und Bürger sollen bei öffentlichen oder privaten Stellen Auskünfte über ihre dort gespeicherten Daten einholen müssen. Es muss stattdessen umgekehrt gelten, dass diejenigen, die Sammlungen personenbezogener Daten anlegen, speichern, verarbeiten oder weitergeben, verpflichtet sind, von sich aus die Betroffenen regelmäßig, auf übersichtliche und verständliche Weise darüber zu informieren, welche personenbezogenen Daten gespeichert worden sind, wie sie verarbeitet und an wen sie weitergegeben wurden. Die gesetzliche Pflicht zu einem – elektroni-

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

schen oder physischen – „Datenbrief“ soll einen bewussteren Umgang mit Personendaten bewirken, der dringend nötig ist. Darum werden wir für die dazu notwendige Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einbringen.

Die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürgern wird insbesondere durch die kommerzielle Sammlung und Verknüpfung von personenbezogenen Daten, durch deren automatisierte Auswertung und nicht zuletzt durch den unkontrollierten Datenhandel seitens privater Unternehmen immer weiter ausgehöhlt. Darum streben wir eine zeitgemäße Weiterentwicklung des Datenschutzes an: Die Pflicht zum Datenbrief muss ergänzt werden um eine Pflicht für Unternehmen, ihre Datenschutzbestimmungen für Laien übersichtlich und verständlich zu gestalten. Es bedarf überdies eines gesetzlichen Verbotes, aus personenbezogenen Daten individuelle Verhaltensprofile zu erstellen, wenn die Betroffenen eine solche Profilerstellung nicht ausdrücklich angefordert haben. Angesichts des Geschäfts mit Personendaten müssen die bereits bestehenden Aufsichtsstrukturen überprüft und gegebenenfalls ausgebaut und weiterentwickelt werden. Wir werden deshalb im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Modernisierung des Datenschutzes einbringen.

Ä21) Abt. 12 | Friedrichshain-Kreuzberg

Seite 4, Zeile 9, hinter „55%.“ wird folgender Absatz eingefügt:

Wir als SPD treten konsequent für den Schutz der Grund- und Menschenrechte ein, nicht nur in Deutschland. Die Ausfuhr von Hard- und Software für die Telekommunikationsüberwachung ist nach wie vor nur lückenhaft geregelt. Anders als die schwarz-gelbe Bundesregierung, die hier keinen Handlungsbedarf sieht, sagen wir: Es darf nicht sein, dass von Deutschland aus Überwachungstechnologie an Diktaturen und ihre Handlager geliefert wird! Die Ausfuhr derartiger Technologien muss ebenso genehmigungspflichtig gemacht und strikt kontrolliert werden wie die Ausfuhr von Kriegswaffen oder Dual-use-Gütern. Deshalb werden wir im Bundesrat eine entsprechende Gesetzesinitiative einbringen.

Ä21) Annahme

Ä24) Abt. 06 | Mitte

Seite 4 Zeile 12

Begriff „Whistleblower“ mit einer Erklärung versehen, die auf allgemein verständlichen Einträgen beruht

Ä24) Annahme

Ä26) Abt. 06 | Mitte

Seite 4 Zeile 20

Einfügen des Wortes „Informationen“, also „Mit Informationen und Medien souverän und kompetent umgehen“

Ä26) Annahme

Ä27) Abt. 06 | Mitte

Seite 4 Zeile 23

Medieninhalte ersetzen durch „Informationen“.

Ä27) Annahme

Ä28) Abt. 06 | Mitte

Seite 4 Zeile 25

Ergänzen nach „Mehr an“: Informations- und Medienkompetenz (...).

Ä28) Annahme

Ä30) Abt. 06 | Mitte

Seite 4 Zeile 32

Ä30) Annahme

Ergänzen nach "stärken":

Neben Medienkompetenz, d.h. Umgang mit neuen Medien im technischen und organisatorischen Sinn ist es auch wesentlich Informationskompetenz zu vermitteln. Informationskompetenz bedeutet, dass man in der Lage ist, Informationen an der richtigen Stelle zu finden, aber man muss auch in der Lage sein, diese zu bewerten, d.h. darüber nachzudenken, ob diese Information richtig ist und man dieser Information trauen kann. Informationskompetenz heisst aber auch, Informationen nicht ohne die Nennung von Quellen zu übernehmen, sondern durch korrekte Verweise und korrektes Zitieren anderen Personen es zu ermöglichen, die Schritte zur Beschaffung und Verwendung dieser Information nachzuvollziehen. Informationskompetenz und Medienkompetenz sind dabei als gleichrangig zu behandeln.

Ä32) Abt. 06 | Mitte

Seite 5 Zeile 3

... Algorithmen, also technische Anleitungen zur Lösung eines Problems, ...

Ä33) Abt. 12 | Friedrichshain-Kreuzberg

Seite 5, Zeile 46, hinter „Ressources:“ wird eingefügt:

Aus öffentlichen Mitteln geförderte Forschung muss auch öffentlich frei zugänglich sein. Wir akzeptieren nicht, dass ein Teil der Content-Industrie die Kosten für die Produktion, Aufbereitung und Publikation von Wissenschaft der Gesellschaft überlässt, zugleich aber den Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen kostenpflichtig macht, um daraus Gewinn zu schlagen. Die exorbitant gestiegenen Bezugspreise für Zeitschriften beispielsweise überfordern immer mehr öffentliche Bibliotheken und stellen gerade auch für den Wissenschaftsstandort Berlin eine erhebliche Bedrohung dar. Die künstliche Verknappung von Information behindert den wissenschaftlichen Fortschritt und schließt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus ärmeren Ländern, die sich die teuren Zugangslizenzen nicht leisten können, von der Teilhabe an der Entwicklung in ihren Fächern aus. Auch sind wir der Überzeugung, dass der freie Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen von enormer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung (nicht nur) unserer Stadt ist.

Die SPD ist die Partei des Fortschritts und der gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe. Deshalb werden wir eine umfassende Open-Access-Strategie für Berlin auf den Weg bringen, welche die bereits unternommenen Anstrengungen an den Hochschulen, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen Berlins, wissenschaftliche Ergebnisse auf elektronischem Wege weltweit frei zugänglich zu machen, erfasst, koordiniert und in Zusammenarbeit mit den Open-Access-Programmen der nationalen Wissenschaftsorganisationen (DFG, MPG, Leibniz, Helmholtz) systematisch ausbaut.

Ä34) Abt. 12 | Friedrichshain-Kreuzberg

Seite 5, Zeile 51 hinter „auf Bundesebene an.“ wird eingefügt:

Berlin verfügt über ein landesweit einzigartig dichtes Netz an Museen und Bibliotheken, die ein unschätzbbares kulturelles Erbe beherbergen. Dieser Kulturschatz kann durch Digitalisierung für kommende Generationen gegen Verluste und Schäden der physischen Bestände geschützt und seine wissenschaftliche Erschließung durch weltweit kostenfreie Zugänglichkeit

Ä32) Annahme in der Fassung der AK :

Ä33)

Überweisung an FA VII - Wirtschaft und Arbeit

Überweisung an FA V - Stadt des Wissens (AG Wissenschaft)

Ä34) Annahme

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

enorm befördert werden. Die Berliner Bibliotheken können beachtliche Fortschritte bei der Digitalisierung ihrer Bestände vorweisen. Wir als Berliner SPD sind der Überzeugung, dass dieser Weg entschlossen weiter beschritten werden muss. Besonderes Augenmerk muss dabei auf der Frage der elektronischen Langzeitarchivierung liegen. Die diesbezüglichen Probleme, was Dateiformate und Datenträger anbelangt, sind noch nicht gelöst. Wir schlagen dem Land Berlin deshalb die Einrichtung einer Kommission aus Vertretern der Berliner Hochschulen, Museen, Archive und Bibliotheken mit dem Auftrag vor, eine digitale Strategie für Berlin zu erarbeiten, um die bereits vorhandenen Ansätze langfristig zu koordinieren und weiterzuentwickeln.

Ä35) Abt. 06 | Mitte

Seite 5 Zeile 58

„Öffentlich gestreamt“ wird ersetzt durch „im Internet live übertragen“

Ä35) Annahme in der Fassung der AK :

Ä37) Abt. 06 | Mitte

Seite 6 Zeile 28

Bei Ablehnung Seite 6 Zeile 24-52:

(drahtloser Internetzugang)

Ä37) Annahme in der Fassung der AK :

Ä39) GLV (Übernahme Anregung PAD)

Seite 6, Zeile 41, Einfügen:

Er ist unumgänglich für eine gesellschaftliche und demokratische Teilhabe und wirtschaftliches Wachstum. Berlin benötigt ein zukunftsfähiges Internet, das hohe Datenraten überall in der Stadt ermöglicht und die Ziele der Digitalen Agenda der Europäischen Union erfüllt. Aus diesen Gründen muss der Ausbau und die Erschließung eines zeitgemäßen flächendeckenden Netzes weiter vorangetrieben werden.

Ä39) Annahme

Ä40) KDV Mitte

Seite 6, Zeile 55:

Ersetze „nicht mehr möglich“ durch „immer schwieriger“

Ä40) Annahme

Ä42) KDV Mitte

S. 7 Z. 4: Füge am Ende des Absatzes ein:

Dennoch wollen wir den Zugang zu wichtigen Bereichen der Daseinsfürsorge auch ohne Internetanschluss gewährleisten. Ämter dürfen beispielsweise Formulare nicht nur im Netz anbieten oder annehmen, sondern müssen den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin die Möglichkeit bieten auf nicht digitalem Weg ihre Serviceangebote zu nutzen.

Ä42) Annahme

Ä43) KDV Tempelhof-Schöneberg

Seite 7, Zeile 8 ergänzen:

Staat, Wirtschaft... und „Arbeitgeber“ müssen

Ä43) Annahme

Ä44) KDV Steglitz-Zehlendorf

Seite 07, Zeile 09

Auf Seite 07 in Zeile 09 nach dem Punkt des Satzes wird eingefügt:

Dazu gehört auch mehr Kontrolle der Teilnehmenden über die Nutzerdaten von Facebook, Google sowie den weiteren sozialen Netzwerken und Suchmaschinen im Internet.

Ä44) Annahme in der Fassung der AK :

Ä45) KDV Tempelhof-Schöneberg

Ä45) Annahme in der Fassung

BESCHLUSSBUCH | LEITANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Seite 7, Zeile 13 ergänzen:

Rasterfahndungsmethoden sind in Betrieben sind nicht hinnehmbar.

Ä47) GLV (Übernahme Anregung aus „Pad“)

Seite 8, Zeilen 3-12: streichen

Ä48) Abt. 06 | Mitte

Seite 9 Zeile 5

Einheitlicher Ansprechpartner (Portal des Landes Berlin für Gewerbetreibende und Dienstleistungsunternehmen)

Ä49) Abt. 06 | Mitte

Seite 9 Zeile 21

„streaming“ ist hinter das Wort "Netz" zu setzen

Ä50) Abt. 13 | Treptow-Köpenick

Einfügen auf S. 9 Z.27 nach „verbessern“:

Wir möchten die technische Infrastruktur des Internetangebots so überarbeiten, dass die ständige Weiterentwicklung unkompliziert und ohne erhebliche technische und finanzielle Ressourcen des Landesverbandes erfolgen kann.

Ä51) KDV Tempelhof-Schöneberg

Seite 9, Zeile 35 „...die Internetpartei Berlins zu sein.“ ersetzen:

„...alle Berlinerinnen und Berliner digitale Teilhabe zu ermöglichen und das Internet noch stärker als Kommunikationskanal im Rahmen demokratischer Entscheidungsprozesse nutzen zu wollen.“

Änderungsantrag zum Leitantrag 02/II/2012

Antragsteller: ASF

Ergänzung Seite 07 (Seite 41) Ende des Satzes in Zeile 04:

(...) und fordern das vorrangige und zügige Einrichten von WLAN-Gast-Zugängen in den Berliner Rathäusern.

Änderungsantrag zum Antrag Leitantrag 02/ii/2012

in der Fassung der AK

Antragsteller: Abt. 9 (Steglitz-Zehlendorf)

Personell besetzter Bürger-Internet-Raum im Bürgeramt

ergänzend zum zu Kapitel III. Die digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt ermöglichen, 4. Soziale Teilhabe sichern und stärken, einzufügen vor dem letzten Absatz dieser Ziffer „Dennoch“

Seite 62, Zeile 17

In jedem Bürgeramt soll ein „Bürger-IT-Raum“ aufgebaut werden, damit auch diejenigen Bürger, die bisher keine IT-Kompetenz aufbauen konnten und/oder die sich kein eigenes IT-Equipment leisten können, freien Zugang zu Wissen und Daten in der Stadt haben. Der „Bürger-IT-Raum“ soll dieselben Öffnungszeiten wie die Bürgerämter haben.

der AK

Ä47) Annahme

Ä48) Annahme in der Fassung der AK :

Ä49) Annahme

Ä50) Annahme

Ä51) Annahme

Änderungsantrag zum Leitantrag 02/II/2012

Annahme i. d. F. der AK (K):

Ergänzung Seite 07 (Seite 41) Ende des Satzes in Zeile 04:

Änderungsantrag zum Antrag Leitantrag 02/II/2012

Annahme i. d. F. der AK

ARBEIT / WIRTSCHAFT

Wiedervorlage Antrag 31/I/2012 (Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012)
KDV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Tarifliche Gleichstellung für kirchliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die SPD-Abgeordneten im Bundestag und in den Landesparlamenten sowie die sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertreter in den Landesregierungen werden deshalb aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Sonderbestimmungen für das ArbeitnehmerInnenrecht in kirchlichen Einrichtungen, die zum Beispiel die Zulässigkeit des "Dritten Weges" in der ArbeitnehmerInnenvertretung regeln, aufgehoben werden. Der "Dritte Weg" darf Tarifverträge nicht verhindern.

Für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen muss das Betriebsverfassungsgesetz in vollem Umfang gültig sein. Für alle nicht direkt glaubensbezogenen Tätigkeiten von kirchlichen Beamtinnen und Beamten muss das Personalvertretungsgesetz gelten.

Wiedervorlage Antrag 47/I/2012
Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012
Abt. 61 | Friedrichshain-Kreuzberg

Unterstützung der Bezirke bei der Wahrnehmung des Vorkaufsrechts gem. § 24 Abs. 1 BauGB in Erhaltungssatzungsgebieten (Milieuschutz gem. § 172 BauGB)

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Senats von Berlin werden aufgefordert,

- dafür zu sorgen, dass der Senat unverzüglich ein Konzept zur Förderung der Wahrnehmung des Vorkaufsrechts nach § 24 Abs. 1 BauGB in Erhaltungssatzungsgebieten gem. § 172 BauGB Abs.1 Satz 1 Nr. 2 u. Abs. 4 durch die Bezirke vorlegt;
- eine Finanzierung einer entsprechenden Vorkaufsrechtsausübung der Bezirke aus dem Landeshaushalt sicherzustellen;
- dabei die jahrelangen positiven Erfahrungen der Stadt München mit der dortigen Praxis der Vorkaufsrechtswahrnehmung zu nutzen;
- zu prüfen, ob mit der Durchführung des Erwerbs und der Wiederveräußerung von Grundstücken bzw. Teileigentum/Wohnungen gem. § 27 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 172 BauGB ein geeignetes, bspw. Wohnungsunternehmen des Landes zu beauftragen ist oder nach Münchener Vorbild eine Immobilienagentur gegründet werden sollte.

Antrag 05/II/2012
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Das sozialdemokratische Wahlprogramm zu den nächsten Bundestagswahlen soll folgende Forderungen enthalten:

Wiedervorlage Antrag 31/I/2012
Annahme

Wiedervorlage Antrag 47/I/2012
Annahme

Antrag 05/II/2012
Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

1. Der Rechtsanspruch auf Verringerung der Arbeitszeit nach § 8 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) soll auf das Recht zur Rückkehr von Teilzeitbeschäftigten auf ein Vollzeitverhältnis erstreckt werden (z.B. Rechtsanspruch auf befristete Arbeitszeitreduzierung).
2. Die sozialrechtliche und steuerrechtliche Begünstigung der Minijobs ist durch Gleichstellung mit anderen Arbeitsverhältnissen zu beenden.

Antrag 06/II/2012

ASG Berlin

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Pflege aufwerten – mehr Gehalt für Pflegepersonal!

Seit Jahren wird postuliert, wie wichtig qualitätssichernde und patientenorientierte Pflege sei und dass diese aufgewertet werden solle. Tatsächlich bilden die Einkommen der Pflegerinnen und Pfleger deren hohe gesellschaftliche Bedeutung in keiner Weise ab. Daher werden wir dafür sorgen, dass die Ausbildungsvergütung und die Gehälter in der Kranken- und Altenpflege erheblich angehoben werden:

1. In der nächsten Regierungsverantwortung im Bund wird sich die SPD dafür einsetzen, dass ein zielgenaues Programm zur dauerhaften Anhebung der Ausbildungsvergütungen und der Gehälter der Pflegenden um 30 % führt.
2. Die SPD wird sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass Schülerinnen und Schüler in der Pflegeausbildung kein Schulgeld bezahlen müssen.
3. Zur Finanzierung werden die Beitragssätze in der sozialen Pflegeversicherung und in der gesetzlichen Krankenversicherung angepasst.
4. Es wird dafür Sorge getragen, dass die Mehrmittel ausschließlich in höhere Gehälter der Pflegenden fließen.

Antrag 08/II/2012

AG Migration

Verbesserung der Rahmenbedingungen für ethnische Ökonomien und interkulturelle Öffnung der Arbeitsmarktpolitik in Berlin

1. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, einen Antrag einzubringen, der die Senatorin für Wirtschaft, Technologie und Forschung auffordert, ein Aktionsprogramm für den Landeshaushalt 2014/15 zu erarbeiten, das die Rahmenbedingungen für ethnische Ökonomien und die interkulturelle Öffnung der Arbeitsmarktpolitik in Berlin stärkt.
2. Der Landesvorstand der Berliner SPD wird aufgefordert, eine Konferenz zum Thema „Ethnische Ökonomien in Berlin“ unter Beteiligung von Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft unter Federführung der LAG Migration und Vielfalt der Berliner SPD zu veranstalten.
3. Die Berliner SPD unterstützt die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen bei der Umsetzung des Programms BerlinArbeit im Handlungsfeld „Interkulturelle Öffnung der Arbeitsmarktpolitik“.
4. Die Arbeit im Arbeitskreis „Migration und Wirtschaft“ der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung mit dem Landesbeirat für Integration und zivilgesellschaftlichen AkteurlInnen soll durch eine Internetpräsenz, gemeinsame Erklärungen und Positions-

Antrag 06/II/2012

Annahme

Antrag 08/II/2012

Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

papiere sichtbar gemacht und dadurch mit mehr politischem Gewicht versehen werden.

5. Die IHK und die Handwerkskammer sollen in den Prozess der Verbesserung der Rahmenbedingungen für ethnische Ökonomien einbezogen werden.

Antrag 09/II/2012 **AG Migration**

Zielvorgaben des Senats zur Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund erfüllen

Im Rahmen des Partizipations- und Integrationsgesetzes wurde im § 4 Abs. 5 festgelegt, dass der Senat Zielvorgaben zur Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund und Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung festlegt. Wir fordern die Mitglieder des Senats auf, dieser Aufgabe nachzukommen.

BAUEN / WOHNEN

Antrag 10/II/2012 **AG 60 plus**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Seniorenrechte Zusatzangebote bei Mietwohnungen

Die SPD-Fraktion auf Landes- und Bundesebene wird aufgefordert, zu prüfen, dass dem zunehmenden Bedarf alter und behinderter Menschen an abschließbaren, barrierefrei zugänglichen Räumen für Mobilitätshilfen, u. a. Rollstühle, Rollatoren bei Mietwohnungen entsprochen wird.

Antrag 12/II/2012 **AG 60 plus**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Aufhebung des Rückbaubots

Es werden gesetzgeberische Voraussetzungen geschaffen, um Vermieter daran zu hindern, Wohnungsrückbauten von senioren- und behindertengerechten Umbauten zu verlangen.

Antrag 13/II/2012 **ASJ**

Sicherung einer gemeinwohlorientierten Liegenschaftspolitik

Die aktuelle und künftige städtebauliche Entwicklung Berlins, insbesondere auch die Wohnsituation in der Stadt, wird maßgeblich bestimmt durch die Liegenschaftspolitik und die Nutzung denkbarer Instrumente zur Regulierung des Städtebaus. Zwischen Liegenschaftspolitik, Stadtplanung/Städtebau und Wohnsituation besteht somit ein enger Zusammenhang.

1. Zur Bedeutung der Liegenschaftspolitik

Ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung der Staatswesen verdeutlicht

Antrag 09/II/2012
Überweisung an AH-Fraktion

Antrag 10/II/2012
Annahme in der Fassung der AK

Antrag 12/II/2012
Annahme in der Fassung der AK

Antrag 13/II/2012
Überweisung an AH-Fraktion

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

die Bedeutung von Liegenschaften für die staatliche Machtstellung. Eigentum an Grund und Boden war lange wesentliche Grundlage der Herrschaftsgewalt. Noch das geteilte Deutschland war einerseits weitgehend von Privateigentum an Grund und Boden geprägt mit einer Verpflichtung zum Gebrauch unter Wahrung der Interessen der Gemeinschaft nach Art. 14 GG der BRD, andererseits weit überwiegend von staatlichem Eigentum an Grund und Boden mit eng begrenztem Recht auf privates Grundeigentum. Gerade in Berlin, wo es diese unterschiedlichen Grundvorstellungen in einer Stadt zusammenzuführen galt und gilt, besteht eine besondere Verpflichtung, im Interesse des Gemeinwohls sorgsam mit den verbliebenen staatlichen Ressourcen an Grund und Boden umzugehen.

Eigentum des Landes Berlin an Grund und Boden ist von zentraler Bedeutung für die städtebauliche Entwicklung Berlins. Noch im Eigentum der öffentlichen Hand verbliebene Liegenschaften des Landes müssen als Instrumente der notwendigen und möglichst weitsichtigen Steuerung von Infrastrukturmaßnahmen genutzt werden und deshalb im Landeseigentum verbleiben. Sie sind für die Realisierung der gegenwärtigen und künftigen Aufgaben des Landes im Interesse des Gemeinwohls vorzuhalten. Dies gilt insbesondere für wichtige staatliche Vorhaben bei der Daseinsvorsorge, etwa im Bereich Wohnen und Erholung.

Um seine städtebaulichen Ziele und seine sozialen Aufgaben erfüllen zu können, muss das Land Berlin sein Eigentum an Grund und Boden nicht nur erhalten, sondern auch die Möglichkeit haben, von anderen staatlichen oder unter staatlicher Aufsicht stehenden Stellen insbesondere des Bundes zu Sonderbedingungen Grundeigentum zu erwerben. Nur eine so ermöglichte, vorausschauende Liegenschaftspolitik kann sonst in der Zukunft drohende, kostspielige und rechtlich stets nur als äußerster Notbehelf zulässige Enteignungen zur Durchsetzung der gebotenen Stadtentwicklung vermeiden und staatliche Gestaltungsmöglichkeiten auch für Berlin als Hauptstadt Deutschlands sichern.

2. Verletzung des Wirtschaftlichkeitsgebotes des GG durch Privatisierungen

Entgegen der Ansicht des Senators der Finanzen ist der Verkauf von staatlichen Liegenschaften aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht geboten, selbst wenn diese derzeit nicht dringend benötigt werden. Ein solcher Verkauf verletzt vielmehr das für jedes Handeln der öffentlichen Hand geltende Wirtschaftlichkeitsgebot aus Art. 114 Abs. 2 GG. Für diesen Wirtschaftlichkeitsbegriff ist nicht die Erwirtschaftung eines materiellen Gewinns, nicht die Höhe des finanziellen Ertrages im Verhältnis zu dem veräußerten Gut, entscheidend. Maßgeblich ist der Nutzen, den die Allgemeinheit im Rahmen der Erfüllung staatlicher Aufgaben erlangt.

Wegen der großen Bedeutung der Liegenschaften für die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, wegen ihrer Funktion als Steuerungsinstrument für die städtebauliche Entwicklung und ihrer vorgeschriebenen Nutzung im Interesse des Gemeinwohls ist grundsätzlich davon auszugehen, dass die Vorhaltung von staatlichem Grundeigentum eher im öffentlichen Interesse liegt als dessen Verkauf. Daher ist in jedem Einzelfall zu prüfen, ob ein Verkauf geboten ist und nicht eine Nutzung in anderer Form einem Verkauf an einen Investor vorzuziehen ist, etwa eine Vergabe eines Grundstücks in

Erbpacht.

Ohnehin ist die Erzielung von Einnahmen kein Grund für einen Verkauf von staatlichen Liegenschaften, da der Staat seine Aufgaben aus Steuereinnahmen zu finanzieren hat, nicht aus wirtschaftlicher Betätigung, insbesondere aber nicht aus dem nur einmal möglichen Verkauf von Vermögensgegenständen.

Daher ist im Zweifel von der Unwirtschaftlichkeit jedes Verkaufs von öffentlichem Grundeigentum auszugehen, da dieses endgültig dem staatlichen Einfluss entzogen wird und als Mittel zur Realisierung des Gemeinwohls entfällt. Beim Liegenschaftsverkauf ist das von besonderer Tragweite, da diese Vermögenswerte nur begrenzt vorhanden sind und für wichtige Aufgaben der gegenwärtigen und künftigen Daseinsvorsorge, wie öffentliche Anlagen, Wohnungsbau, Verkehrs- und Erholungsflächen, Verwaltungs- und Kulturbauten, benötigt werden und vorzuhalten sind.

3. Sicherung einer gemeinwohlorientierten Liegenschaftspolitik

Eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik sollte durch ausdrückliche Verankerung in der Landesverfassung dauerhaft und eindeutig gesichert werden. Das würde die Privatisierung von staatlichem Grundeigentum nachhaltig erschweren.

Die öffentlichen Interessen können auch durch das Instrument der Bauleitplanung gesichert werden. Dagegen darf die Planung nicht umgekehrt genutzt bzw. missbraucht werden, um den Wert der Liegenschaften in die Höhe zu treiben, einen Verkauf vertretbar erscheinen zu lassen und einen höheren Erlös bei Veräußerung zu erzielen.

Mit dem Verkauf verliert das Land das Instrument der städtebaulichen Planung, weil eine spätere Beplanung, welche etwa die Nutzbarkeit reduziert, dann i. d. R. nur gegen Entschädigung möglich ist. Zudem behält das Land, solange es Eigentümer ist, die Möglichkeit, außerhalb der Planung eine Nutzung zu sichern, die den Bedürfnissen weiter Kreise der Bevölkerung entspricht (z.B. sozialer Wohnungsbau statt Luxuswohnungen).

4. Sicherung einer gemeinwohlorientierten Liegenschaftspolitik im Falle von Liegenschaften des Bundes und der Bahn

Eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik muss insbesondere in Bezug auf die Liegenschaften des Bundes und der DB AG verfolgt werden, die in Berlin einen großen Teil der Flächen der öffentlichen Hand ausmachen.

a) Liegenschaften des Bundes allgemein

Diese Flächen unterliegen in der Regel einer öffentlichen Zweckbindung. Dem wird die Unterscheidung zwischen Verwaltungsvermögen und Finanzvermögen nicht immer gerecht: Grundstücke, die auf Bundesebene für öffentliche Zwecke nicht mehr benötigt werden, können auf Ebene des Landes oder der Bezirke für öffentliche Zwecke dringend gebraucht werden. Es kann nicht im Gemeinwohl liegen, wenn diese Liegenschaften vom Bund zur Gewinnerzielung verkauft werden; denn das Gemeinwohl ist nicht teilbar.

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Liegenschaften in Staateigentum sind oftmals mithilfe von Enteignung in dieses Eigentum gelangt. Ihnen haftet dann seit dem Entzug des Privateigentums zugunsten vordringlicher Gemeinwohlinteressen eine besondere Gemeinwohlverantwortung an, die das öffentliche Eigentum dauerhaft prägt und berücksichtigt werden muss.

Allgemein geht man heute für planfestgestellte Infrastrukturanlagen vom Bestehen einer staatlichen Infrastrukturverantwortung aus. Diese folgt gerade auch aus der Grundstücksbezogenheit der Infrastrukturnetze. Die Schwere des Grundrechtseingriffs schließt es aus, diese Netze beliebig zu errichten und wieder abzustoßen. Diese Anlagen sind daher zu erhalten, auch wenn der Aufgabenträger oder die genaue Zweckbestimmung sich im Laufe der Zeit geändert hat. Aktuell ist z.B. die Nutzung ehemaliger Bahntrassen für Energieversorgungsleitungen.

b) Liegenschaften der DB AG

Die Bahnanlagen der DB AG sind nahezu alle gegen Ende des 19. oder Anfang des 20. Jahrhunderts durch die Länder auf Grund von Planfeststellung und Enteignung errichtet worden. Das ehemalige Reichsbahngelände in den westlichen Bezirken Berlins gilt daher als planfestgestellt und konnte nicht Gegenstand der Bauleitplanung, etwa des Baunutzungsplanes, sein.

Im Jahre 1920 bei Übergang der Länderbahnen auf das Reich auf Grund der Weimarer Reichsverfassung bestand das Streckennetz im Wesentlichen schon. Das Reichseigentumsgesetz von 1873 (REG) ordnete damals das Eigentum an Vermögensgegenständen entsprechend dem Widmungszweck dem Reich oder den Bundesstaaten zu. Es sah in § 6 REG aber einen Rückfall der vom Reich nicht mehr benötigten Vermögensgegenstände an die Bundesstaaten vor.

Entsprechend kann auch heute, soweit für früheres Reichsbahngelände in Berlin die Zweckbestimmung auf Bundesebene nicht aufrechterhalten wird, die (Rück-) Übertragung der Eisenbahngrundstücke nur an das Land Berlin erfolgen. Keinesfalls dürfen die Grundstücke am Land vorbei veräußert werden. Seit der Eisenbahnneuordnung von 1993 hält die DB AG das Eigentum an ehemaligem Reichsbahngelände als Treuhänder für den Bund. Anders kann jedenfalls Art. 87e GG nicht verstanden werden. Die DB AG unterliegt daher, wenn der Widmungszweck durch den Bund nicht mehr verfolgt wird, entsprechend dem Rechtsgedanken des § 6 REG in Berlin der Pflicht zur (Rück-)Übertragung des Eigentums an das Land Berlin.

Der sich aus allgemeinen Enteignungsgrundsätzen ergebende Rechtsgedanke des § 6 REG konkretisiert sich z.B. auch im Bundesfernstraßengesetz. Bei Bundesfernstraßengelände leben mit dem Wegfall der zweckgebundenen Nutzung des Bundes die Nutzungsrechte des Landes wieder auf, das nicht durch Verkauf der Liegenschaft an der Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten gehindert werden darf. Dies gilt, damit die öffentliche Zweckbindung durch das Land aufrechterhalten werden kann, dessen Aufgabenträgerschaft durch den Rückzug des Bundes wieder auflebt.

Im Falle der Eisenbahn knüpft das GG Aufgabenträgerschaft des Bundes an

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

dessen Eigentum. Gibt der Bund sein Eigentum an der planfestgestellten Infrastruktur auf, lebt die Aufgabenträgerschaft des Landes wieder auf. Wenn das Land aber nicht Eigentümer wird, kann es seine mit der Trägerschaft verbundenen Aufgaben nicht oder nur zu erschwerten Bedingungen durchsetzen (z. B. an Privat veräußertes Bahngelände in Wannsee, das kaum genutzter, teurer Privatparkplatz wurde). Die für die Infrastruktur des Landes benötigten Grundstücke können daher nicht einfach von der DB AG „verscherbelt“ werden.

Trotzdem erfolgt in Berlin eine Vermarktung der planfestgestellten von der DB nicht benötigten ehemaligen Reichsbahngrundstücke, die dem Land zurück zu übertragen wären, durch die DB AG und ihre Töchter unter rein ökonomischen Gesichtspunkten. Bei diesen Verkäufen wird nicht einmal der allgemein bei Veräußerung von Staatsvermögen zu beachtende, oben unter 2. erörterte Wirtschaftlichkeitsbegriff i. S. d. GG beachtet. Die Interessen des Landes werden völlig außer Acht gelassen.

Die Wahrnehmung der Länderinteressen wird in Bezug auf diese Liegenschaften nach Gesetzesänderungen aus neuerer Zeit noch gefährdet und erschwert, weil § 23 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) eine zügige Beseitigung der Bahnanlagen zugunsten von Investitionsvorhaben ermöglicht.

Berlin sollte daher grundsätzlich entscheiden, wie es sich im Rahmen der Anhörung nach § 23 AEG positioniert, ob es den Fortbestand der öffentlichen Zweckbestimmung wünscht, ob es das öffentliche Eigentum des Landes an den Grundstücken fordert und der Privatisierung der Infrastrukturanlagen entgegentritt. Gegebenenfalls ist die (Rück-) Übertragung der betroffenen Bahnanlagen auf das Land zu verfolgen.

Wegen der Bedeutung dieser Liegenschaften für die Stadtentwicklung kann das Land eigentlich auf seine Ansprüche an diesen Liegenschaften nicht verzichten, sondern es muss seine Rechte mit allen Mitteln durchzusetzen suchen. Der (weiteren) Vermarktung der Eisenbahnanlagen durch den Bund und die DB AG muss Berlin schon im Vorfeld entgegen treten.

Antrag 14/II/2012

FA X - Natur, Energie, Umweltschutz

Erhalt der Gatower Rieselfelder Karolinenhöhe als Gebiet für die Naherholung, für den Landschaftsschutz und eine landwirtschaftliche Nutzung.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die Mitglieder der SPD-Abgeordnetenhausfraktion werden aufgefordert, sich bei den Berliner Wasserbetrieben (BWB) dafür einzusetzen, das die im Besitz der BWB befindlichen Rieselfelder Karolinenhöhe auch in Zukunft ihre Funktionen als Landschaftsschutzgebiet, aber auch als Nacherholungsgebiet und landwirtschaftliche Nutzfläche zu erfüllen. Das Areal der Rieselfelder in der Größe des Tiergartens hat wichtige Funktionen für die ganze Stadt, deren Erhalt konkrete Daseinsvorsorge bedeuten. Daher sollte ein in Diskussion stehender Verkauf an Private unterbleiben.

Die BWB sind aufgefordert, unter Beteiligung der Betroffenen vor Ort (Bürgern, dem Landschaftspflegeverband Spandau e.V. und den Landwirten, dem Bezirksamt Spandau, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und

Antrag 14/II/2012

Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Umwelt) ein schon lange ausstehendes Nachnutzungskonzept und die dazugehörige, konkrete Umsetzungsplanung (möglichst inkl. Betreiberkonzept) vorzulegen. Dabei muss auch betrachtet werden, welche Wirkungen von dieser fast 300 ha großen Fläche als Naturraum bezüglich der klimatologischen Bedeutung in Hinblick auf die Anpassung an den Klimawandel (Kaltluftentstehung, Frischluftschneise usw.) und der hydrologischen Bedeutung in Bezug auf den Gewässerhaushalt und die Bodenbeschaffenheit der angrenzenden Regionen erwartet werden. Außerdem ist dieses Nachnutzungskonzept um ein Sanierungskonzept zu ergänzen, das sowohl einen Finanzierungs- und Umsetzungsplan umfassen muss.

Antrag 15/II/2012
FA X - Natur, Energie, Umweltschutz

Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel bei Parkplätzen durch Änderung der Bauordnung

Die SPD-Mitglieder im Senat und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, durch eine Gesetzesinitiative die Bauordnung von Berlin dahingehend zu ergänzen, dass bei größeren Parkplätzen (mindestens 8 Stellplätze) die Anpflanzung von Bäumen (je 4 Stellplätze ein Baum) und die Schaffung von Mulden/ Rigolen für die Regenwassersammlung verlangt werden kann.

Die Temperaturen in Berlin werden bis 2050 um bis zu 2,5 Grad steigen. Diese absehbare Entwicklung erfordert sowohl verstärkt Maßnahmen des Klimaschutzes als auch der Anpassung an den Klimawandel. Höhere Temperaturen, insbesondere in Hitzeperioden, wirken sich negativ auf das Wohlbefinden und die Gesundheit der Menschen aus. Eine Maßnahme, mit der auf den Klimawandel reagiert werden kann, ist die verstärkte Anpflanzung von Bäumen. So sind Bäume nicht nur als Schattenspender wichtig, sondern auch zur Kühlung für das Stadtklima, da über ihr Laub Wasser verdunstet. Mulden und Rigolen dienen der Bewässerung der Vegetation.

Wegen diesen Vorteilen für das Stadtklima wäre es wünschenswert, wenn die zuständigen Behörden Bauherren bei der Neuerrichtung oder Änderung größerer Parkplätze Auflagen zur Anpflanzung und Schaffung von Mulden und Rigolen machen könnten. Die aktuelle Bauordnung Berlins sieht derartige Auflagen nicht vor, obwohl in der Praxis festzustellen ist, dass z. B. bei Errichtung von Parkplätzen für Supermärkte entsprechend klimarelevante Maßnahmen zwar von den Behörden angeregt, aber von den Bauherren nicht oder nur im geringen Umfang durchgeführt werden.

Die Bauordnungen der Länder Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein sehen in den jeweiligen Landesbauordnungen Anpflanzungspflichten bei Parkplätzen bzw. die Möglichkeit der Anordnung entsprechender Anpflanzungen vor.

Antrag 16/II/2012
KDV Lichtenberg

Antrag zum Bebauungsplanentwurf XVII-4 „Ostkreuz“ (Arbeitstitel „An der Mole“) und zur städtebaulichen Entwicklung des Gebietes

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des

Antrag 15/II/2012
Annahme

Antrag 16/II/2012
Überweisung an AH-Fraktion
Überweisung an FA IX - Gesundheit und Soziales

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Senats werden ersucht sich dafür einzusetzen, dass im Zuge der Entwicklung des Neubaugebietes an der Rummelsburger Bucht/Ostkreuz und der Bebauungsplanung (Arbeitstitel des B-Planes „An der Mole“) folgende Aspekte unbedingt Berücksichtigung finden:

1. Das Land Berlin verzichtet auf das wiederholt öffentlich geäußerte, vermeintlich unumgängliche Primat der Erzielung eines möglichst hohen Verkaufserlöses der im Eigentum des Landes stehenden Grundstücke im Bereich des o. g. Planungsgebietes zugunsten der nachfolgend genannten Entwicklungsziele.
2. Der derzeitige Entwurf der Bebauungsplanung wird an folgende nachhaltige, sozial- bzw. wohnungspolitische und standortangemessene Entwicklungsziele angepasst und der BVV zur Beschlussfassung vorgelegt:
 - a) Schaffung erschwinglichen Wohnraums (zumindest anteilig) durch Investitionsanreize für nachhaltige Investorenmodelle (z.B. Genossenschaften, Genossenschaftsfond, Baugruppenmodelle, Mehrgenerationenhäuser, sonstige Investitionsmodelle mit einer projektinternen Mischung der Mietpreisgestaltung u. ä.).
Ein etwaiger Verkauf landeseigener Grundstücke erfolgt nur an Investoren, die sich vertraglich an die Schaffung eines relevanten Anteils preiswerten und familienfreundlichen Wohnraums (bezahlbare 4-5-Zimmerwohnungen) binden. Ein Bieterverfahren findet zwingend auf der Grundlage eines vorherigen Konzeptwettbewerbes statt.
 - b) Erhalt und Betonung des einzigartigen innerstädtischen Charakters der Rummelsburger Bucht als Naherholungsgebiet durch weitestgehenden Erhalt des bisherigen Baumbestandes und eines durchschnittlich 25 Meter breiten Abstands der Bebauungsgrenze zum Ufer des Sees (variierend zwischen 15 und 30 Meter bei unregelmäßiger Linienführung der Bebauungsgrenze) und eine deutliche Erhöhung des Grünflächenanteils im Vergleich zum derzeitigen Entwurf des B-Planes. Bei der Führung des Uferweges ist dabei die Fläche für separate Radwege mit einzuplanen.
 - c) Standortangemessene reduzierte Bebauungsdichte mit einer Absenkung der derzeit geplanten Geschossflächenzahl und einer verringerten Traufhöhe in Orientierung an der umgebenden Bauhöhe (maximal 5-geschossig seeseitig, maximal 7-geschossig straßenseitig).
 - d) Das Verhältnis zwischen Wohnungsbau und Gewerbeflächenbau beträgt mindestens 75% zu 25% zugunsten des Wohnungsbaus.
 - e) Festschreibung eines großzügigen Anteils Spielplatzfläche im B-Plan und Realisierung durch zukünftige Investoren (Bestandteil des Wettbewerbs, s. a) und vertragliche Sicherung).
 - f) Alle künftigen Investoren beteiligen sich im Verhältnis ihres Anteils an der Gesamtbaumasse am Bau einer Mole, die den Erlebnisraum „Wasser“ zugänglich macht und das Gebiet damit zusätzlich aufwertet. Entsprechendes ist vertraglich im Zuge der Veräußerung der Grundstücke zu sichern.

Das historische sog. „Pumpenhäuschen“ wird als eigenständige Fläche mit der Auflage zur Sanierung und mit einer gemeinwesenbezogenen standortangemessenen (vorzugsweise gastronomischen!) Nutzungsbindung in einer geeigneten Rechtsform an private Interessenten übertragen, die den Erhalt des Gebäudes garantiert (z.B. Erbbaupacht) und eine zukünftige Einflussnahme des Landes Berlins auf dessen Nutzung sichert. Die Übertra-

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

gung erfolgt schnellstmöglich mit den genannten Auflagen, im Ergebnis eines Interessenbekundungsverfahrens und unabhängig von der weiteren Bebauungsplanung.

Antrag 19/II/2012 **Abt. 5 | Pankow**

Kommunale Wohnungsbaugesellschaften engagieren sich für öffentliche Spielplätze

Die SPD Berlin tritt dafür ein, dass die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften verpflichtet werden, die Errichtung, die Sanierung und die Pflege von ausgewählten, im unmittelbaren Umfeld ihrer Wohnungs- und Gewerbebauten befindlichen öffentlichen Spielplätzen Berlins zu übernehmen.

BEZIRKE

Antrag 20/II/2012 **KDV Lichtenberg**

Vorausschauende Personalplanung in Bezirken ermöglichen – Bürgernahe Verwaltung erhalten

Die SPD steht für eine bürgernahe Verwaltung in den Bezirken. Die SPD unterstützt dabei das Konzept der Regierungskoalition die Bezirke in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken. Insbesondere das Ziel den Bezirken die Einstellungsmöglichkeiten für notwendiges Personal ohne Einschränkungen wieder zu geben, ist eine wesentliche Voraussetzung für eine leistungsfähige und bürgernahe Verwaltung und wird begrüßt.

Der vor dem Erreichen der Einstellungsmöglichkeiten nochmals notwendige Personalabbau in Höhe von rund 1450 Vollzeitstellen stellt die Bezirke jedoch vor große Herausforderungen und belastet einige Bezirke erheblich. Ein Abbau in dieser Größenordnung kann nicht alleine über das Abbauen altersbedingt frei werdender Stelle passieren, da in diesem Fall gesetzliche Pflichtleistungen nicht mehr erbracht werden können und Kernbereiche der Bezirksverwaltung nicht mehr arbeitsfähig wären.

Die SPD bekennt sich zum Vorrang des Erhalts einer leistungsfähigen und bürgernahen Verwaltung vor dem schnellen Abbau von Stellen. Der Prozess des Abbaus von Stellen muss auch über die laufende Wahlperiode hinaus möglich sein, wenn nötig bis zu 10 Jahren. Zudem muss es den Bezirken ermöglicht werden strukturelle Entscheidungen darüber treffen zu können, welche Bereiche Schwerpunkte der Bezirksverwaltung sind.

Die Kernbereiche der Bezirksverwaltung müssen dauerhaft mit ausreichend Personal ausgestattet werden können. Dies beinhaltet, bei Einhaltung der den Bezirken vorgegebenen Obergrenze der Beschäftigtenzahlen, auch die Möglichkeit der Einrichtung zusätzlicher Stellen.

Bei Vereinbarung eines Abbaukonzepts eines Bezirks, das vom Abgeordnetenhaus bestätigt wird, soll der Bezirk die unbegrenzte Einstellungsmöglichkeit bei Einhaltung der vereinbarten Abbauschritte mit sofortiger Wir-

Antrag 19/II/2012
Überweisung an FA VIII - Soziale Stadt

Antrag 20/II/2012
Annahme in der Fassung der AK:

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

kung erhalten.

BILDUNG

Antrag 22/II/2012

AG Migration

Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs für die Anerkennung nicht-reglementierter ausländischer Hochschulabschlüsse in Landeshoheit

Die sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufgefordert:
Die SPD spricht sich für die Bildung einer Arbeitsgruppe in Kooperation mit den zuständigen Senatsressorts (und dem Büro des/der Landesintegrationsbeauftragte/n) aus, welche einen Gesetzesentwurf zur Anerkennung nicht-reglementierter ausländischer Hochschulabschlüsse erarbeitet.

Antrag 24/II/2012

Jusos Berlin

Rückläuferschulen und -klassen konsequent verhindern

Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats auf sich für eine Regelung einzusetzen, die die Einrichtung von eigenen „Rückläuferklassen“ an Integrierten Sekundarschulen (ISSen) oder ganzen „Rückläufer-ISSen“ ausschließt. Dies kann beispielsweise durch eine Deckelung der Klassenfrequenzrichtwerte bei 24 SchülerInnen in der 7. Klasse geschehen, sodass jede 8. Klasse an Berliner ISSen pauschal in der Lage wäre zum Schuljahresbeginn ein oder zwei SchülerInnen neu aufzunehmen. Sollte diese Praxis in einzelnen Bezirken zwangsweise die Einrichtung weiterer Züge in den 7. Klassen erfordern, so ist dies durch das Land Berlin zu gewährleisten.

Antrag 25/II/2012

Forum Netzpolitik

Digitale Lehrmittelfreiheit jetzt umsetzen!

Der freie und ungehinderte Zugang zu Wissen und Informationen muss auch in der digitalen Welt zum Grundrecht werden. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten heißt dies insbesondere: Staatlich finanzierte Wissens- und Kulturgüter müssen für jedermann frei zur Verfügung stehen! Wir setzen uns für eine digitale Form der Lehrmittelfreiheit ein, die allen Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommt. Wir wollen damit in Kindergarten und Schule anfangen und über die universitäre Bildung hinaus lebenslanges Lernen in Berlin und andernorts möglich machen.

Die Berliner SPD fordert deshalb eine umfassende Evaluation von freien schulischen Lehrmitteln und deren Einsatz im Land Berlin besonders in Hinblick auf edukative und volkswirtschaftliche Innovationspotentiale. Hierzu wird der Senat beauftragt, unter Einbeziehung aller relevanten Bezugsgruppen (Lehrer, Lehrerverbände, Schüler, Eltern, Fachverlage etc.) ein ein- bis zweijähriges Evaluierungsverfahren durchführen. Für das Land Berlin birgt dies ein gewaltiges Potential für bessere und gerechtere Bildung und ist somit eine zentrale Aufgabe für die nächsten Jahre.

Antrag 22/II/2012

Überweisung an die sozialdemokratischen Senatsmitglieder

Antrag 24/II/2012

Überweisung an FA V - Stadt des Wissens

Antrag 25/II/2012

Annahme in der Fassung AK:

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Lehrmittelfreiheit war immer schon mehr als der kostenlose Zugang zu Lehr- und Lernunterlagen. Es war und ist das klare Bekenntnis, dass die möglichst umfassende Bereitstellung von Lehr- und Lernunterlagen eine öffentliche Aufgabe zur Verbesserung der Bildung und damit Chancengleichheit in einer Gesellschaft darstellt. Diese Ziele von Lehrmittelfreiheit gilt es in der digitalen Gesellschaft weiterhin anzustreben und mit OER vielfältig auszubauen. Die Bandbreite an Mitteln und Wegen, mit denen sich eine Gesellschaft diesen Zielen annähern kann, ist dank neuer digitaler Technologien allerdings in den letzten Jahren deutlich größer geworden. OER trägt dieser Entwicklung Rechnung. Berliner Bildung soll hier neue Maßstäbe setzen.

Durch die digitalen Möglichkeiten in Produktion und Distribution ergeben sich vielfältige Potentiale für eine Neuorientierung in der Lehr- und Lernmittelgestaltung. Der durch die UNESCO im Jahre 2002 eingeführte Begriff Open Educational Resources (kurz: OER) steht für diese Entwicklungen.

Als wichtige Faktoren sind zu prüfen:

- die Qualitätssicherung der Lehr- und Lernmittel in offenen, kollaborativen Prozessen
- die Sicherstellung notwendiger weltanschaulicher Neutralität
- die Etablierung geeigneter Verfahrensschritte und -methoden, um frei verfügbare Lehr- und Lernmittel erstellen, verwalten, weiterentwickeln und teilen zu können.
- die Förderung der Kooperation bei der Erstellung, Verwaltung, Weiterentwicklung und Verteilung von OER-Lernmittel auf Seiten der Lehrerinnen und Lehrer, aber auch der Eltern und Schülerinnen und Schüler

Bis zum Ende der laufenden AH-Wahlperiode, gilt es neuen Möglichkeiten der Lern- und Lehrmedienentwicklung in der Bildung für Berlinerinnen und Berliner zu öffnen. Konkret bedeutet dies die Ergänzung durch freie Lehrmittel in den Grundschulen. Berlin ist damit das erste deutsche Bundesland, das die Basis für eine sozial gerechtere Teilhabe im Bildungssektor mit den digitalen Realitäten des 21. Jahrhunderts schafft. Wir wollen bereits bei den jüngsten Lernenden anfangen, um hier die Grundlage für eine neue medienkompetente Erziehung zu schaffen.

Open Educational Resources (OER), zu deutsch Offenen Lernressourcen (OLR), bedienen sich der Möglichkeiten des digitalen Fortschritts um die freie Zugänglichkeit zu Bildungsressourcen auf ein neues Niveau für alle zu heben. Berlin gehört damit zu den Vorreitern einer neuen digitalen Teilhabe in der Bildung in Europa.

Wir wollen über den Bundesrat mittelfristig für eine Verbesserung der Schrankenregelung des §52a Urheberrecht einzusetzen, sowie aktuell der Aufhebung des §137k UrhG und damit der unbefristeten Fortsetzung von §52a UrhG auf Bundesratsebene zuzustimmen. Hiermit unterstützt das Land Berlin die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Land Berlin die Capetown Declaration for Education als erstes Bundesland unterzeichnet. Der SPD-Landesverband schließt sich dieser Initiative ebenfalls als Organisation an.

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

EUROPA

Wiedervorlage INITIATIVANTRAG Ini01/I/2012
(eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)
Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012
ANTRAGSTELLER: Gotthard Krupp-Boulboulé (Charlottenburg-Wilmersdorf) u. a.

Wiedervorlage Ini01/I/2012
Annahme in der Fassung der
AK

ERKLÄRUNG DES BERLINER SPD-LANDESPARTEITAGES 9.6.2012
Als Sozialdemokraten stehen wir solidarisch an der Seite der griechischen Bevölkerung und weisen jede Stimmungsmache gegen sie aufs Schärfste zurück.

Antrag 26/II/2012
KDV Mitte
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Antrag 26/II/2012
Annahme

SPE-Logo auf SPD Materialien nach und nach einführen!
Die SPD wird erstmalig für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 die Werbematerialien – insbesondere die Plakate – neben dem SPD-Logo auch mit dem SPE-Logo versehen.
Daneben wird das SPE-Logo auch in das SPD-Parteibuch sowie die „SPD-Card“ eingedruckt.
Jedes neu aufgenommene Mitglied erhält Informationen über Organisation und Aufgaben der SPE.
Nach Evaluierung der Erfahrungen wird das Logo auch bei weiteren Wahlen, insbesondere zum Deutschen Bundestag, verwandt.

Antrag 28/II/2012
FA II - EU-Angelegenheiten
Der Parteikonvent möge beschließen:

Antrag 28/II/2012
Annahme

Für eine neue demokratisch legitimierte Europäische Grundordnung!
Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Geltende „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Union unter Einbeziehung der Grundrechtscharta durch einen neuen Grundlagenvertrag zur Gründung einer „Europäischen Politischen Union“ (EPU) ersetzt wird. Dieser ist mit größtmöglicher Transparenz durch einen „Konvent zur Zukunft Europas“ und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft zu erarbeiten.
Es werden innerstaatlich die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, dass über die Annahme dieses neuen Grundlagenvertrags im Rahmen eines Volksentscheids entschieden werden kann.
Sobald ein neuer Grundlagenvertrag verhandelt ist, wird über diesen in Deutschland per Volksentscheid abgestimmt.

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Antrag 30/II/2012

KDV Lichtenberg

Der Parteikonvent möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Keine Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen

Wir lehnen es ab, dass die EU-Mitgliedsstaaten auf eigene Entscheidung hin im Schengen-Raum künftig wieder Grenzkontrollen einführen dürfen. Die Freizügigkeit über die Innengrenzen hinweg ist ein identitätsstiftendes Merkmal eines zusammenwachsenden Europas. Erneute Grenzkontrollen stellen einen massiven Rückschritt dar.

Die Wiedereinführung der nationalen Grenzkontrollen, insbesondere um "illegale" Einwanderer abzuhalten, empfinden wir eindeutig für den falschen Weg. Anstatt sowohl die eigenen Grenzen als auch die Außengrenzen der EU hermetisch abzuriegeln, brauchen wir in der EU einen humanitären Umgang mit Flüchtlingen. Statt den Menschen in Europa den Grenzübertritt zu erschweren, muss es Ziel sein, das Grundrecht der Freizügigkeit allen Menschen zu gewähren und Grenzen weiter abzubauen. Auch Deutschland und andere Länder, die keine Außengrenze zu den Ländern bilden aus welchen eine Vielzahl von Flüchtlingen in die EU kommt, dürfen sich ihrer Verantwortung in der Flüchtlingspolitik nicht entziehen.

Die Flüchtlinge stellen keine Gefahr für die EU dar, sondern vielmehr eine Bereicherung. Zudem gehört es zu unserer Pflicht, uns den Nöten der Flüchtlinge anzunehmen, anstatt auf hoher See ihren Tod in Kauf zu nehmen und eine "Festung Europa" zu errichten.

Antrag 32/II/2012

KDV Friedrichshain-Kreuzberg

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Aufnahme von Afghanen in die BRD

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen Bundestages werden aufgefordert,

Initiativen zu starten, dass bei Abzug der Deutschen Streitkräfte die afghanischen Beschäftigten deutscher Institutionen und deren engere Familienmitglieder die Möglichkeit erhalten nach Deutschland auszureisen und hier eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung mit allen rechtlichen Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsmarkt erhalten. Entsprechende Integrationsprogramme sind aufzulegen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlaments werden aufgefordert analoge Initiativen auf europäischer Ebene für die anderen Staaten anzuregen.

Antrag 33/II/2012

Jusos Berlin

Für ein Verbot der Hisbollah in der EU!

Spätestens nach dem auf israelische Touristen gerichteten Terroranschlag im bulgarischen Burgas, bei dem 7 Menschen ums Leben kamen, muss die islamistische Terrororganisation Hisbollah wieder in den Fokus der deutschen Innen- und Außenpolitik gerückt werden. Die Hisbollah ist in Deutschland wesentlich daran beteiligt, Spenden für den Terror gegen Is-

Antrag 30/II/2012

Annahme

Antrag 32/II/2012

Überweisung an FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung

Antrag 33/II/2012

Überweisung an FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

rael zu organisieren. So sammelt die schiitische Organisation mittels sogenannter (gemeinnütziger!) Wohltätigkeitsvereine Spenden für „Märtyrerkinder“ und ist darüber hinaus, wie zuletzt beim sogenannten Al-Quds-Marsch am 18.08.2012 bestätigt, maßgeblich daran beteiligt, antisemitische Propaganda gegen Israel zu verbreiten. In Berlin stieg die Unterstützerzahl dieser Terror-Organisation gar an. In der gesamten EU kann die Hisbollah nach Schätzungen auf mehrere Tausend Unterstützerinnen und Unterstützer zugreifen, die auf Anordnung des iranischen Regimes oder der Führung im (Süd)-Libanon terroristisch aktiv werden können.

In der Vergangenheit hat die Organisation bewiesen, dass sie die Ermordung von Jüdinnen und Juden sowie Gegnerinnen und Gegner des iranischen Regimes als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele anwendet. In Berlin wurden 1992 vier kurdisch-iranische Oppositionspolitiker von Anhängern der Hisbollah ermordet. Zwei Jahre später verübten Hisbollah-Terroristen einen Anschlag auf das jüdische Gemeindezentrum in Buenos Aires, bei dem 80 Menschen ermordet und 300 weitere verletzt wurden. Bis zum vermutlichen Anschlag in Burgas, am Jahrestag des Attentates in der argentinischen Hauptstadt, führte die Organisation weitere Anschläge rund um den Globus durch. Der Chef der Hisbollah, Hassan Nasrallah, verteidigte den Terrorismus der Organisation jüngst.

Die Hisbollah ist eine Terrororganisation, die nicht davor zurückschreckt, in erster Linie Jüdinnen und Juden in aller Welt umzubringen. Alle bisherigen Hoffnungen, wonach die Organisation eine moderate Kraft im Libanon werden könne, haben sich als Trugschluss erwiesen. Die aktuellen Umbrüche im Syrien zeigen auf, dass die Hisbollah die brutale Unterdrückung der syrischen Opposition aktiv unterstützt und wesentlicher Bestandteil der Achse Teheran- Damaskus ist. Um von ihrem drohenden Machtverfall im Zuge der regionalen Veränderungen abzulenken, werden militärische Aktionen der Hisbollah gegen Israel erwartet.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages, des Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats werden daher aufgefordert, sich dafür einzusetzen, die Hisbollah analog zur Hamas auf die EU-Terrorliste zu setzen und deren Aktivitäten in Deutschland zu verbieten!

Antrag 34/II/2012 **Jusos Berlin**

Positionspapier zur Eurofrage – Deutschland als Teil des Problems begreifen

Europa befindet sich in einer substanziellen Krise. Seit dem Zusammenbruch der Bank Lehman Brothers reißt die Serie an Hiobsbotschaften für die Finanz- und Realwirtschaft der europäischen Staaten nicht mehr ab. Während noch 2008 von der weltweit größten Finanz-, dann von der schlimmsten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg gesprochen wurde, liegt nun angeblich eine Schuldenkrise europäischer Haushalte vor, die den Fortbestand des Euro und der gesamten Europäischen Union bedroht. Beinahe im Wochentakt werden Pakete geschnürt und Reformen der makroökonomischen Governance-Architektur des Euroraums verkündet, um ein Auseinanderfallen der gemeinsamen Währung zu verhindern. Doch diese Neujustierungen markieren keinen qualitativen Bruch mit dem für

Antrag 34/II/2012 **Überweisung an FA II - EU- Angelegenheiten**

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

die Krise des Währungsraums mitverantwortlichen makroökonomischen Euro-Regime der Vorkrisenzeit. Vielmehr wurde dieses – maßgeblich auf Betreiben Deutscher AkteurInnen hin – reproduziert und verschärft.

1. Keine Revision des Maastricht-Vertrags, nirgends!

Um der Krise Einhalt zu gebieten, setzten Europas Staats- und RegierungschefInnen in den vergangenen Monaten an verschiedenen Punkten an, verfehlten jedoch die neuralgischen. Weder Europäisches Semester, noch „Sixpack“, die Universalisierung der deutschen Schuldenbremse, Euro-Plus-Pakt oder die Einrichtung eines dauerhaften Europäischen Stabilisierungsmechanismus sind in der Lage, die asymmetrische Konstruktion der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zu überwinden.

Die Beschlüsse reproduzieren das 1992 geschaffene Maastricht-Regime, das eine Zentralisierung der Geldpolitik bei der Europäischen Zentralbank festschreibt, ohne ihr die für eine makroökonomische Koordinierung notwendige politische Union zur Seite zu stellen. Damals setzten sich deutsche Vorstellungen von einer unabhängigen, ausschließlich auf Inflationsbekämpfung fixierten und wirtschaftspolitisch nicht flankierten Zentralbank durch. Französische Gouvernement-Économique-Konzeptionen hatten das Nachsehen. Allenfalls unverbindliche, der „Offenen Methode der Koordination“ folgende Richtlinien – zumeist neoliberalen Charakters – wurden der Geldpolitik zur Seite gestellt. Stattdessen ergänzte der Stabilitäts- und Wachstumspakt 1997 die Maastricht-Bestimmungen. Er schrieb die Maximalschuldengrenze bei 60% und eine Defizitgrenze von 3% des Bruttoinlandsprodukts fest. Die alleinige Fixierung auf öffentliche Verschuldung ließ Privatschulden und Leistungsbilanzen jedoch völlig außer Acht. Staaten mit geringen Staatsschulden – etwa Spanien und Irland – gerieten infolge der durch die Krise notwendig gewordenen Stabilisierungsmaßnahmen und der explodierenden Zinssätze für Staatsanleihen dennoch in Zahlungsprobleme.

Ob die GIIPS-Staaten tatsächlich unter einer zu hohen Schuldenlast ächzen, ist nach wie vor unklar. Bisher hat es die Finanzwissenschaft nicht vermocht, eine belastbare Grenze für öffentliche Verschuldung festzustellen. Staaten wie Japan etwa zahlen auf Staatsanleihen trotz höherer Staatsverschuldung deutlich geringere Zinsen als Griechenland, Italien, Spanien, Portugal oder Irland.

Den konservativen und neoliberalen Kräften in Europa ist es dennoch gelungen, als vermeintliche Ursache für die Krise die nachlässige Haushaltsführung und die Überschuldung einzelner europäischer Staaten festzulegen. Daraus ableitend werden strikte Spardiktate an verschuldete Staaten als Lösung der Krise gesehen. Sowohl die Analyse der Krisenursache als auch die Maßnahmen zur Krisenbekämpfung sind grundlegend falsch!

Die Krise ist nicht Folge von hoher Staatsverschuldung durch schlechte Haushaltsführung. Wie sich an den Beispielen Spanien und Irland belegen lässt, sind selbst Staaten, die nach den Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion vorbildlich gewirtschaftet haben, nun im Sog der Krise und müssen enorme Zinsen auf ihre Staatsanleihen zahlen. Richtig ist allerdings, dass einige Länder eine zu hohe Verschuldung erreicht haben. Dies ist in einigen Fällen eine direkte Konsequenz aus der Rettung systemrele-

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

vanter Finanzinstitute und hat daher wenig mit falschem Wirtschaften in den Jahren zuvor zu tun.

Wenn nun sowohl von konservativer Seite als auch aus den Reihen der Sozialdemokratie eine konsequente Entschuldungspolitik mit drastischen Einsparungen gefordert wird, gleichzeitig aber zukunftsweisende Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft verlangt werden, ist dies ein Widerspruch in sich.

Erstens zeigt sich seit zwei Jahren, dass sich die Krise mit Hilfe einer rigorosen Privatisierungs- und Sparpolitik immer weiter verschlimmert. Nicht nur brechen damit in den betroffenen Staaten Steuereinnahmen für öffentliche Investitionen und die Möglichkeit zur Steigerung der Binnennachfrage weg, es wird auch ein großer Teil der Bevölkerung in Armut gestürzt. Wir verurteilen die von populistischen Medien und Politikern angeheizte Stimmung, ganze Völker hätten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt. Der Großteil der Bevölkerung Griechenlands, Spaniens, Italiens, Portugals oder Irlands gehört nicht zu den Verursachern der Krise, muss diese nun aber aufgrund der neoliberalen Politik bezahlen.

Zweitens ist es nötig, dass alle europäischen Staaten mehr Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Forschung, Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge und erneuerbare Energien unternehmen, um ihre Wirtschaft wieder zu beleben. Diese Anstrengungen erfordern aber notwendigerweise finanzielle Investitionen, die also auch die Aufnahme neuer Schulden beinhalten können. Deshalb ist ein Instrument wie die deutsche Schuldenbremse kein exportfähiges Modell. Sie würde die notwendigen Investitionen in Griechenland und anderen Ländern verhindern, statt diesen Ländern zu helfen.

Das Maastricht-Regime – unterinstitutionalisiert und der neoklassischen Theorie folgend – hat versagt. Die Wachstumsraten und Beschäftigungszahlen nahmen sich in den vergangenen Jahren äußerst bescheiden aus, Leistungsbilanzen der Mitgliedstaaten liefen auseinander, eine wirtschaftspolitische Koordinierung fand nicht statt, das System europäischer Wettbewerbsstaaten führte zu einem Race to the bottom der Staatsausgaben und Sozialleistungen. Dennoch schreiben die aktuellen Reformbemühungen die Maastricht-Logik fort; ein Bruch ist längst nicht in Sicht.

2. Thatchers langer Schatten: Deutschland als Europas Hegemon

Als treibende Kraft hinter der Verschärfung der Maastricht-Regeln entpuppt sich die Bundesrepublik. Die Machtbalance hat sich weiterhin zuungunsten der EU und Frankreichs in Richtung Berlin verschoben. Wie bereits 1992 und 1997 wurden deutsche Konzepte europäisiert. Die Verankerung der tendenziell deflationären und zum Sozialabbau einladenden deutschen Schuldenbremse in fast allen Verfassungen der Eurostaaten ist ein weiterer Schritt in Richtung eines deutschen Europas; Margaret Thatchers 22 Jahre alte Befürchtung entpuppt sich als weitsichtige Prognose.

Zur üblichen Ablehnung einer wirtschaftspolitischen Koordinierung auf europäischer Ebene und einer grundlegenden Reform der EZB gesellt sich zunehmender Nationalismus. Europaskepsis, D-Mark-Nostalgie und Chauvinismus gegenüber den in Schwierigkeiten geratenen europäischen Staaten greifen hierzulande um sich und gefährden das europäische Integri-

onsprojekt.

Der Narrativ vom fleißigen Deutschen, der jetzt für die faulen Südländer zahlen muss, bricht sich Bahn und knüpft an nationalistische Diskurse aus vergangenen Jahren an. Der Klassenkonflikt wird von konstruierten nationalen Gegensätzen überdeckt.

Verkannt wird dabei die Rolle, die Deutschland in der gegenwärtigen Krise des Euroraums spielt. Die übermäßige Exportfixierung erlaubte es der Bundesrepublik, sich an vielen Euroländern gesundzustoßen. Stagnierende Lohnstückkosten – bedingt durch sinkende Reallöhne bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung – begünstigten die Entstehung enormer Leistungsbilanzungleichgewichte im Euroraum. Die Konsequenz dieser einseitigen Exportfixierung tragen die NachbarInnen der Bundesrepublik. Deutschland ist also keineswegs der gesunde Musterknabe, der seinen verkrusteten Arbeitsmarkt auf Vordermann gebracht und kluge Lohnzurückhaltung geübt hat, sondern Teil des Problems.

3. Was jetzt zu tun wäre

Um die strukturellen Defizite des Euroraums zu überwinden, ist eine Revision des Maastricht-Vertrags notwendig. Folgende Schritte können zur Errichtung eines Post-Maastricht-Regimes beitragen:

- Aufbau einer politischen Union: Langfristig ist zusätzlich zur schon bestehenden Währungsunion eine echte Wirtschafts- und Sozialunion aufzubauen. Dies wäre ein erster wichtiger Schritt hin zu einer europäischen Föderation. Diese bedarf nicht einer sog. "Europäischen Wirtschaftsregierung", sondern eines starken Europäischen Parlaments, einer ihm gegenüber verantwortlichen Kommission zur Ausführung und Kontrolle europäischer Vorschriften und eigenständige nationale Parlamente und Regierungen. Diese müssen weiterhin verantwortlich für ihre eigene nationale Haushaltspolitik sein, so wie auch Bundesländer ihren Haushalt ohne Diktat der Bundesregierung beschließen können. Wohl aber können das Europäische Parlament, der Ministerrat und ein evtl. zu schaffendes beratendes Gremium aus den Vertretern nationaler Parlamente Empfehlungen und Warnungen aussprechen, um Kohärenz und Transparenz in der Haushaltspolitik der gesamten Union zu gewähren.
- Aufbau des sozialen Europas: Die Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands zeigt, dass finanzielle Hilfen in verschiedenster Form nötig sind, um den Lebensstandard wirtschaftlich sehr unterschiedlicher Regionen anzugleichen. Echte Solidarität und "mehr Europa" bedeutet für uns auch, die befürchtete Massenarmut in den nun betroffenen Krisenstaaten durch finanzielle Transferleistungen zu bekämpfen und die dortige Wirtschaft zu fördern. Verpflichtet ist die Bundesrepublik dazu einerseits aufgrund ihrer Stellung als größter und reichster Mitgliedsstaat in der EU, andererseits aufgrund der einseitig auf Export ausgerichteten deutschen Wirtschaft, die mit jahrelangen Lohnzurückhaltungen und Leistungsbilanzüberschüssen das wirtschaftliche Auseinanderdriften der EU noch befördert hat und damit mitverantwortlich für die Krise in Spanien, Portugal und Griechenland ist. Eine solche solidarische Hilfe könnte zum Beispiel auf der seit Jahren bestehenden Europäischen Regionalpolitik aufbauen. Für eine echte solidarische Politik müsste die Europäische Regionalpolitik allerdings sowohl finanziell als auch institutionell ausgebaut, der Zugang zur Förderung erleichtert

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

werden und Zuschüsse zu regionalen sozialen und bildungspolitischen Programmen möglich sein. Wir fordern eine deutliche Aufstockung des vom Europäischen Parlament kontrollierten EU-Budgets, zum Beispiel durch Einführung einer EU-Steuer. Die Verteilung dieser EU-Gelder muss zudem grundsätzlich überdacht werden.

- Revision des Stabilitäts- und Wachstumspakts: Anstelle der bislang gültigen ausschließlichen Fixierung auf öffentliche Verschuldung fordern wir die Inblicknahme privater Verschuldung. Um die Handelsbilanzungleichgewichte des Euroraums symmetrisch zu korrigieren, müssen Löhne in Deutschland über einen längeren Zeitraum stärker als in den Defizitländern steigen.
- Verhinderung einer europaweiten Verankerung der deutschen Schuldenbremse.
- Reform der Europäischen Zentralbank: Wir fordern eine Abkehr von der Fixierung auf Inflationsvermeidung. Bei der Ausrichtung ihrer Zinspolitik muss die EZB auch andere Zielgrößen – etwa Beschäftigung – einbeziehen. Zudem muss die Europäische Zentralbank einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Kurzfristig gilt es, den Euroraum zu stabilisieren. Hierzu sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- Die EZB muss versichern, dass sie in jedem Fall Staatsanleihen der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Staaten aufkauft (Funktion als „Lender of last resort“), um die Zinsen, die Regierungen auf Staatsanleihen zahlen, niedrig zu halten.
- Ausgabe gemeinsamer Eurobonds: Eine unbedingt erforderliche Maßnahme ist das von der SPD vorgeschlagene System, in dem 60% der nationalen Staatsanleihen in einem europäischen Verbundsystem (sog. Eurobonds) ausgegeben werden. Dies würde einerseits die Spekulation gegen einzelne Mitgliedsstaaten überflüssig machen, andererseits nicht, wie von Union und FDP behauptet, die Zinsen auf deutsche Staatsanleihen übermäßig steigen lassen. Wir begrüßen außerdem Maßnahmen wie die Einführung eines Europäischen Währungsfonds, einer Finanztransaktionssteuer, Steuererhöhungen für Wohlhabende für einen notwendigen Lastenausgleich und eine effektive Gläubigerbeteiligung beim Schuldenabbau.
- Gewährung nicht-konditionalisierter Transferzahlungen an in Zahlungsschwierigkeiten geratene Staaten (über den ESM).
- Bereitstellung von Investitionsmitteln für Staaten, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind. (Marshall-Plan).

4. Der Schlüssel liegt in Berlin ... leider!

Vornehmste Aufgabe muss es sein, den Narrativ vom Vorbild Deutschland zu dekonstruieren. Der deutsche neomerkantilistische Sonderweg ist eine Sackgasse und sollte nicht zur Nachahmung für die gesamte Eurozone empfohlen werden. Wir treten entschieden für eine Neujustierung des wirtschaftspolitischen Kurses der Bundesrepublik ein. Innerhalb der – maßgeblich bundesrepublikanische Handschrift tragenden – Maastricht-Logik forcierte die deutsche Exportfixierung die Wettbewerbsschwäche der nun in die Krise geratenen europäischen Mitgliedstaaten. Sicher sind auch dort Anpassungsleistungen notwendig, doch die Hauptlast muss auf deutscher Seite liegen.

Offenkundig sind deutsche Verhaltensmuster zur Eurofrage jedoch bestän-

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

dig. Die längst überfällige Revision des Maastricht-Vertrags im jungsozialistischen Sinne blieb bislang aus; auch die gegenwärtige krisenhafte Zuspitzung der strukturellen Probleme im Euroraum hat daran nichts geändert. Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas müssen für die Schaffung eines europaweiten Bewusstseins, welches die Fahrlässigkeit deutscher wirtschaftspolitischer Konzeptionen brandmarkt, Sorge tragen. Ein Bruch mit diesen deutschen ökonomischen Paradigmen ist unerlässlich für ein solidarisches Europa.

Das Gefühl zunehmender Ohnmacht gegenüber Brüssel und vor allem Berlin heizt Nationalismus in ganz Europa an. Wiedererstarkendem Nationalismus muss mit einer Verlagerung nationalstaatlicher Kompetenzen auf EU-Ebene bei gleichzeitiger Demokratisierung der EU-Institutionen begegnet werden. Mehr Europa, nicht weniger muss die Antwort auf die gegenwärtige krisenhafte Zuspitzung im Euroraum sein. Die wirtschaftliche und politische Einheit Europas bleibt auch in Zukunft unser erklärtes Ziel.

Für eine wirksame und nachhaltige Bekämpfung der Krise müssen kurzfristige und langfristige Maßnahmen getroffen werden. Diese müssen neben wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch sozialen Aspekten standhalten und zudem die Demokratie in Europa schützen und fördern. Daher lehnen wir die Beschlüsse des Europäischen Rates zur Einrichtung eines neuen fiskalpolitischen Pakts zur Überwachung der Haushaltspolitik einzelner Mitgliedsstaaten ab. Das Ziel dieses Pakts ist es, alle Mitgliedsstaaten auf die Linie der neoliberalen Logik Deutschlands und Frankreichs zu bringen. Dabei werden die Parlamente in Europa entmündigt: einerseits nicken nationale Parlamente bereits getroffene Entscheidungen bloß noch ab, andererseits kann das europäische Parlament höchstens Stellungnahmen abgeben. In eine solche Europäische Union können die BürgerInnen kein Vertrauen finden, da sie jegliche Einflussnahme sowohl auf die nationale als auch auf die europäische Politik verlieren. Es steht zu befürchten, dass dies nur den populistischen und europafeindlichen Parteien hilft und langfristig der Europäischen Union großen Schaden zufügen wird.

Wir fordern ein konsequentes Eintreten der Sozialdemokratie für die europäische Idee und die Förderung eines Europas, in der alle Mitgliedsstaaten gleichberechtigt zusammenarbeiten. Wir verurteilen eine Haltung, die das deutsche Wirtschaftsmodell und deutsche Politik anderen Mitgliedsstaaten aufzwingen will. Der Auftritt Deutschlands und Frankreichs gleicht einem Bremsklotz für Europa. Eine Union kann nur bestehen, wenn sich alle gegenseitig respektieren und bereit sind, voneinander zu lernen. In diesem Sinne fordern wir mehr denn je die Umsetzung des europäischen Leitgedanken, der die unterschiedlichen Lebensweisen in Europa begrüßt: „In Vielfalt geeint“.

FINANZEN

Antrag 35/II/2012
Abt. 15 | Pankow
KDV Pankow

„Doppik“

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die SPD-Mitglieder im Berliner Senat werden dazu aufgefordert, die sog. „Doppik“ mit einer Vermögensrechnung einzuführen. Bislang war die Haushaltspolitik einseitig durch ei-

Antrag 35/II/2012
Überweisung an AH-Fraktion

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

nen Blick auf Bankkonten geprägt, der Umgang mit öffentlichen Vermögen hat dagegen nicht den Stellenwert, der ihm gebührt. Der Grundsatz von „Klarheit und Wahrheit“ im Berliner Haushalt kann nur umgesetzt werden, wenn jährlich eine zutreffende Analyse über die Entwicklung der gesamten Vermögenswerte (d.h. nicht nur Kassenstände und Kredite) sondern auch Wertentwicklung der Liegenschaften erstellt wird.

Antrag 36/II/2012 **KDV Charlottenburg-Wilmersdorf**

Die Stadteilmütter in Berlin müssen eine Erfolgsstory bleiben

Die Mitglieder der SPD Abgeordnetenhausfraktion und die SPD Mitglieder im Senat werden aufgefordert, sich umgehend für den Erhalt der Projekte Stadteilmütter im Land Berlin einzusetzen. Die Finanzierung muss für alle Bezirke in gleicher Weise und mit ausreichenden Mitteln gesichert werden. Es ist dringend ein einheitliches Landesprogramm zu erarbeiten, dass den Fortbestand der Stadteilmütter dauerhaft sichert.

Antrag 38/II/2012 **Abt. 09 | Spandau** **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

GEMA-Gebühren nicht erhöhen

Die Fraktionen der SPD im Abgeordnetenhaus zu Berlin sowie im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die GEMA-Gebühren in ihrem alten Format erhalten bleiben und nicht erhöht werden.

Antrag 40/II/2012 **Abt. 05 | Reinickendorf**

Trennung der Banken vollziehen

Die SPD-Fraktion im Bundestag und der Bundesvorstand der SPD werden sich dafür einsetzen, dass spätestens in der nächsten Legislaturperiode (und vorab im Wahlprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2012) ein politischer Schwerpunkt darin liegen wird, die Bankenlandschaft in Deutschland und möglichst auch in Europa neu zu ordnen.

Insbesondere sind die Institute in unabhängige Bankbereiche, nämlich das Investmentbanking und das Realwirtschafts-Banking zu trennen.

Antrag 41/II/2012 **Jusos Berlin**

„Sparen in der Krise verschärft die Krise“ – Wir benötigen Investitionen, höhere Staatseinnahmen

Die Regierung Merkel: Falsche Analysen

In der medialen Berichterstattung der letzten Monate gab es kaum einen Tag, an dem man nichts über vermeintlich ausufernde Staatsschulden lesen konnte. Die Berichterstattung war und ist in der Regel sehr einseitig. Es wird ein neoliberales Schreckgespenst einer "Staatsschuldenkrise" gezeichnet, wobei konsequent versucht wird, die Solidarität in Europa zu verunglimpfen und zu bekämpfen. Als Ursachen für die schlechten Refinanzie-

Antrag 36/II/2012
Annahme

Antrag 38/II/2012
Annahme

Antrag 40/II/2012
Annahme

Antrag 41/II/2012
Annahme in der Fassung der AK

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

rungsmöglichkeiten mancher europäischer Länder werden Klischees und Stereotype, wie beispielsweise die Kampagne des Boulevards gegen die europäischen „Südländer“, aufgebaut.

Durch einseitige Schuldzuweisungen werden die wahren Auslöser der Krise bewusst verschleiert und eine gerechte und geeignete Lösung des Problems erschwert. Denn die wahren Ursachen der Verschuldung der sogenannten Krisenländer liegen nicht in einer vermeintlichen „laxen Haushaltspolitik“ der vergangenen Jahre begründet. Dies lässt sich daran erkennen, dass Spanien bis zur Bankenrettung 2008 die Maastricht-Kriterien von 3% Neuverschuldung und einem Schuldenstand von weniger als 60% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) besser eingehalten hat als Deutschland. Spanien und Irland erreichten vor der Krise sogar Überschüsse im Staatshaushalt, Belgien und Italien konnten ihre Schuldenquote reduzieren. Davon, dass die Ursache der Krise darin liegt, dass diese Länder über ihre Verhältnisse gelebt hätten, kann also absolut nicht die Rede sein.

Die starke Erhöhung der Staatsverschuldung ergibt sich vielmehr daraus, dass aufgrund der Banken- und Wirtschaftskrise nationale Kredite zur Rettung der Banken aufgebracht werden mussten. Die Bankenkrise als Krise des Kapitalismus war neben systemimmanenten Elementen geprägt von Steuersenkungen auf Kosten des Staatshalts. Das wahre Problem liegt daher in der neoliberalen Politik, die auch in Europa vorherrschte.

Wir wenden uns entschieden gegen nationalistische Beschimpfungen und distanzieren uns von diesen einseitigen und inhaltlich falschen Krisenerklärungen. Auch die SPD darf diese falschen Analysen nicht übernehmen. Stattdessen bekennen wir uns zu gemeinsamen und solidarischen europäischen Antworten in der Staatsschuldenfrage. Der Austritt oder Ausschluss von Staaten aus dem Euro kann dabei keine Lösung sein. Derartige Gedankenspiele schaden massiv dem europäischen Gedanken und werden daher von uns aufs schärfste verurteilt.

Falsche Instrumente

Als Lösung der vermeintlichen Staatsschuldenkrise wird das wirtschaftsliberale Denken weitergeführt: Sparen führt zwar zu einer Senkung der Ausgaben, kann aber zugleich meist auch das BIP senken und hat daher keinen positiven Einfluss auf die Schuldenquote, denn diese ergibt sich aus dem Verhältnis vom Schuldenstand zum BIP. Fälschlicherweise wird dabei die Führung von Staatshaushalt und Privathaushalt gleichgesetzt. Weil Privatpersonen sparen müssen, wenn sie kein Geld mehr haben, sollen dies nun auch die europäischen Staaten machen: Die Schuldenbremse und der Fiskalpakt schreiben zur Lösung der „Staatsschuldenkrise“ feste Schuldengrenzen vor und verordnen Sanktionen für Überschreitungen. Sie greifen damit nachteilig in eines der höchsten Rechte der Parlamente – das Budgetrecht – ein. Damit wird jede Möglichkeit zur Gestaltung der Politik genommen. In den Ländern der Europäischen Union werden die Parlamente einem Sparzwang unterworfen, woraufhin sie gerade im sozialen Bereich massive Einsparungen vornehmen müssen, beispielsweise bei der Arbeitslosenversicherung, der Rente und den (Mindest-)Löhnen. Sogar der Internationale Währungsfonds kommt - nach einer langen Zeit des Argumentierens pro Austeritätspolitik - in einem Arbeitspapier mittlerweile zu dem Schluss, dass Kürzungen von Staatsausgaben in besonderer Weise krisenverschärfend wirken. Kürzungspolitiken treffen außerdem die Schwächsten

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

in der Gesellschaft, die an der Ursache der Krise keinen Anteil haben, und senken die Kaufkraft unnötig. Besonders betroffen davon sind Kommunen, die kaum die Möglichkeiten haben, ihre Einnahmen zu erhöhen, und dadurch sämtliche freiwillige Leistungen in den Bereichen Soziales und Kultur streichen müssen. Auch führt dies dazu, dass Kommunen im Nothaushalt nicht mehr von gewählten Politiker_innen und Politikern regiert werden, sondern Behörden unterstellt sind, die über die Einhaltung der Sparvorgaben wachen, ohne Rücksicht auf deren soziale Auswirkungen. Auch in Europa wird dieses Phänomen an den sogenannten „Technokratenregierungen“ in Griechenland und Italien sichtbar.

Wir setzen uns für einen starken, demokratischen und handlungsfähigen Staat ein, der Vermögen zugunsten der sozial Schwachen umverteilt und für die Zukunft investiert. Daher lehnen wir die neoliberale Sparpolitik mit samt ihrer Instrumente Schuldenbremse und Fiskalpakt ab. Wir fordern die SPD auf, sich demgemäß zu positionieren und sich von der schwarz-gelben Regierung abzugrenzen.

Die Lösung der Krise:

Für Investitionen und Umverteilung

In der Krise muss der Staat den Einbruch der privaten Nachfrage kompensieren, er muss die Wirtschaft stützen und dem Einbruch der Wirtschaft so entgegenwirken. Nicht Sparer_innen, sondern Schuldner_innen ermöglichen durch Verschuldung die in der Krise notwendigen Investitionen. Staatsschulden erfüllen diese Rolle in besonderem Maße, da das Gemeinwesen langfristige infrastrukturelle Investitionen tätigt, politisch lenkend eine umverteilende und sozial gerechte Investitionssteuerung übernehmen kann und eine sehr große Refinanzierungskapazität hat. Die stimulierenden Investitionen können nicht nur aus der Krise führen, sie bieten auch die Perspektive, entstandene Investitionslücken zu schließen. Zudem führen sie zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und neuen Arbeitsplätzen.

Daher fordern wir:

- einen Ausbau des Schienennetzes im Nah- und Fernverkehr
- einen Ausbau der erneuerbaren Energien und der Energienetze
- mietenverträgliche Investitionen in die energetische Gebäudesanierung und die Erforschung von Stromspeichertechnologien
- einen Ausbau der frühkindlichen Bildung und der Betreuungsangebote
- eine stärkere Ausfinanzierung von Bildungseinrichtungen und Weiterbildungsmöglichkeiten
- Investitionen in den Bereichen Arbeit und Soziales

Es bedarf daher einer Entdramatisierung von Staatsschulden entgegen konservativer und neoliberaler Denkmuster. Das Argument der mangelnden "Generationengerechtigkeit" von investiver Politik kann dabei als falsch entlarvt werden. Es werden nicht nur Schulden, sondern auch deren Gegenwerte vererbt. Von der Verbesserung der Infrastruktur und Investitionen in den Bildungsbereich profitieren kommende Generationen. Daraus wird erkennbar, dass sich die Verteilungsfrage nicht zwischen der heutigen und zukünftigen Generation stellt, zwischen denen in der konservativen Deutung ein Konflikt aufgebaut wird, sondern dass die Verteilungsfrage vielmehr zwischen den verschiedenen Schichten innerhalb jeder Generation neu gestellt werden muss.

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Deutschland ist in der Krise teilweise einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik gefolgt und hatte mit Programmen wie dem Kurzarbeiter_innengeld, das vom damaligen SPD-Arbeitsminister Olaf Scholz in einer großen Koalition eingeführt worden ist, kaum unter den Folgen der Krise zu leiden.

Deshalb fordern wir eine Abkehr von Merkels neoliberalen Sparzwang hin zu einer investiven Politik in ganz Europa. Dabei ist besonders zu beachten, dass die Investitionen eine Umverteilung innerhalb der Gesellschaft bewirken und besonders die Unter- und Mittelschicht gestärkt wird. Auch die SPD und ihre mögliche Kanzlerkandidat_innen müssen sich zu einer umverteilenden Investitionspolitik bekennen!

Für eine Erhöhung der Einnahmeseite

Um die notwendigen Investitionen zu verwirklichen, muss – neben der Schuldenaufnahme in der Krise – die Einnahmeseite des Staates langfristig gestärkt werden. Für diese Forderung gibt es breite gesellschaftliche Unterstützung. Der Spitzensteuersatz muss erhöht werden, die Reichensteuer muss beibehalten werden. Darüber hinaus müssen Kapitalerträge die gleiche Besteuerung erfahren wie andere Einkommensarten und das Ehegattensplitting muss abgeschafft werden. Auch Erbschaften und Vermögen müssen stärker besteuert werden. Wir stehen daher für eine Finanztransaktionssteuer sowie eine europaweit koordinierte Vermögensabgabe. Außerdem muss Steuerhinterziehung konsequenter bekämpft werden. Zudem muss über Umverteilung innerhalb der öffentlichen Haushalte nachgedacht werden, die sich an stärkerer sozialer Gerechtigkeit orientiert. Die Steuersenkungen der vergangenen Jahrzehnte müssen zurückgenommen werden.

Wir fordern die SPD auf, sich für eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und besonders von Erbschaften und Vermögen einzusetzen und die daraus gewonnenen Einnahmen für mehr Bildungschancen, eine gute Infrastruktur, den Ausbau erneuerbarer Energien und für eine bessere Sozialpolitik einzusetzen.

Für eine vertiefte europäische Integration und gemeinsame Konzepte

Die Krise lässt sich nicht national bewältigen. Alle Instrumente müssen immer im Blickwinkel eines gemeinsamen Europas angewandt werden. Wir setzen uns daher für die Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen, Kapitalerträge und Erbschaften in ganz Europa ein. Auch müssen europaweit mehr Investitionen für eine gerechtere Gesellschaft getätigt werden.

Zu einem föderalen Europa als Ziel sozialdemokratischer Politik gehört auch eine koordinierte Fiskal- und Wirtschaftspolitik:

Wir brauchen zunächst eine gemeinsame Schuldenhaftung und eine aktive Rolle der EZB. Der bisherigen Politik des Einlenkens jeweils im letzten Moment vor dem drohenden Auseinanderbrechen der Währungsunion – wie von Angela Merkel immer wieder praktiziert – muss eine langfristige gemeinschaftliche Alternative entgegengesetzt werden. Das Dogma der Geldwertstabilität muss hinterfragt werden: Japan (Schuldenstand bei 236% in Relation zum BIP) und die USA (Schuldenstand bei 106% in Relati-

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

on zum BIP) weisen eine deutlich höhere Schuldenquote auf als die sogenannten europäischen Krisenstaaten. Trotzdem haben diese Staaten keine Probleme mit der Refinanzierung. Dies kommt unter anderem durch die aktivere Rolle der Zentralbanken zu Stande. Der Aufkauf von Staatsanleihen derjenigen Unionsstaaten, die unter horrenden Zinszuschlägen leiden, ist daher ein Teil der Lösung. Die EZB kann dadurch anhaltende Liquidität gewährleisten und ein Investitionsklima schaffen, welches zur Genesung der Europäischen Ökonomien beiträgt. Im Zuge dessen wird außerdem durch die de facto erreichte gemeinschaftliche Schuldenhaftung eine weitere Spreizung von Zinssätzen innerhalb der Währungsunion verhindert. Spekulative Angriffe und Turbulenzen werden damit unterbunden und eine stabile Refinanzierungsperspektive aufgebaut. Dies gibt darüber hinaus Raum für die benötigten Investitionen.

Auch müssen Exportüberschüsse in einzelnen europäischen Ländern abgebaut werden. Diese sorgen für Ungleichgewichte innerhalb der EU und belasten die derzeitigen Krisenländer, in denen sich – spiegelbildlich zu den Überschüssen – hohe Außenhandelsdefizite ergeben. Dadurch können sie nur schwer Wirtschaftswachstum generieren und die Krise überwinden. Insbesondere Deutschland benötigt daher eine stärkere Binnennachfrage durch Beschäftigungszuwächse und aktive Lohnpolitik. Vor allem bei niedrigen Einkommen sind Lohnzuwächse geboten. Daher setzen wir uns für einen Mindestlohn ein. Grundsätzlich muss jedoch den Defizitländern auch geholfen werden ihre Außenhandelsungleichgewichte auf aktive Weise abzubauen.

Die demokratische Legitimität des europäischen Projektes darf nicht durch immer stärker beschleunigte Entscheidungsprozesse als Krisenreaktionen untergraben werden. Das Ziel eines föderalen Europas kann nur durch weitere umfangreiche – durch die Bevölkerung legitimierte – Vergemeinschaftungsschritte erreicht werden. Wir stellen uns daher klar gegen Technokratenregierungen und bekennen uns zu einem demokratisch legitimierten, solidarischen Europa inklusive politischer Union. Wir wirken dabei innerhalb der Partei und öffentlich für pro-europäische Positionierungen und grenzen uns klar von konservativen Re-Nationalisierungsanstrengungen ab.

Antrag 42/II/2012
KDV Steglitz-Zehlendorf

Steuerabkommen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin werden aufgefordert, im Bundesrat eine Zustimmung des Landes Berlin zu einem Steuerabkommen mit der Schweiz zu verhindern, in welchem die Anonymität der Nachzahlenden erhalten bleibt und der Satz der generellen Nachbesteuerung nicht höher liegt als in der aktuell vorliegenden Fassung.

Antrag 42/II/2012
Annahme

GESUNDHEIT

Antrag 43/II/2012
ASG Berlin

Aktionsprogramm Gesundheit aufbauen

Prävention und Gesundheitsförderung sind eine wichtige Säule und die zentrale Zukunftsaufgabe der Gesundheitspolitik. Mit dem auf Vorschlag der ASG Berlin entwickelten „Aktionsprogramm Gesundheit“ soll das Niveau der Gesundheitsförderung in Berlin weiter erhöht werden.

Die SPD Berlin erkennt das Bemühen der Senatsverwaltung für Gesundheit, in dieser Legislaturperiode das „Aktionsprogramm Gesundheit“ des Landes Berlin zu konzipieren und schrittweise umzusetzen, an.

Die SPD Berlin fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die Abgeordnetenhausfraktion dazu auf, die Umsetzung im Sinne der Gesundheitsförderung der Bürgerinnen und Bürger Berlins weiterhin aktiv zu begleiten.

Ziele des Aktionsprogramms sind dabei

- Identifikation und Verbreitung („Roll-Out“) von Good-Practice-Maßnahmen
- Verstetigung sinnvoller Maßnahmen, für die ein Bedarf identifiziert wurde und
- Einwerbung und Bündelung von Mitteln und Ressourcen unterschiedlicher Kostenträger.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die Abgeordnetenhausfraktion werden zudem aufgefordert, bei der Vorlage des Entwurfs des Doppelhaushalts 2014/2015 Mittel für die operative Umsetzung des Aktionsprogramms Gesundheit sowie für dessen wissenschaftliche Begleitung auszuweisen.

Zudem werden die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats aufgefordert, sich über den Bundesrat für die Verabschiedung eines bundesweiten Gesundheitsförderungs- und Präventionsgesetzes in Deutschland einzusetzen.

GLEICHSTELLUNG

Wiedervorlage Antrag 82/I/2012
Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012
ASF

Quotierte geschäftsführende Vorstände auf allen Ebenen der Partei

Um das gemeinsam formulierte Ziel einer paritätischen Besetzung der Vorstände und Gremien der SPD Berlin auf allen Ebenen zu erreichen, werden die geschäftsführenden Vorstände auf allen Ebenen der Partei jeweils zur Hälfte mit Frauen und Männern besetzt.

Der SPD-LV entwickelt bis zum nächsten Landesparteitag Vorschläge für Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung der satzungsgemäßen Beset-

Antrag 43/II/2012
Annahme

Wiedervorlage Antrag
82/I/2012
Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

zung der Parteigremien.

Antrag 44/II/2012

AG Schwusos Berlin

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Respekt und Unterstützung für intersexuelle Menschen

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt für eine Anerkennung und den Schutz von intersexuellen Menschen als Teil unserer gesellschaftlichen Vielfalt ein. Daher lehnt die SPD geschlechtszuordnende Operationen im Kindesalter ab.

Die Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für die Einführung der Geschlechtskategorie „anderes“ im Personenstandsregister einzusetzen, die es intersexuellen Menschen ermöglicht, sich nicht den Kategorien „weiblich“ oder „männlich“ zuordnen zu müssen.

Dieses Anliegen soll außerdem in das SPD-Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2013 aufgenommen werden.

Antrag 48/II/2012

AG Schwusos Berlin

Rückwirkende Gleichstellung von verpartnerten Landesbeamten der Rechtsprechung anpassen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die verpartnerten Landesbeamten und Richter rückwirkend ab dem 01.08.2001 im Besoldungs- und Versorgungsrecht den verheirateten KollegInnen gleichgestellt werden.

Der für das öffentliche Dienstrecht zuständige Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat in seinem Urteil vom 19.06.2012 (2 BvR 1397/09) zur Gleichstellung von verpartnerten mit verheirateten Beamten festgestellt, dass verpartnerte Beamten und Richter im Besoldungs- und Versorgungsrecht rückwirkend ab dem Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes am 01.08.2001 gleichgestellt werden müssen.

Das Land Berlin hat 2008 und 2012 seine Landesbeamten bereits gleichgestellt, allerdings rückwirkend ab dem 03.12.2003. Dies ist nachzubessern.

Antrag 49/II/2012

KDV Steglitz-Zehlendorf

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Adoptionsrecht

Eingetragene Lebensgemeinschaften werden im Adoptionsrecht Ehepaaren gleich gestellt.

Antrag 44/II/2012

Annahme

Antrag 48/II/2012

Annahme in der Fassung der AK

Antrag 49/II/2012

Annahme

INNERES / RECHT

Wiedervorlage Antrag 85/I/2012
Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012
KDV Pankow

Seniorenvertretung stärken!

Die SPD spricht sich dafür aus, die Wahl der Seniorenvertretungen in den Bezirken am gleichen Tag wie die Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlen durchzuführen.

Außerdem soll bei der Wahl der Seniorenvertretung auch die Briefwahl zulässig sein.

Wiedervorlage Antrag 88/I/2012
Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012
KDV Reinickendorf

Die SPD-Fraktion Berlin wird dazu aufgefordert, zeitnah eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung von Asylflughafenverfahren nach § 18a Asylverfahrensgesetz zu initiieren.

Wiedervorlage ÄNDERUNGSANTRAG 2
ZUM ANTRAG 88/I/2012
Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012
Jusos Berlin

Füge an in Zeile 07 hinter „initiiieren.“:

„Darüber hinaus wird der Senat dazu aufgefordert, sich gegen die Inbetriebnahme des „Asylgewahrsams“ am neuen Flughafen BER zu stellen und damit zu verhindern, dass das Asylflughafenverfahren durchgeführt werden kann, um somit schutzsuchenden Menschen ihr Recht auf ein faires Asylverfahren zu gewähren.“

Antrag 50/II/2012
Abt. 6 | Steglitz-Zehlendorf

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, das im SchulG § 52.4 verankerte Rauchverbot in Schulen analog der Formulierung im KitaFÖG zu ergänzen: Bei Aktivitäten außerhalb der Schule darf in Gegenwart der Kinder nicht geraucht werden.

Antrag 51/II/2012
AG Migration

Resolution: Lehren aus dem „NSU“-Skandal ziehen –
Es darf nichts bleiben, wie es ist!

Die „Aufklärungsarbeit“ um den NSU Terror bringt im Wochenrhythmus neue unfassbare Verquickungen zwischen staatlichen Sicherheitsbehörden und rechten Terroristen hervor. Oben drauf kommen dann noch die zufälligen „Pannen“ – wie es verharmlosend genannt wird. Einen Verfassungsschutz, der weder Verfassung noch Bürger schützt, braucht niemand. Da

Wiedervorlage Antrag
85/I/2012
Annahme

Wiedervorlage Antrag
88/I/2012
Annahme

Wiedervorlage Änderungsan-
trag zum Antrag 88/I/2012
Annahme

Antrag 50/II/2012
Annahme

Antrag 51/II/2012
Annahme in der Fassung der
AK

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

hilft dann auch nicht der Slogan „Demokratie schützen“, wenn es doch nicht mehr ist, als ein bedeutungsloser Satz für die Abteilung Marketing.

Wir sind uns jedoch bewusst, dass eine Abschaffung Probleme beim Schutz der Verfassung – wenn die Aufgabe denn ernsthaft betrieben wird, ohne auf dem rechten Auge blind zu sein – mit sich bringen kann. Eine politische Umsetzung scheint auch mehr als unerreichbar zu sein. Eine umfassende Herangehensweise ist gebraucht. Deshalb fordern wir unsere sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag auf, sich für eine grundlegende Reform des Bundesamtes für Verfassungsschutz einzusetzen. Das Abrutschen in das Klein-Klein bei den Reformdiskussionen und das Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern sind vor dem Hintergrund der NSU-Mordserie und des Ausmaßes des Versagens der Polizei und Verfassungsschutzbehörden des Bundes und mehrerer Länder skandalös.

Die sozialdemokratischen Mandatsträgerinnen und -träger in Bund und in den Ländern werden aufgefordert, nicht nachzulassen und eine grundlegende Reform des deutschen Sicherheitsapparates voranzubringen. Folgende grundsätzlichen Aspekte sollten bei einer Reform, aber auch bei der Aufklärungsarbeit zum NSU Fall generell berücksichtigt werden:

Abschaffung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD)

Wir fordern die Abschaffung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD).

Es darf nichts bleiben, wie es ist!

Die kleinlichen Diskussionen um Kompetenzen zeigen auf, dass durch die ständig neu aufgedeckten Skandale um die Aufklärungsarbeit beim NSU Terror ein Verstumpfen der Verantwortlichen eingesetzt hat. Der anfängliche – evtl. auch nur symbolische – Tatendrang ist einem „wie rette ich meine Schäfchen“ gewichen. Deshalb darf es kein Tabu bei den Reformdiskussionen um den Verfassungsschutz geben. Eine unabhängige Expertenkommission mit maßgeblicher Beteiligung gesellschaftlicher Akteure soll hierzu Vorschläge unterbreiten.

Mehr Sehschärfe im Kampf gegen rechte Gewalt

Der Umgang mit dem NSU-Terror zeigt uns, dass die deutschen Sicherheitsbehörden strukturell die Gefahr von rechter Gewalt bagatellisieren. Wir fordern die Stärkung der Arbeit gegen Rechtsextremismus und die Erweiterung der Aufklärungsarbeit auch auf rechte Internetaktivitäten wie die PI-News, die immer wieder zu Hetzjagd auf engagierte Menschen aufrufen. Hierzu müssen insbesondere die Abteilungen zur Überwachung des rechten Terrors beim Bundesamt für Verfassungsschutz aufgewertet und strukturell wie personell verstärkt werden.

Umfassende Demokratische Kontrolle

Die hervorragende Arbeit des NSU-Ausschusses beweist, dass wir die demokratische Kontrolle stärken und konsequent durchführen müssen. Wenn man sich die Verweigerung der Informationsweitergabe an den NSU-Ausschuss seitens der Landes- und Bundesverantwortlichen anguckt und die ständig stückweise rausgerückten Informationen betrachtet, dann kommt man zu der Erkenntnis, dass irgendwo auf die Bremse getreten wird. Sei es der Innensenator Henkel aus Berlin, der sein Wissen nur zögerlich und stückweise preisgibt oder die vielen weiteren Beteiligten. Deshalb gehört das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages deutlich

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

aufgewertet. Das Informationsrecht, aber auch die Infrastruktur müssen deutlich verbessert werden, wenn die demokratisch legitimierte Vertretenden und Vertreter diese Aufgabe wirklich wahrnehmen können sollen. Ansonsten entsteht – ohne von Verschwörungstheorien getrieben zu sein – der Eindruck, dass hier systematisch verschwiegen und die Aufklärung sabotiert wird. Dieses Eigenleben der Sicherheitsbehörden muss durch mehr Demokratie beendet werden.

Debatte um institutionellen Rassismus selbstbewusst führen – Mentalitätswechsel voranbringen

Wir fragen: Wo bleibt die Debatte über den institutionellen Rassismus in den Sicherheitsdiensten? Es scheint, als weigerten sich die politisch Verantwortlichen, aber auch ein großer Teil der Gesellschaft, die Frage nach dem wirklichen Problem zu stellen. Auch hier lässt sich vom Ausland lernen. Die in Großbritannien 1997 eingesetzte unabhängige Stephen-Lawrence-Untersuchungskommission, die den rassistischen Mord an Stephen Lawrence untersuchen und generelle Erkenntnisse hinsichtlich der Untersuchung und Verfolgung rassistisch motivierter Straftaten identifizieren sollte, kann ein Beispiel für die Aufarbeitung in Deutschland sein. Gesellschaftlich relevante Akteure wie Bischof von Stepney, Dr. John Sentamu, oder der Direktor des Jewish Council for Racial Equality, Dr. Richard Stone, trugen mit Reformvorschlägen und der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission maßgeblich zur Aufarbeitung des Themas bei. Das muss auch in Deutschland nicht möglich sein!

Interkulturelle Öffnung des Bundesamtes für Verfassungsschutzes

Es ist gut, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund für seine Arbeit rekrutiert. Aber geht es vornehmlich um Mitarbeit im Bereich der Aufklärungsarbeit vor Ort, wo die Sprachkompetenzen und auch die Herkunft die Arbeit erleichtern. Es zeigt sich jedoch, dass insbesondere auch auf höheren Hierarchieebenen mehr Vielfalt und interkulturelle Kompetenz dringend notwendig ist.

Hierbei soll der Bundesverfassungsschutz Vorreiter sein. Die interkulturelle Öffnung des Bundesamtes für Verfassungsschutz soll unter Beteiligung der Bundesbeauftragten für Migration und Integration erfolgen und mit konkreten Zielvorgaben und Maßnahmen unterlegt werden. Zudem soll die interkulturelle Öffnung des Bundesamtes für Verfassungsschutz auch Bestandteil des Nationalen Aktionsplans Integration werden.

Wir fordern deshalb einen jährlichen Statusbericht der Verfassungsschutzämter, welcher u. a. den Fortschritt bei der Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund dokumentiert, aber auch die Aktivitäten bei der Schulung der Mitarbeiter in den Bereich interkulturelle Kompetenz und Anti-Rassismus. Nur so kann sich ein Mentalitätswechsel langsam vollziehen.

Innerhalb eines Jahres haben es die Sicherheitsbehörden und die Politik geschafft, einen enormen Vertrauensverlust gegenüber dem Staat zu erzeugen. In der Kenntnis, dass unsere Demokratie auch vom Vertrauen in die demokratisch gewählten Vertreterinnen und Vertreter und die von ihnen kontrollierten Institutionen lebt, ist es systemrelevant, schonungslos aufzuklären und neues Vertrauen zu gewinnen.

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Antrag 52/II/2012 AG Migration

EU-Bürgerinitiative „Let me vote“ unterstützen

Die SPD Berlin unterstützt die Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Let me vote“ (Registriernummer der EU-Kommission: ECI(2012)000006, Datum der Registrierung: 11.05.2012). Der Inhalt der Initiative zielt darauf ab, die Rechte der EU-Bürger durch ein Recht zur Teilnahme an jeder politischen Wahl in dem Mitgliedstaat zu ergänzen, in dem er seinen Wohnsitz hat, zu denselben Bedingungen wie die Angehörigen dieses Mitgliedstaats. Der Landesvorstand der SPD Berlin und der AG Migration und Vielfalt werden aufgefordert, nachdrücklich bei den Mitgliedern dafür zu werben und die Unterschriftensammlung logistisch zu unterstützen, wie das bereits bei der EU-Bürgerinitiative „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht! Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Handelsware!“ innerhalb der SPD Berlin der Fall ist. Die Frist zur Unterschriftensammlung läuft am 10.05.2013 ab.

Antrag 53/II/2012 AG Migration

Keine Verlagerung der Abschiebehaft nach Eisenhüttenstadt

Eine Verlegung der Abschiebehaft nach Eisenhüttenstadt lehnen wir kategorisch ab und fordern die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats auf, eine Verlegung zu verhindern.

Antrag 54/II/2012 AG Migration

Der Parteikonvent möge beschließen:

Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Landesregierungen auf, sich geschlossen für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einzusetzen und in diesem Sinne die parlamentarischen Wege über Bundesrat und Bundestag auszuschöpfen.

Antrag 55/II/2012 KDV Tempelhof-Schöneberg

Kennzeichnungspflicht endlich vollständig umsetzen!

Wir fordern die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf, schnellstmöglich auf eine vollständige Kennzeichnung der Polizeibeamtinnen und -beamten hinzuwirken und wenn nötig die dafür erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Kennzeichnung der Berliner Polizistinnen und Polizisten sorgte bisher für ein Mehr an Transparenz und Bürgernähe und ist somit sowohl vollständig als auch konsequent umzusetzen.

Antrag 52/II/2012
Annahme in der Fassung der
AK

Antrag 53/II/2012
Annahme

Antrag 54/II/2012
Annahme

Antrag 55/II/2012
Annahme in der Fassung der
AK

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Antrag 57/II/2012

Jusos Berlin

Alternativen zur Abschiebungshaft entwickeln

Wir fordern die Abschaffung von Abschiebungshaft. An Stelle dieser völligen Unverhältnismäßigkeit müssen mildere Mittel eingeführt werden.

Ein milderes Mittel könnte beispielsweise eine regelmäßige Meldepflicht sein.

Wir fordern den Senat auf Regelungen zu erarbeiten, die alternativ zur Abschiebungshaft die Anwendung milderer Mittel vorsehen.

Wir halten an unseren Forderungen der unbegrenzten Freizügigkeit fest.

Antrag 58/II/2012

Jusos Berlin

Angriff auf Grundrechte abwehren! – Gegen das polizeiliche Abfilmen von Demonstrationen

Demokratische Rechte verteidigen

Innensenator Frank Henkel möchte sich als Hardliner profilieren und plant, das grundlose Abfilmen von Demonstrationen in Berlin erlauben zu lassen. Obwohl mehrere Gerichtsurteile festgestellt haben, dass das verdachtsunabhängige Filmen von Demonstrationen in mehreren Fällen rechtswidrig war, will Frank Henkel diese Maßnahme zulassen. Sowohl der Kameraeinsatz auf der Anti-Atom-Demonstration 2010 als auch auf den „Freiheit statt Angst“-Demonstrationen 2009 und 2010 waren illegal. Diesen Angriff auf unsere Grundrechte werden wir abwehren!

Das Demonstrationsrecht, die Versammlungsfreiheit und das Recht auf freie Meinungsäußerung sind elementarer Bestandteil unserer Demokratie. Eine Einschränkung dieser Rechte dürfen wir als eine demokratische Partei niemals zulassen! Wir fordern die Löschung sämtlicher Videodaten, die auf Demonstrationen aufgenommen wurden, nach spätestens 48 Stunden, sofern keine strafrechtlich relevanten Delikte aufgenommen wurden. Deshalb können seine Pläne kein Teil von Verhandlungen zwischen Koalitionspartnern sein. Auch wenn Frank Henkel versucht, mit scheinbaren Einschränkungen der SPD das Gesetz schmackhaft zu machen, darf es keine Zustimmung geben: Angeblich sollen nur „Übersichtsaufnahmen“ zulässig sein. Dass diese Einschränkung eine Farce ist, zeigt sich an dem Zusatz, „in der Regel“ seien so Personen nicht zu identifizieren. Auf diese Augenwischerei fallen wir nicht herein!

Für eine gelebte Demokratie – ohne Generalverdacht und Bevormundung

Der Innensenator stellt mit seinem Vorstoß alle Menschen, die sich auf Demonstrationen für unsere Demokratie stark machen, unter Generalverdacht strafbare und gewalttätige Handlungen zu begehen. Demonstrant_innen werden so pauschal kriminalisiert. Das widerspricht unserem Demokratieverständnis!

Menschen würden mit der neuen gesetzlichen Regelung systematisch abgeschreckt, an Demonstrationen teilzunehmen, was eine eklatante Einschränkung dieses Grundrechts darstellt. Während die CDU alles Notwendige dafür tut, um Demonstrant_innen möglichst genau ausspionieren und

Antrag 57/II/2012

Überweisung an GLV

Überweisung an AH-Fraktion

Antrag 58/II/2012

Überweisung an FA III - Innen- und Rechtspolitik

Überweisung an AH-Fraktion

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

überwachen zu können, weigert sie sich das massive Problem der Polizeigewalt auf Demonstrationen vorzugehen. Mit Mühe konnte die richtige Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt_innen durchgesetzt und aufrechterhalten werden, die eine straf- oder disziplinarrechtliche Verfolgung von exzessiver Polizeigewalt ermöglichen sollte. Eine unparteiische und verlässliche Verfolgung gibt es bis heute nicht. Frank Henkel verlässt so den in Berlin eingeschlagenen Weg der Deeskalation und provoziert damit, die Freiheitsrechte zu beschneiden. Den Weg werden wir nicht mitgehen! Hinter der Initiative des konservativen Innensenators steht ein für eine Demokratie fragwürdiges Verständnis. So redet er im Einklang mit der Polizeiführung davon, Demonstrationen „lenken“ zu wollen. Wir möchten keine staatliche Führung von Demonstrationen! Es ist das gleiche Logik, die hinter der „Extremismusklausel“ steht: Zivilgesellschaft, die sich beispielsweise gegen Neonazis und Alltagsrassismus richtet sowie sich für soziale Gerechtigkeit, lebenswerte Umwelt und Freiheitsrechte einsetzt, ist per se gefährlich – egal in welchen Lebensbereich. Wir streiten hingegen für eine gelebte Demokratie, in der Kritik legitim ist!

Frank Henkels Grundrechtseingriff stoppen

In einer weltoffenen Stadt wie Berlin muss es staatlich geschützte Räume für Demokratie und Meinungskundgabe geben. Dafür setzen wir uns ein! Dazu gehört es, demonstrieren zu können ohne Repressionen befürchten zu müssen. Wir treten für eine demokratische Kultur ein, in der alle staatlichen Maßnahmen transparent sind. Alle Teilnehmer_innen müssen auf einer Demonstration sicher gehen können, dass ihre Freiheitsrechte gewahrt werden! Wir als Jusos werden uns dafür stark machen. Die SPD fordern wir auf, es mit uns zu tun!

INNERES / VERWALTUNG

Antrag 59/II/2012

Abt. 6 | Steglitz-Zehlendorf

Krisen- und Clearingeinrichtung mit der Möglichkeit zur zeitlich befristeten Krisenintervention mit intensiver sozialpädagogischer Betreuung in Verbindung mit freiheitsentziehenden Maßnahmen im Rahmen der Inobhutnahme gem. § 42 Abs. 5 SGB VIII im Einzelfall

Der Senat wird gebeten, die o.g. Einrichtung außer durch den Beirat auch durch ein fachlich ausgewiesenes und unabhängiges Forschungsinstitut begleiten und evaluieren zu lassen. Der Senat wird gebeten, jährlich über die Arbeit der Einrichtung und die Notwendigkeit ihrer Fortexistenz auf der Grundlage in 1. genannten Evaluation dem Parlament zu berichten.

Antrag 61/II/2012

AG Migration

Halbe Beteiligung ist keine Beteiligung

Die Diskussionen um die Besetzung der Stelle des / der Integrationsbeauftragten in den letzten Wochen haben gezeigt, dass unsere Forderung bei der Diskussion um das Partizipations- und Integrationsgesetz nach einer konsequenten Beteiligung des Landesbeirats für Integrations- und Migrationsfragen richtig war. Und das nicht nur aus Teilhabegesichtspunkten.

Antrag 59/II/2012

Überweisung an FA IV - Kinder, Jugend, Familie

Antrag 61/II/2012

Überweisung an AH-Fraktion

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Halbe Beteiligung in Form einer reinen Anhörung ist weder für den Beirat noch für die politische Seite befriedigend. Wir fordern deshalb unsere sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus auf, an dieser Stelle beim Partizipations- und Integrationsgesetz in Richtung einer festgeschriebenen Beteiligung bei der Entscheidungsfindung nachzubessern. Darüber hinaus soll das Gesetz um das Vorschlagsrecht des Beirates bei der Suche nach einem / einer Integrationsbeauftragten mit verankert werden.

Antrag 63/II/2012 **AG 60 plus**

Mobilitätsdienste

Die SPD Fraktion wird gebeten, sich für die dauerhafte Erhaltung der Mobilitätshilfe-Dienste

- a) im VBB und
- b) in den durch Organisationen in Berlin betriebenen Schiebediensten einzusetzen.

Antrag 64/II/2012 **ASG Berlin**

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Pflegende Angehörige entlasten: Rechtsanspruch auf adäquate Tageszeitenbetreuung einführen!

Die meisten pflegebedürftigen Menschen möchten möglichst lange in der eigenen Wohnung oder in der Wohnung ihrer Angehörigen leben. Die Versorgung und Betreuung von pflegebedürftigen, häufig älteren Menschen, stellt für die Familien oft eine erhebliche Herausforderung und zeitliche wie psychische Belastung dar; die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist erschwert, eigene Gesundheitsprobleme können auftreten. Tageszeitenbetreuungsangebote können die Versorgung und Förderung von pflegebedürftigen Menschen unterstützen und pflegende Angehörige fühlbar entlasten. Zur besseren Vereinbarkeit von Kindererziehung und Beruf wurde bereits ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesbetreuungseinrichtung geschaffen. Es ist folgerichtig, einen solchen Rechtsanspruch auch für die Betreuung und Versorgung Pflegebedürftiger zu schaffen.

1. In der nächsten Regierungsverantwortung im Bund wird sich die SPD dafür einsetzen, dass Pflegebedürftige einen Rechtsanspruch auf eine wohnortnahe Tageszeitenbetreuung erhalten.
2. Mit diesem Rechtsanspruch verbunden wird die Garantie, dass für die wohnortnahe Tageszeitenbetreuung genügend Angebote zur Verfügung stehen.
3. Flankierend muss sichergestellt werden, dass die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen über das vorhandene Angebot und ihren Rechtsanspruch informiert sind.

Antrag 65/II/2012 **Jusos Berlin**

Alphabetisierung vorantreiben

Der Senat und die Bezirksämter müssen Plattformen zur Verfügung stellen, um mit Partner_innen aus Verwaltung (bspw. Jobcenter), Trägern und Ver-

Antrag 63/II/2012
Annahme

Antrag 64/II/2012
Überweisung an Landesgruppe

Antrag 65/II/2012
Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

einen Lösungen für die Problematik des funktionalen Analphabetismus zu finden und Angebote für gesellschaftliche Teilhabe zu schaffen. Eine solche Plattform bedarf einer festen Koordination, die diese Aufgabe hauptamtlich übernehmen kann. Eine gesicherte Finanzierung einer solchen Stelle kann einen entscheidenden Startpunkt markieren. In diesem Rahmen müssen lokale Aktionspläne zu diesem Thema mit entsprechender finanzieller Ausstattung entworfen werden. In Förderplänen des Senats und der Bezirke muss die Zielgruppe der funktionalen Analphabeten_innen selbstverständlich auftauchen. Um dies sicherzustellen, müssen Senat und Bezirksämter Beauftragte für Alphabetisierung einrichten. Darüber hinaus fordern wir die Gremien der SPD und der Jusos auf Landesebene dazu auf, dieses Thema in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken und bundespolitisch zu thematisieren.

Antrag 66/II/2012 **Jusos Berlin**

Keine Privatisierung der Berliner Polizei

Wir lehnen die angedachte Privatisierung bei der Berliner Polizei, insbesondere im Bereich der Gefangenenüberwachung, sowie dem Objektschutz, ab.

Die Polizei als eine der staatlichen Kernaufgaben schlechthin, muss auch immer in direkter staatlicher Verantwortung bleiben. Insbesondere wirtschaftliche Erwägungen rechtfertigen in diesem Bereich keine Erosion des Staates.

Auch in einem so grundrechtsintensiven Bereich wie der Gefangenenüberwachung ist es nicht tragbar, wenn Private hier Aufgaben für den Staat wahrnehmen.

Ähnliches gilt für den Objektschutz. Wir wollen Polizisten und keine privaten Sicherheitskräfte, die im öffentlichen Raum als Ordnungsmacht stehen.

Antrag 67/II/2012 **KDV Steglitz-Zehlendorf**

Vermüllung stoppen - Kosten gerecht verteilen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin werden aufgefordert zu prüfen, wie eine Verwehrlosung und Vermüllung des öffentlichen Raumes entgegengetreten, die Kosten für die Abfallbeseitigung gesenkt und die Abfallmenge reduziert werden kann. Insbesondere soll geprüft werden, ob eine kommunale Sonderabgabe auf die heute üblichen „to go – Verpackungen“ für Getränke und Fast Food, wie Pappbecher, Flaschen und Pizzakartons, die der BSR für ihren Reinigungsdienst zugute kommt, zulässig ist und eingeführt werden kann.

Antrag 66/II/2012 **Annahme**

Antrag 67/II/2012 **Annahme in der Fassung der** **AK**

INTEGRATIONSPOLITIK

Antrag 68/II/2012
KDV Mitte

Ein gesondertes „Vor-Ort-Bildungsangebot“ in den Einrichtungen für Asylbewerber/-innen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert sich für die Einführung einer (erweiterten) "Vor-Ort-Bildungsförderung" in den Berliner Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber/-innen einzusetzen und die dafür notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.

Inhalte sollten u. a. sein:

- Eine Kooperationspflicht zwischen der Schulleitung und den Einrichtungsbetreibern/-innen soll kontinuierlich aufgebaut und gestärkt werden.
- Eine Mindestanzahl an wöchentlichen Übungsstunden soll in den Einrichtungen für Asylbewerber/-innen einheitlich für das Land Berlin festgelegt werden.
- Die Bereitstellung eines auf das Sprachkompetenz der Bewohner/-innen in den jeweiligen Einrichtungen für Asylbewerber/-innen angepasstem Lernmaterials.
- Eine jährlich zentrale Durchführung von Sprachtests zur Feststellung der Sprachentwicklung in den Gemeinschaftsunterkünften, ohne negative Folgen für die Bewohner/-innen.
- U. a. die in den Einrichtungen für Asylbewerber/-innen beschäftigten Sozialarbeiter/-innen sollen das Bildungsprogramm vor Ort umsetzen

Zur Durchführung bzw. Realisierung eines "Vor-Ort-Bildungsprogramms" werden die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senates aufgefordert einen "Flüchtlingsintegrationsfond" einzuführen, um die finanziellen Rahmenbedingungen eines solchen Programms gesondert für Einrichtungen langfristig sicherzustellen, in denen Asylbewerber/-innen wohnen.

KINDER / JUGEND / FAMILIE

Antrag 69/II/2012
AG Schwusos
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Gerechtigkeit im Sorgerecht

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, das BGB dahingehend zu ändern, dass das kleine Sorgerecht (§1687b BGB sowie §9 LPartG) auch für die EhepartnerInnen und LebenspartnerInnen von gemeinsam sorgeberechtigten Eltern offensteht. Dies soll im Einvernehmen mit beiden sorgeberechtigten Eltern geschehen.

Antrag 68/II/2012
Überweisung FA V - Stadt des Wissens
Überweisung AG Migration

Antrag 69/II/2012
Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Antrag 72/II/2012
KDV Mitte

Ausgabe der Berlin-Pässe

Die Ausgabe der Berlin-Pässe ist für alle Kinder zusätzlich bei den Bürgerämtern zu organisieren und zu gewährleisten.

KULTUR

Antrag 74/II/2012
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Vom Ausweichquartier zum Tanztheater mit internationaler Ausstrahlung

Der Regierende Bürgermeister und Kultursenator sowie der Kulturstaatssekretär werden aufgefordert, Gespräche und Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, eine dauerhafte und anspruchsvolle kulturelle Nutzung des Schiller-Theaters nach seiner Nutzung als Ausweichspielstätte für die Berliner Opernhäuser sicherzustellen.

Der Senat wird ersucht ein Konzept für die Umwidmung des Schiller-Theaters zu einer ständigen Tanztheaterbühne zu prüfen, in der die bestehenden Tanztheater Berlins (z. B. Staatsballett, Compagnie Sasha Waltz & Guests, Dorkypark/Constanza Macras etc.) eine ständige Auftrittsmöglichkeit erhalten können.

NETZPOLITIK

Antrag 82/II/2012
Forum Netzpolitik
Der Bundesparteitag möge beschließen:

Parteigeschichte und Frauenbewegung digital festhalten!

Lebendige Parteigeschichte zeichnet die deutsche Sozialdemokratie aus. Zum 150-jährigen Jubiläum soll deswegen ein Wiki von der Bundespartei zur Sicherung dieser Historie eingesetzt werden.

Für die ASF wird darin eine eigene Unterrubrik in der sie Daten zur Frauenbewegung in Deutschland und explizit durch die SPD vorangetriebene Aspekte dieser Frauenbewegung unkompliziert sammeln und zur allgemeinen Einsicht und Bearbeitung geschaffen. Hierzu ist eine Kooperation mit dem FES-Projekt Erinnerungsorte (<http://erinnerungsorte.fes.de>) zu prüfen.

ORGANISATION

Wiedervorlage Antrag 116/I/2012
KDV Pankow
Vertagt vom Landesparteitag 09.06.2012

SPD unterstützt "Arbeitsgemeinschaft Ost"

Antrag 72/II/2012
Überweisung an FA VII - Wirtschaft und Arbeit

Annahme

Antrag 82/II/2012
Annahme in der Fassung der AK

Wiedervorlage Antrag 116/I/2012
Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Die SPD begrüßt das Vorhaben von zwölf Berliner Abgeordneten, innerhalb der Berliner SPD die "Arbeitsgemeinschaft Ost" (AGO) zu gründen.

Insbesondere unterstützen wir die folgenden Ziele:

- Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Abbau von Benachteiligungen bei der Rente

Wir begrüßen zudem, dass die Mitarbeit in der AGO allen Genossinnen und Genossen des SPD-Landesverbandes Berlin offen steht, also eine ostdeutsche Sozialisation weder Voraussetzung noch Hinderungsgrund für die Mitarbeit ist.

Wiedervorlage Antrag 124/I/2012 **Abt. 06 | Pankow**

Durch parteiöffentlichen Bericht sind jährlich nach Fraktionen, Senat und Bezirksämtern getrennt die jeweiligen durchschnittlichen Höhen der Mitgliedsbeiträge und MandatsträgerInnenabgaben der Amts- und MandatsträgerInnen und StaatssekretärInnen auf den verschiedenen Ebenen sowie die Anzahl der Säumigen mitzuteilen.

Antrag 83/II/2012 **Abt. 01 | Pankow** **KDV Pankow**

Die Landesparteitage der Berliner SPD werden in Zukunft live per Video und in voller Länge im Internet übertragen (sog. Livestream).

Antrag 85/II/2012 **Abt. 01 | Pankow**

Neues Verfahren bei Mitgliederbegehren

1. Der Landesvorstand ernennt einen Beauftragten für Mitgliederbegehren auf die Dauer der Legislatur, dessen Aufgabe es ist, hauptamtlicher Ansprechpartner für Auskünfte zu sein sowie im Falle eines Mitgliederbegehrens mit dem benötigten und entsprechenden Personal die geleisteten Unterschriften auf ihre Gültigkeit hin zu überprüfen. Die jeweils benannte hauptamtliche Kraft ist im Rahmen der Wahrnehmung dieser Aufgabe von Weisungen aller Gliederungen, insbesondere des Landesvorstands oder der Kreisvorstände, unabhängig. Sie genießt wegen dieser Tätigkeit vergleichbar mit Betriebsräten besonderen Kündigungsschutz und kann im Nachgang wegen ihrer getroffenen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Gültigkeitskontrolle von Unterschriften im Rahmen eines Mitgliederbegehrens nicht gekündigt werden. Sie ist nur dem Parteitag oder der Landesschiedskommission gegenüber rechenschaftspflichtig. Kündigungen von Personen, die jemals Aufgaben im Zusammenhang mit der Gültigkeitskontrolle von Unterschriften im Rahmen eines Mitgliederbegehrens wahrgenommen haben, sind unverzüglich öffentlich zu machen, es sei denn, dass die gekündigte Person dies nicht will.
2. Das Prinzip, dass Unterschriften bei Mitgliederbegehren nur gültig

Wiedervorlage Antrag
124/I/2012
Annahme in der Fassung des
Parteitages

Antrag 83/II/2012
Annahme

Antrag 85/II/2012
Überweisung an Statuten-
kommission

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

sind, wenn die Unterschrift auf Listen des jeweiligen Kreisverbands geleistet wurde, in dem das Mitglied seinen gemeldeten und auch tatsächlichen Wohnsitz hat, wird aufgehoben. Stattdessen ist bei berlinweit relevanten Mitgliederbegehren die Unterschrift eines jeden Mitglieds zu berücksichtigen, unabhängig von der Frage, ob das Mitglied beispielsweise in Steglitz-Zehlendorf lebt, aber seine Unterschrift auf einer offiziellen Liste des Bezirks Lichtenberg geleistet hat.

3. Die Mitglieder sind über jedes formell in Gang gesetzte Mitgliederbegehren unverzüglich per Briefpost zu informieren. Dazu ist der Landesvorstand verpflichtet. Erfolgt eine unverzügliche Information per Briefpost nicht, so verlängert sich das Mitgliederbegehren um den entsprechenden Zeitraum, bis eine direkte Mitgliederinformation auch tatsächlich erfolgt ist.
4. Sofern erforderlich – insbesondere wenn mehrere Mitgliederbegehren in Gang gesetzt wurden –, setzt der Landesvorstand aus Gründen der Verfahrenseffizienz und der Kostenersparnis (Konzentration) einvernehmlich mindestens zwei verbindliche Termine pro Jahr fest, an denen Mitgliederentscheide stattfinden sollten.
5. Die Vorstände aller Gliederungen der Berliner SPD werden verpflichtet, die Durchsetzung eines Mitgliederbegehrens aktiv zu unterstützen. Dies gilt insbesondere bzgl. der Informierung der Mitglieder sowie um die Zugänglichmachung der Unterschriftenlisten.

ÄNDERUNGSANTRAG ZUM ANTRAG 85/II/2012 (SEITE 131)

ANTRAGSTELLER: KDV PANKOW

1. Das Prinzip, dass Unterschriften bei Mitgliederbegehren nur gültig sind, wenn die Unterschrift auf Listen des jeweiligen Kreisverbands geleistet wurde, in dem das Mitglied seinen gemeldeten und auch tatsächlichen Wohnsitz hat, wird aufgehoben. Stattdessen ist bei berlinweit relevanten Mitgliederbegehren die Unterschrift eines jeden Mitglieds zu berücksichtigen, unabhängig von der Frage, ob das Mitglied beispielsweise in Steglitz-Zehlendorf lebt, aber seine Unterschrift auf einer offiziellen Liste des Bezirks Lichtenberg geleistet hat.
2. Die Mitglieder sind über jedes formell in Gang gesetzte Mitgliederbegehren per Briefpost bzw. Mail zu informieren. Dazu ist der Landesvorstand verpflichtet. Erfolgt eine zeitnahe Information nicht, so verlängert sich das Mitgliederbegehren um den entsprechenden Zeitraum, bis eine direkte Mitgliederinformation auch tatsächlich erfolgt ist.

Antrag 89/II/2012

Abt. 03 | Pankow

Beitragsrechnungen zentralisiert erstellen

Mitglieder, die nicht am automatischen Beitragseinzug teilnehmen, erhalten jährlich durch den Landesverband eine Rechnung zum Ausgleich Ihrer Beiträge mit einem vorbereiteten Überweisungsformular.

Die Rechnung wird im letzten Quartal des Jahres versandt, sofern bis zum 1. September des Jahres keine Barzahlung in der Abteilung erfolgt und gemeldet worden ist.

Der Landesverband übernimmt ferner das erste Mahnschreiben, falls nach sechs Wochen kein Zahlungseingang feststellbar ist. Das zweite Mahn-

Änderungsantrag zum Antrag 85/II/2012

Überweisung an Statutenkommission

Antrag 89/II/2012

Überweisung an Landesvorstand

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

schreiben und die Feststellung des Streichens einer Mitgliedschaft wegen Nichtzahlung der Beiträge übernimmt die Abteilung.

Antrag 90/II/2012
Abt. 5 | Pankow

Fest der Republik statt Deutschlandfest

Die SPD Berlin tritt gegenüber der Bundespartei dafür ein, dass das geplante sog. Deutschlandfest 2013 einen würdevolleren und die Geschichte repräsentierenden Namen erhält: Fest der Republik.

RECHTSEXTREMISMUS

Antrag 91/II/2012
KDV Mitte

10 Punkte-Plan gegen Rechts

In den vergangenen Wochen und Monaten gab es zahlreiche Anschläge und Übergriffe gegen linke Strukturen in Berlin, viele davon gegen SPD, Jusos und Falken, kurzum: gegen die sozialdemokratische Familie. Wir haben diese Entwicklung entschieden und vernehmbar verurteilt, uns mit den Opfern solidarisch erklärt und praktische Hilfe geleistet. Es ist klar: Die Berliner Sozialdemokratie ist Teil einer breit aufgestellten Bewegung, die sich rechten Umtrieben in unserer Stadt und darüber hinaus entgegenstellt. Wir stehen solidarisch an der Seite derer, die das gemeinsam mit uns tun.

Doch als Partei, die in Land und Bezirken Verantwortung trägt, ist es auch unsere Pflicht diese Solidarität praktisch werden zu lassen. Vielerorts haben wir die Möglichkeit Rahmenbedingungen für Engagement gegen Rechts zu verbessern und die Sicherheit der Opfer zu erhöhen. Diese Chance wollen und werden wir nutzen, denn wir sind es den tausenden engagierten Berlinerinnen und Berlinern und uns selbst schuldig. Deshalb fordern wir unsere Fraktionen in Land und Bezirken, die Mitglieder der Bezirksämter und unsere Mitglieder im Senat mit dem folgenden Forderungskatalog auf, zehn wirksame Maßnahmen gegen rechte Gewalt und ihre Begleiterscheinungen zu ergreifen:

[1] Die Berliner Sicherheitsbehörden müssen endlich maximalen Ermittlungsdruck auf rechtsradikale Strukturen in Berlin, wie dies bereits gegen das Rocker-Milieu geschieht, aufbauen.

Von der Verkehrskontrolle, über Ausschankgenehmigungen für einschlägige Kneipen bis hin zum Waffenrecht: Alle Möglichkeiten Nazi-Strukturen aufzudecken, zu schwächen und lahmzulegen müssen ausgeschöpft werden.

[2] Die kriminelle Organisation „Nationaler Widerstand Berlin“ muss schnellstmöglich verboten werden.

Durch das Führen öffentlich zugänglicher „schwarzer Listen“ gibt diese engagierte Demokraten zum Abschuss frei, und fordert zu Angriffen gegen politische Gegner auf. Die Existenz solcher Gruppen zu dulden würde bedeuten, weitere Straftaten aus dem entsprechenden Milieu stillschweigend zu dulden. Ein Verbot wäre ein effektiver Schlag gegen die organisierte

Antrag 90/II/2012
Überweisung an Parteivorstand

Antrag 91/II/2012
Annahme in der Fassung der AK

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Kriminalität von Rechts und gleichzeitig ein entschiedenes Zeichen an diejenigen, die sich in Berlin antifaschistisch engagieren und zunehmend um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten müssen.

[3] Eine dezentrale und langfristige Ausstattung von Initiativen gegen Rechts muss gewährleistet werden, weil Engagement gegen Nazis Verlässlichkeit erfordert.

Nazis agieren lokal, deswegen muss die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements vor Ort angesiedelt sein. Der Dreiklang aus lokalen Aktionsplänen, Recherche und Beratung muss von Land und Bezirken flächendeckend sichergestellt werden. Notwendig ist daher eine zeitnahe Vernetzung von Land, Bezirken und den bestehenden Trägern von Initiativen gegen Rechts in allen Berliner Bezirken, um den jeweiligen lokalen Handlungsbedarf passgenau bestimmen und nächste Schritte vereinbaren zu können. Wo bezirksübergreifende Problemräume identifiziert werden muss die Vernetzung auch bezirksübergreifend gewährleistet sein.

[4] Initiativen gegen Rechts, die aufgrund der sogenannten „Extremismusklausel“ keine Förderung mehr vom Bund erhalten, müssen durch das Land Berlin ersatzweise unterstützt werden.

Wir lehnen die Extremismusklausel ab. Sie kriminalisiert antifaschistisches Engagement, zerstört gewachsene Strukturen und lässt Opfer rechter Gewalt hilflos zurück. Um dies zu verhindern fängt das Land Berlin bereits erfolgte Kürzungen in den Förderprogrammen der Bundesregierung auf. Es darf kein Ausschlusskriterium sein, wenn Träger die Extremismusklausel aus politischen Gründen nicht unterzeichnen wollen.

[5] Opfer rechter Gewalt müssen uneingeschränkt geschützt werden.

Um sie vor rechten Straftaten zu schützen sind strenge Opferschutzkriterien notwendig. Adressen und weitere personalisierte Hinweise sind streng vertraulich zu behandeln. Es darf nicht sein, dass Betroffene aus Furcht vor den Ermittlungsbehörden Straftaten nicht zur Anzeige bringen.

[6] Straftaten von Rechts müssen berlinweit und unabhängig dokumentiert werden.

Viele Übergriffe und Propagandadelikte bleiben bislang unerfasst. Um Strategien gegen Rechts zu entwickeln und die Ermittlungsarbeit zu vereinfachen ist es jedoch dringend notwendig, Zusammenhänge zu erkennen, zu analysieren und lokale Schwerpunkte zu identifizieren. Diese Arbeit können und sollen die Ermittlungsbehörden nicht alleine erfüllen. Deshalb muss eine zentrale Registerstelle geschaffen werden.

[7] Überfällig sind Aus- und Weiterbildungs-Strategien für die Berliner Polizei, die es jedem Beamten/ jeder Beamtin ermöglichen, rechte Straftaten, als solche zu erkennen.

Die Erfahrungen zeigen, dass dies bisher oft nicht der Fall ist. Rechte Straftaten werden häufig bagatellisiert und in einen unpolitischen Kontext gestellt. Opfer werden mit der bestehenden Bedrohungssituation alleine gelassen und weiteren Angriffen fahrlässig ausgesetzt. Veröffentlichte Statistiken stellen die Problemlage deshalb zwangsläufig massiv verzerrt dar und taugen in dieser Form nicht zur Analyse bestehender Verhältnisse. Deshalb müssen in Zusammenarbeit mit professionellen Beratungsstellen Aus- und

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Weiterbildungsmaßnahmen entwickelt werden, die dazu geeignet sind diese Missstände zu beheben.

[8] Ermittlungsbehörden müssen auf allen Organisationsebenen feste Zuständigkeiten für rechte Strukturen und Straftaten schaffen.

Damit diese Straftaten von Rechts nicht innerhalb der Vielfalt polizeilicher und staatsanwaltlicher Arbeit untergehen, braucht es eine stärkere Profilbildung. Rechte Straftaten bedürfen besonderer Aufmerksamkeit und dürfen nicht in einem Abwasch mit den vielfältigen anderen Delikten bearbeitet werden. Deshalb müssen Polizeidirektionen und Staatsanwaltschaften Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereithalten, die federführend mit rechten Straftaten befasst sind.

[9] Nazis sind konsequent von der Vergabe genehmigungspflichtiger Waffen auszuschließen.

Das Land Berlin muss eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel initiieren, bei der sogenannten waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsprüfung einen rechtsradikalen politischen Kontext zum unvermeidbaren KO-Kriterium zu machen.

[10] Die Persönlichkeitsrechte von Demokratinnen und Demokraten sind zu schützen

Bei Kundgebungen und Demonstrationen kommt es immer wieder dazu, dass einzelne Demonstrantinnen und Demonstranten fotografiert werden und die Aufnahmen auf sogenannten schwarzen Listen der Rechtsextremen auftauchen. Das kann so nicht akzeptiert werden. Daher soll die Verletzung der Persönlichkeitsrechte konsequent geahndet werden. Das Fotografieren von Gegendemonstranten bei Nazidemos muss durch eine Auflage verboten werden. Die Polizei muss bei Verstößen dafür Sorge tragen, dass Fotos unmittelbar gelöscht werden.

Antrag 96/II/2012

Jusos Berlin

Rassismus und Sozialchauvinismus Hand in Hand in der Krise – Rechtspopulismus bekämpfen!

In der Krise: Rechtspopulismus in Europa

Ressentiments in der Krise stark

In ganz Europa formieren sich Rechtspopulist_innen aller Art. Rassismus, Nationalismus und Sozialchauvinismus befinden sich im Aufwind. Gerade in der Zeit einer massiven kapitalistischen Krise können Rechtspopulist_innen an solche Ressentiments und an nationalistisches Konkurrenzdenken anknüpfen, um ihre eigene Propaganda zu verbreiten. So ist in der Bundesrepublik Deutschland zurzeit verbreitet, südeuropäische Länder als „faule Südländer“ abzuwerten und „sich selbst“ als vermeintlich fleißiger aufzuwerten. Die komplexen wirtschaftlichen Zusammenhänge werden rigoros ausgeblendet. Stattdessen werden Feindbilder aufgebaut. Unterschiedlichste Menschen werden zu Gruppen erklärt, die als „Sündenböcke“ stigmatisiert werden. In Südosteuropa – aber auch in allen anderen Regionen – sind es vor allem die die Sinti_ze und Rom_nia, die teilweise systematisch verfolgt werden. Längst gab es Pogrome. In Ungarn beispielsweise wird Antisemitismus öffentlich ausgelebt. Besonders stark sind in ganz Europa Muslim_as betroffen. Gegen sie wird das Bild eines „christlichen Abend-

Antrag 96/II/2012

Überweisung an PG Rechtsextremismus

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

lands“ aus homogenen Nationalstaaten entworfen. Organisationen wie die „English Defence League“ oder die „Bürgerbewegung Pax Europa“ und Einzelpersonen wie Patrik Brinkmann sind europaweit aktiv und bauen ein wachsendes Netzwerk auf.

Die Gefahr eines muslimischen Feindbilds

Sie konstruieren eine Bedrohung Europas durch den Islam. In der alten Tradition des Schreckensbildes der „Türk_innen vor Wien“, von Sozialdarwinismus und Eugenik schreiben sie in ihrem – antimuslimisch ausgerichteten – Rassismus allen Muslim_innen zu, dass sie viele Kinder bekämen, um Europa zu islamisieren. Welche große Anziehungskraft solcher Rassismus hat, der Muslima_s eine Andersartigkeit und geringere „Intelligenz“ zuspricht, hat Thilo Sarrazin (SPD) mit seinem Buch und seinen rassistischen und rechtspopulistischen Äußerungen bewiesen. Eine Reihe an Kleinstparteien, die aber schon regionale Erfolge erzielen konnten, versuchen das Potenzial zu nutzen: In Deutschland ist es vor allem die selbst ernannte Pro-Bewegung und die Partei „Die Freiheit“. Daneben gibt es lokale Initiativen, die sich zum Beispiel bei Anti-Moschee-Protesten formiert hatten. So konnte auch „Pro Köln“, „Pro NRW“ und „Bürger in Wut“ (Bremerhaven) Wahlerfolge feiern. Die Schill-Partei hat ebenfalls für bundesweite Furore gesorgt, obwohl sie nur in Hamburg verortet war. Aber auch im Internet bilden sich Plattformen wie „Politically Incorrect“ oder „Blaue Narzisse“, die sich den Themen verstärkt annehmen. In ganz Europa konnten Parteien wie beispielsweise Vlaams Belang, Lega Nord, FPÖ, SVP, Fidesz oder Front National Erfolge einfahren und Rassismus betreiben sowie weiter schüren. Personen wie Geert Wilders oder Jörg Haider haben bzw. hatten europaweite Bekanntheit erreicht.

Rechtsruck in der Gesellschaft verhindern

Dass der Weg von dieser Brandstiftung zur Gewalt nicht weit ist, haben uns die grausamen Anschläge in Oslo und Utoya 2011 gezeigt. Sie waren das Resultat des rassistischen, antiliberalen Hasses, den der Massenmörder Breivik in der rechtspopulistischen Fremskrittspartiet und durch die English Defence League herausbildete. Gerade alltägliche Gewalt ist ein massives Problem. Selbst Kleinstparteien können, indem sie gezielt Ressentiments ansprechen und die Unsicherheiten nutzen, einen Rechtsruck in der Gesellschaft und innerhalb der etablierten Parteien erreichen. Deshalb dürfen rechtspopulistische Bestrebungen nirgendwo unterschätzt werden. Ignorieren ist für uns keine Option! Wir müssen den Vormarsch rechtspopulistischer Tendenzen frühzeitig aufhalten! Wir müssen ihnen unsere Konzepte und Ideen eines weltoffenen Europas und einer solidarischen Welt entgensetzen!

Das gefährliche Konzept Rechtspopulismus

Ungleichwertigkeitsdenken von Menschen niemals akzeptieren

Rechtspopulist_innen verweisen im hohen Maße auf die Meinungsfreiheit und möchten sich als „Tabubrecher_innen“ inszenieren, indem sie behaupten nur unterdrückte „Wahrheiten“ auszusprechen – dabei betreiben sie nichts anderes als rassistische Hetze. Populismus ist die vereinfachte Darstellung komplexer gesellschaftlicher Probleme und in allen politischen Lagern zu finden. Aber immer ist er reaktionär. Populismus ist ein umfassendes Politikkonzept und viel mehr als ein Politikstil. Das „Volk“ ist der

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Fixpunkt solcher völkisch-nationalistisch aufgeladenen Politik. Unter „Volk“ verstehen Populist_innen ein ethnisch homogenes Volk, das sich nach außen abgrenzt. Dieses Außen wird in ihrer Sicht von vermeintlich korrupten, (linken) Politiker_innen bedroht. Deren Instrumente seien wahlweise eine linke Meinungsdictatur, die Europäische Union, die Multi-kulti-Idee oder durch den islamischen Glauben. So richten sich Populist_innen gegen Verfechter_innen der für alle offenen Gesellschaft. Sie werden diffamiert und als „die da oben“ gebrandmarkt.

Rechtspopulismen richten sich gegen alle liberalen, sozialistischen und kommunistischen Politikansätze. Soziale Konflikte werden kulturalisiert, ethnisiert und biologisiert. Ganz im Sinne des klassischen Rassismus werden Gruppen Eigenschaften zugeschrieben, um sie abzuwerten. Sie werden also stigmatisiert, um die eigene konstruierte Gruppe aufzuwerten. Dabei ist es unerheblich, ob die Gruppenzugehörigkeit am äußeren Erscheinungsbild oder der Religion festgemacht wird. Dieses Ungleichwertigkeitsverständnis macht es für sie dann leicht Menschen sozialchauvinistisch nach „Nützlichkeit“ einzustufen, wie es Thilo Sarrazin exemplarisch demonstriert hat. Nicht selten werden Menschen dann als „Schmarozer“, „asozial“ oder „arbeitscheu“ betitelt. Ganze Gruppen werden kurzerhand als generell kriminell erklärt. Die Religion Islam wird als homogen angesehen und eine neue ethnische Gruppe, die „Muslim_innen“, konstruiert die als Sündenbock für Probleme dient. „Mein Kampf“ und Koran, „der Islam“ und Terrorismus werden gleichgesetzt. Die Gruppe gilt so als „unregierbar“. Ihre vermeintliche Islamkritik richtet sich gegen alle Migrant_innen und ist bereits im Kern rassistisch. Das Bild der angeblichen Islamisierung entspricht dem Muster der „Überfremdungs“-Rhetorik, die in neonazistischen Kreisen permanent eingesetzt wird.

Wir werden solche Positionen klar als das benennen, was sie sind: purer Rassismus, purer Sozialchauvinismus. (Den Begriff „Populismus“ mit dem Zusatz „Rechts-“ zu versehen, ist ein Kompromiss, um seine Stoßrichtung offenzulegen, aber wäre analytisch nicht zwingend nötig.)

Instrumente kennen und benennen

Rechtspopulismus schürt nicht nur menschenfeindliche Ideologie, sondern dockt gleichermaßen an sie an. Antisemitismus, Nationalismus, Sozialchauvinismus, Antiziganismus Rassismus und Sexismus sind weit in der Gesellschaft verbreitet. Auf diesem Nährboden können sich populistische Politikansätze schnell verankern.

Ein zentrales Instrument populistischer Politik ist der Kampf um die Sprache. Sie erschafft solche vorhandenen Einstellungen, bringt sie hervor und bestätigt sie. Bewusste und unbewusste Stigmatisierungen verfestigen so die Einstellungsmuster.

Rechtspopulismus ist ein Kampf gegen seine Gegner_innen. Sie werden psychisch unter Druck gesetzt. Ein Instrument sind Massenklagen gegen Einzelpersonen, um ein vermeintliches öffentliches Interesse an einer angeblichen Straftat zu generieren. Die Freiheit organisierte 2011 eine Massenklage wegen eines Aufklebers, auf dem die rassistische Partei auch als rassistisch bezeichnet wurde. Das Onlineportal „Nürnberg 2.0“, das im Umfeld von PI-News entstanden ist, sammelt Anschrift und „Tatbestände“ von Menschen, die sich der „Islamisierung Deutschlands“ und des „Linksfaschismus“ schuldig gemacht haben sollen. Den Angeklagten aus Politik, Medien, Wissenschaft soll ein neuer Nürnberger Prozess gemacht werden. Unter ihnen finden sich auch viele Sozialdemokrat_innen wieder wie Fran-

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

ziska Drohsel, Lale Akgün und Sigmar Gabriel. Der Kampf gegen die Gegner_innen und der Kampf um die Sprache finden häufig online statt, überwiegend in Weblogs und Foren.

Rechtspopulismus ist ein „Kampf um die Straße“. Insbesondere „Pro-Deutschland“ wendet diese originär nazistische Strategie an und versucht mit einer Vielzahl an Kleinstkundgebungen zu provozieren. Auch werden dabei Angsträume geschaffen, so gab es 2011 in Berlin einen Angriff von zwei „ProDeutschland“-Wahlkämpfern auf einen Migranten und eine Polizei-streife.

Populismus ist aber auch ein Kampf um Wähler_innenstimmen. Rechtspopulist_innen versuchen also gezielt Emotionen, Vorurteile und Ängste anzusprechen und neue zu konstruieren, um so ihre Zielgruppe zu erreichen. Viele Rechtspopulist_innen starten damit einen neuen Versuch, weil viele von ihnen schon vorher in Parteien wie der NPD, DVU, REP, „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ etc. waren oder sich in national-konservativen Kreisen bewegt hatten. Sie versuchen nun mit dem Rechtspopulismus neue Wähler_innengruppen im konservativen Milieu zu aktivieren. So nimmt er eine Brückenfunktion zwischen Konservatismus und Neonazismus ein. So wird auch nazistische Ideologie im konservativen Lager hoffähig gemacht. Ein Beispiel für eine solche Brückenkopfstellung ist die „Junge Freiheit“. Wir werden uns nicht auf Diskussionen in dem von ihnen gesetzten rassistischen Rahmen einlassen, weil das bereits ihr erster Erfolg wäre. Die wichtigen Debatten um eine schrankenfreie Migration und einen menschenwürdigen Sozialstaat werden wir führen, aber niemals Rassist_innen darin einen Platz zugestehen.

Die Gefahren des Rechtspopulismus aufdecken

Ausgrenzung mit neuem Anstrich

Warum ist die Gefahr für die Gesellschaft durch den Rechtspopulismus so hoch? Rechtspopulismus ist eine aggressive Weltanschauung. Sie legt das Fundament für neonazistische Propaganda und Machtübernahmen. Sie legitimiert Angriffe und Übergriffe. Rechtspopulist_innen teilen mit Neonazis das gleiche Ausgrenzungssystem. Sie teilen auch viele ähnliche Grundüberzeugungen, vor allem im Bereich Rassismus. Der Rechtspopulismus ist de facto nur eine Form der gleichen menschenverachtenden Ideologie. Es gibt aber klare Bruchstellen. Rechtspopulistische Bewegungen geben sich in der Regel klar proeuropäisch (in einem „Europa der Nationen“) anstatt antieuropäisch. Sie grenzen sich auch deutlich vom Antisemitismus ab und verurteilen in der Regel nationalsozialistische Verbrechen und neonazistische Gewaltakte. Sie verstehen sich dabei als „antiextremistisch“. Aber sie fordern einen Schlusstrich und ein neues Nationalbewusstsein ein. Zum Teil wird sogar die vermeintlich vorbildliche Aufarbeitung als Argument für nationale Überlegenheit verwendet. Sie hängen den „Wir-gegen-die-Anderen“-Denken, was wir bekämpfen, an - ebenso einem autoritären Staatsverständnis: Wenn sie von „Sicherheit und Ordnung“ sprechen, meinen sie alternative Lebenskonzepte oder etikettieren Menschen mit Migrationsgeschichte pauschal als kriminell. Das Anliegen „Sicherheit und Ordnung“ wird rassistisch und antipluralistisch genutzt. Rechtspopulist_innen versuchen sich ein seriöses Image zu geben. Dennoch sind sie mit Neonazis zum Teil vernetzt – auch europaweit.

Mit Kampagnen versuchen, sie politische Debatten aufzugreifen und besonders anschlussfähig an bestehende Ressentiments zu sein. Dabei ver-

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

meiden sie als Partei aufzutreten, sondern suggerieren wie die selbsternannte Pro-Bewegung eine „Bürgerbewegung“ zu sein. So können sie den vermeintlichen Dualismus zwischen „Volk“ und „politischer Klasse“ besser aufrechterhalten. Hier offenbart sich, dass sie antidemokratisch ausgerichtet sind. Auch betonen sie mehr die kulturalistische statt die biologistische Begründung ihres Rassismus. Dabei ist beispielsweise die „Freiheit“ noch zurückhaltender als „ProDeutschland“. Beispielsweise beziehen sie sich zwar positiv auf den Staat Israel, aber instrumentalisieren ihre Pseudo-Israelolidarität für ihren Kulturkampf gegen den Islam und spielen so den Staat Israel als eine Art Vorbastion eines angeblichen christlich-jüdischen Abendlandes gegen arabische Länder aus. Alle ihre Aktivitäten zielen auf die schon bestehenden rassistischen Stereotype – auf den Alltagsrassismus. Auch Begriffe wie „unnützlich“ oder „integrationsunwillig“ in aktuellen Debatten stehen dafür. Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung belegen immer wieder, wie stark gefährliche Einstellungen in der Gesellschaft verbreitet sind. Wenn rechtspopulistische Parteien noch emanzipatorische Positionen im Umgang mit Frauenrechten und Homosexualität vortäuschen, um ihren Rassismus zu transportieren, werden sie leicht unterschätzt. Es handelt sich hier um eine Form von Homonationalismus, bei dem Homorechte im „progressiven“ Westen (wo Homorechte immer noch hart erkämpft werden müssen) dem angeblich viel homophoberen Islam gegenübergestellt. Beim Eintreten für Frauenrechte wird analog dazu die Diskriminierung von Frauen in westlichen Ländern verneint und dies der Frauendiskriminierung in muslimisch geprägten Ländern gegenübergestellt. Wir müssen diesen Gefahren für unsere Demokratie entgegentreten!

Gefahr der politischen Brandstiftung – Gewalt ist schon alltäglich

Die Ermittlungen rund um die Morde des „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“ haben die rassistischen Einstellungen in Behörden und den Medien offengelegt. Genauso mahnen uns die Pogrome am Anfang der 1990er – wie 1992 Rostock-Lichtenhagen –, wie nahe die Gefahren sind. Die Reihe an Vorfällen einschließlich vieler Morde haben sich bis heute fortgesetzt. Antisemitische, rassistische und homophobe Vorfälle sind alltäglich. Die zugrundeliegenden Einstellungen können, wie nicht nur Thilo Sarrazin gezeigt hat, selbst in großen Parteien präsent sein. Wenn Horst Seehofer als Ministerpräsident von Bayern davon spricht, die Sozialsysteme „bis zur letzten Patrone“ vor Migrant_innen zu verteidigen, ist Rassismus auf der politischen Entscheidungsebene angekommen. Die SPD befindet sich als Partei, die Thilo Sarrazin in ihren Reihen duldet und bisher nur zögerlich ähnlichen menschenfeindlichen Positionen widerspricht, in der Verantwortung. Wir erinnern sie daran!

Rechtspopulist_innen klar brandmarken

Rechtspopulistische Parteien werden wir nicht als temporäre „Protestpartei“ abhaken. Sie hierarchisieren Menschen und werten Gruppen ab. Gerade in Krisen verweisen sie auf vermeintliche Schuldige, die sie ausgrenzen möchten. Dabei nutzen sie die schwache Position von Menschen mit Migrationsgeschichte. Rechtspopulist_innen versuchen, so einfache Antworten in der Krise zu geben. Sie bedienen sich der langen rassistischen, antisemitischen und homophoben Traditionen. Es ist folglich eine die ganze Gesellschaft umfassende Aufgabe, den Rechtspopulismus zu bekämpfen. Der Protest ist dadurch, dass Rechtspopulist_innen die Meinungsfreiheit gezielt nutzen, an liberale Positionen appellieren und weil sie an starke

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

gesellschaftliche Einstellungen anknüpfen können, nicht leicht. Auch ist der Populismus-Terminus noch unscharf und er wird häufig instrumentalisiert. Wir werden jeder Form des Rechtspopulismus einen klaren Stempel aufdrücken und dafür kämpfen, dass er gesellschaftlich geächtet wird. Erst dann ist es möglich viele Menschen dazu zu bewegen, sich allen rechtspopulistischen Tendenzen in den Weg zu stellen – wie es gegen Neonazis mit den Blockaden des Bündnisses „Dresden stellt sich quer – nazifrei!“ schon teilweise der Fall ist.

Entschlossen Handeln überall

Eine Grundvoraussetzung für das effiziente Handeln ist es, das Problem des Rechtspopulismus in seiner Spezifität wahrzunehmen, treffend zu beschreiben und klar zu benennen. Eine Pauschaleinordnung kann kontraproduktiv sein und bekannte Mittel gegen Neonazis könnten einfach verpuffen. Wir dürfen aber auf keinen Fall zögern und unsere vielfältigen Möglichkeiten ungenutzt zu lassen.

Aufklären, Sensibilisieren und Dekonstruieren

Alle Akteur_innen ob Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen oder staatliche Stellen müssen bestmöglich über die rechtspopulistische Tendenzen informieren. Ein breites öffentliches Bewusstsein für das Problem ist nötig. Es muss sensibilisiert werden. Die Aufklärungsarbeit gegen Rechtspopulismus muss Teil der politischen Bildung in Schulen und darüber hinaus werden. Zu einer kritischen politischen Bildung gehört es zu befähigen, die Stereotype zu dekonstruieren, die Rechtspopulist_innen nutzen möchten.

Parteien in der Pflicht

Wir werden auf allen Ebenen konsequent gegen Rechtspopulist_innen aktiv werden – dazu gehört auch unsere eigene Partei, die SPD. Auch wenn Thilo Sarrazin immer noch Mitglied der SPD sein darf, muss die SPD in Form einer Kampagne innerhalb der eigenen Partei gegen Ressentiments aller Art, die alle in ihr existieren, arbeiten. Wir müssen als Sozialdemokratie uns selbst mit ihnen auseinandersetzen und sensibilisieren. Ebenso wichtig ist es in den anstehenden Wahlkämpfen klare Positionen gegen Rechtspopulismus und ihre Forderungen zu beziehen. Jede_r ist in der Pflicht klar Position zu beziehen. Dazu gehört es in der eigenen Programmatik die Ursachen der Krise anzugehen und ein Konzept für eine solidarische Gesellschaft vorzulegen, in der die Partizipation aller ermöglicht wird. Dazu zählt auch sich mit allen unseren europäischen Partner_innen für ein solidarisches Europa einzusetzen. Wir müssen uns klar zu einer freien Migration und Vielfalt bekennen. Gleichzeitig müssen die Ängste, die den Rassismus erstarken lassen, angegangen werden - besonders die häufigen sozialen Probleme. Wir müssen Alternativen entwickeln und anbieten.

Zivilgesellschaft stärken

Als Jusos und als SPD müssen wir uns unserer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sein und uns aktiv in antirassistische Initiativen sowie Projekte einbringen. Wir werden uns auch an Bündnissen beteiligen, die einen breiten gegen Rassismus gerichteten Protest organisieren wollen. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass gegen jede Unterdrückung im Bündnis gekämpft wird. Wenn es notwendig ist – wie beispielsweise bei dem Konflikt zwischen Salafisten und „ProDeutschland“, dann beziehen wir klar

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Stellung gegenüber anderen Ausgrenzungsversuchen – wie durch den religiösen Fundamentalismus. Der Protest muss gezielt sein: Je nach Anlass kann eine öffentliche Erklärung, eine Informationsveranstaltung, der Besuch eines symbolischen Ortes, eine Mahnwache, eine Kundgebung, ein Festival, eine Demonstration oder eine andere Form die beste Antwort sein. Hierbei sind aber vor allem langfristige und effektive Kampagnen gegen Rechtspopulismus unser Weg. Dabei werden wir uns klar und so deutlich wie möglich in der Öffentlichkeit positionieren. Der digitale Raum des Internets, das lange eine untergeordnete Rolle gespielt hat, muss dabei einbezogen werden. Im World-Wide-Web dürfen keine ungestörten Räume für Rassismus entstehen. Es gelten die gleichen Devisen: Den Rechtspopulist_innen darf kein Platz gegeben werden, sich zu inszenieren. Das kann beispielsweise heißen, ihnen mithilfe von Blockaden den Zugang zu öffentlichen Gebäuden zu verwehren.

Unterstützung der Regierungen und Parlamente sind gefragt

Die SPD fordern wir auf, überall wo sie in Regierungsverantwortung ist, entsprechende antirassistische Initiativen und Projekte, die einen Beitrag zur Bekämpfung des Rechtspopulismus leisten können, massiv zu unterstützen und sie beispielsweise über Landesprogramme zu stärken. Auch regionale Gesprächskreise mit engagierten und betroffene Organisationen sowie Menschen, die Strategien entwickeln und anschließend in ihren Arbeitsfeldern umsetzen, eröffnen kommunalpolitisch Handlungsmöglichkeiten. Auf allen Ebenen müssen politische Verantwortliche mit rassistischen, diffamierenden Hetze Betroffene sich öffentlich solidarisieren. Sollten es Rechtspopulist_innen doch in Parlamente schaffen, ist eine Zusammenarbeit egal in welcher Form kategorisch ausgeschlossen – auch wenn schon etablierte Parteien auf einen rechtspopulistischen Kurs einschwenken. Ein Verfahren wie der „Schweriner Weg“ und „Berliner Konsens“ muss angestrebt werden, auch wenn es vor allem viel gesellschaftliches Engagement darüber hinaus braucht.

Für einen solidarische Gesellschaft – ein breiter Konsens gegen Rassismus

Wir werden uns entschieden allen aufkommenden rechtspopulistischen Tendenzen frühzeitig in den Weg stellen! Wir streiten für eine solidarische und demokratische Gesellschaft! Rassismus und Sozialchauvinismus hat keinen Platz – weder in der SPD noch sonstwo!

Antrag 97/II/2012

KDV Charlottenburg-Wilmersdorf

Anerkennung der Opfer rechter Gewalt

Wir fordern den Berliner Senat auf, eine Reform des Definitionssystem „politisch motivierte Kriminalität“ bundesweit zu erwirken und im Land Berlin soweit möglich vorab einseitige Verfahrenskorrekturen vorzunehmen, das heißt:

eine präzisere Definition im Erfassungskatalog, bspw. wann eine rechte Deliktsqualität vorhanden ist eine grundsätzliche Prüfung aller Gewalttaten, insbesondere Todesfälle hinsichtlich rechter Tatmotive, hinsichtlich der Gruppenzugehörigkeit des Opfers, diskriminierende Beleidigungen der Täter_innen im Umfeld der Tat, angebrachte Graffitis, symbolische Tatbegehungen an bestimmten Tatorten oder Jahrestagen etc. die grundsätzliche Erfassung der Tateinschätzung der Tatopfer, ob sie Opfer rechtsradika-

Antrag 97/II/2012

Überweisung an FA III - Innen- und Rechtspolitik

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

ler oder rassistischer Gewalt geworden sind eine Änderung vom System der Eingangsstatistik hin zu einer Erfassung zu einem späteren Ermittlungsstand eine regelmäßige Korrektur der Berichte in deutlichem zeitlichen Abstand, sodass auch die Ergebnisse der abschließenden Gerichtsurteile berücksichtigt werden

Wir fordern den Berliner Senat auf, ein Programm aufzustellen zur weiteren Sensibilisierung der Polizei in Bezug auf Rassismus, rechte Gewalt und Diskriminierung.

Wir fordern die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, eine Initiative zu ergreifen zur vorläufigen, einseitigen und politischen Anerkennung der 12 Berliner Todesopfer durch das Land Berlin.

Antrag 98/II/2012 **Jusos Berlin**

Anerkennung der Opfer rechter Gewalt

Mindestens 182 Todesopfer rechter Gewalt gab es in Deutschland seit der Wiedervereinigung 1990, davon allein 12 in Berlin. Dies ergibt die zivilgesellschaftliche Zählung der Amadeu-Antonio-Stiftung, des Tagesspiegels und anderen. Nur 58 von ihnen werden von der Bundesregierung anerkannt. Von den Berliner Todesopfern werden von der Bundesregierung und vom Berliner Senat nur zwei anerkannt: Nguyêñ Van Tu und Silvio Meier (beide 1992 ermordet).

Dieser Unterschied ergibt sich vor allem daraus, dass staatliche Stellen (im Gegensatz zu den 1990er Jahren) nur noch solche Fälle zählen, die im polizeilichen Definitionssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ erfasst wurden. Hierin werden u.a. Straftaten erfasst, die „gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht“.

Es spielt also keine Rolle, ob die Täter_innen Neonazis sind oder eine sonstige rechte Gesinnung haben, sondern ob sie in diesem System polizeilich erfasst wurden. Das aktuelle Erfassungssystem führt daher in der Praxis zu einigen Schwierigkeiten. Zunächst ist die Definition der „Politisch motivierte Kriminalität“ zwar insofern als Fortschritt zu werten, als dass ein Handlungsinstrument zur Bewertung rechter Kriminalität geschaffen wurde, was es in der Form zuvor nicht gab. Doch mit einer fortschrittlichen Antidiskriminierungspolitik ist sie nicht vereinbar, da sie sich auf fragwürdige Begriffe wie „Volkszugehörigkeit“ und „Rasse“ bezieht, anstatt das Problem des Rassismus zu benennen. Die Tat kann auch nur dann als „politisch motiviert – rechts“ eingeordnet werden, wenn etwa eine „Deliktsqualität“, eine „internationale Dimension der Tat“ oder eine „extremistische Ausprägung“ zugrunde liegen. Da die polizeiliche Statistik als Eingangssystem konzipiert ist, muss sie gleich zu Beginn der Ermittlungen gemeldet werden. Das ist durchaus ein Problem: Denn die Einordnung hängt so von der subjektiven Beurteilung der sachbearbeitenden Polizeibeamt_innen ab zu einem Zeitpunkt, zu dem teils noch nicht feststeht, wer der Täter_die Täterin ist. Auch die zuständigen Polizist_innen ordnen Taten nicht immer vorurteilsfrei und wertneutral ein. Später erkannte Fehler (bspw. im Gerichtsver-

Antrag 98/II/2012
Überweisung an FA III - Innen- und Rechtspolitik

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

fahren) finden häufig wegen der zeitlichen Verzögerung keinen Eingang mehr in die Statistik. Hierbei spielt auch eine Rolle, dass lokale Behörden häufig rechte Gewalt immer wieder herunterspielen, um das Ansehen ihrer Stadt nicht zu gefährden.

Ein absurdes Beispiel aus Hallstadt (Bayern): 2011 wurde ein Mensch mit Migrationsgeschichte mit beiden Händen am Hals gewürgt. Als er sich befreien konnte, rief der Angreifer: „So was wie ihr gehört vergast!“ – Die Staatsanwaltschaft führt den Fall nicht als politisch motivierte Kriminalität, sondern als „sonstige Kriminalität“, weil das Würgen an sich nicht als politisch motiviert bewertet wurde.

Ein absurdes Beispiel aus Berlin-Lichtenberg: 2010 wurde Frau V., die in ihrem Auto in der Herzbergstraße fuhr, rassistisch beleidigt, aus ihrem Auto gezerrt und angegriffen. Sie musste anschließend im Krankenhaus behandelt werden. Die von ihr gerufene Polizei befragte alle, auch die Täterin – nur nicht das Opfer. Frau V. war sicher, dass all dies aufgrund ihrer Herkunft geschah. Die Tat wurde nicht als rechts motiviert erfasst.

Ein absurdes Beispiel aus Berlin-Charlottenburg: Der wohnungslose Kunstmaler Günter Schwannecke wurde 1992 von einem polizeilich bekannten Skinhead, Neonazi und KuKluxKlan-Aktivisten, Norman Z., mit einem Baseballschläger erschlagen, weil sich Schwannecke eingemischt hatte, als Z. und ein weiterer Neonazi Menschen mit Migrationsgeschichte rassistisch beleidigten. Im Gerichtsprozess wurde mündlich klargestellt, dass die Tat wegen der „latenten rassistischen Gesinnung“ des Täters beruhte, so berichtete es damals die Berliner Zeitung. Der Senator Henkel (CDU) stellte Anfang 2012 fest: „Das Gericht erkannte zu keinem Zeitpunkt ein politisches Motiv, sondern stellte fest, dass es dem Täter ausschließlich um die Lust an Gewaltanwendung gegangen ist. Es handelt sich insofern nicht um eine Tat des Phänomenbereiches PMK – rechts.“

Das Erfassungssystem „Politisch motivierte Kriminalität“ führt zu einer Unsichtbar-Machung von rechter und rassistischer Gewalt. Dies ist ein politischer Skandal – der behoben werden kann!

Wir fordern den Berliner Senat auf, eine Reform des Definitionssystem „politisch motivierte Kriminalität“ bundesweit zu erwirken und im Land Berlin soweit möglich vorab einseitige Verfahrenskorrekturen vorzunehmen, das heißt:

- eine präzisere Definition im Erfassungskatalog, bspw. wann eine rechte Deliktsqualität vorhanden ist
- eine grundsätzliche Prüfung aller Gewalttaten, insbesondere Todesfälle hinsichtlich rechter Tatmotive, hinsichtlich der Gruppenzugehörigkeit des Opfers, diskriminierende Beleidigungen der Täter_innen im Umfeld der Tat, angebrachte Graffitis, symbolische Tatbegehungen an bestimmten Tatorten oder Jahrestagen etc.
- die grundsätzliche Erfassung der Tateinschätzung der Tatopfer, ob sie Opfer rechtsradikaler oder rassistischer Gewalt geworden sind
- eine Änderung vom System der Eingangsstatistik hin zu einer Erfassung zu einem späteren Ermittlungsstand
- eine regelmäßige Korrektur der Berichte in deutlichem zeitlichen Abstand, sodass auch die Ergebnisse der abschließenden Gerichtsurteile berücksichtigt werden

Wir fordern den Berliner Senat auf, ein Programm aufzustellen zur weiteren Sensibilisierung der Polizei in Bezug auf Rassismus, rechte Gewalt und

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Diskriminierung. In diesem Programm muss die Kompetenz seine eigene subjektive Sicht reflektieren zu können, eine zentrale Rolle einnehmen.

Wir fordern die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf, eine Initiative zu ergreifen zur vorläufigen, einseitigen und politischen Anerkennung der 12 Berliner Todesopfer durch das Land Berlin.

SOZIALES

Antrag 101/II/2012

Abt. 13 | Pankow

KDV Pankow

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird aufgefordert, bei der Aufstellung des Landeshaushalts eine ausreichende Finanzierung für alle Bezirke vorzusehen, um eine bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung mit Angeboten für Senioren zum Beispiel in Mehrgenerationenhäusern und Begegnungsstätten zu ermöglichen und keine weiteren Einsparungen im sozialen Bereich vorzunehmen.

Antrag 102/II/2012

Abt. 13 | Pankow

Der Bundesparteitag möge beschließen

Änderung § 82 SGB XII

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die SPD Bundestagsfraktion auf,

- die Vorschrift des § 82 SGB XII zu ändern.
- Einkommen für Bezieher von Transferleistungen nach §82 SGBXII erhalten mindestens den gleichen Freibetrag bei der Berechnung des Hinzuverdienstes wie Bezieher von Transferleistungen nach dem SGB II.

Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses wird aufgefordert, die Änderung des § 82 SGB XII durch eine Bundesratsinitiative einzuleiten.

Antrag 103/II/2012

Abt. 11 | Spandau

Der Parteikonvent möge beschließen:

In dem rentenpolitischen Antrag des Parteivorstands an den Parteikonvent vom 24. September soll am Ende des 4. Absatzes nach „...jahrzehntelanger harter Arbeit“ eingefügt werden:

„Wir bleiben dabei: Der für das Jahr 2012 vorgesehene Einstieg in die Erhöhung

der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre ist auszusetzen, weil die Voraussetzungen für die Erhöhung gegenwärtig nicht gegeben sind. Ein Einstieg in die Anhebung des

Renteneintrittsalters ist erst dann möglich, wenn die rentennahen Jahrgänge, also die 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mindestens zu 50 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.“

[entspricht der Formulierung des BPT Dezember 2011]

Antrag 101/II/2012

Überweisung an AH-Fraktion

Antrag 102/II/2012

Überweisung an AH-Fraktion

Antrag 103/II/2012

Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Antrag 104/II/2012

Abt. 11 | Spandau

Der Parteikonvent möge beschließen:

In dem rentenpolitischen Antrag des Parteivorstands an den Parteikonvent vom 24. September soll im vorletzten Absatz, 4. Zeile nach „...für das Jahr 2030 auf 44,76 Prozent“ heißen:

„Für die Sozialdemokratie aber gilt: Wer sein Leben lang arbeitet und sich mit seinen Beiträgen an der solidarischen Umlagefinanzierung der Rente beteiligt, muss darüber auch einen Anspruch auf eine armutsfeste Rente erwerben. Deshalb halten wir am Rentenniveau von 51% fest.“

Antrag 105/II/2012

AG 60 plus

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Riester-Rente / Bestandsschutz

Bei der Neugestaltung bzw. Überarbeitung der Riester-Rente ist ein Bestandsschutz der bestehenden Verträge sicherzustellen.

Die Sicherstellung der staatlichen Bezuschussung der bestehenden Verträge soll im SPD-Wahlprogramm 2012 niedergeschrieben werden.

Antrag 107/II/2012

AG 60 plus

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Zur nächsten Bundestagswahl wird die SPD ein in sich schlüssiges Programm beschließen, wie

1. das immer stärker werdende Auseinanderdriften der Einkommen eingedämmt und auf ein sozial verträgliches, mit der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung vereinbares Maß zurückzuführen ist. Fehlentwicklungen, wie die geringe Besteuerung von Kapitaleinkommen und die Realeinkommensverluste unterer Lohneinkommensgruppen aufgrund u. a. der inflationsbedingten Steuerprogression, müssen beseitigt werden; der Anhäufung übergroßer ererbter Vermögen bei einem prozentual immer kleiner werdenden Bevölkerungsanteil ist entgegenzusteuern.
2. die drohende Altersarmut einer immer größer werdenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern abzuwenden ist. Dies erfordert u. a., die Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt so zu ändern, dass prekäre Arbeitsverhältnisse verhindert werden und auskömmliche Mindestlöhne gewährleistet sind. Alle Einkommensbezieher müssen in solidarischer Weise entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zur Finanzierung einer das altersgerechte Existenzminimum absichernden Rente und eines menschenwürdigen Pflegesystems beitragen. Eine Bürgerversicherung, die für alle das Risiko von Krankheit, die Grundsicherung im Alter und das Pflegerisiko abdeckt, entspricht am ehesten dem Modell einer menschenwürdigen und solidarischen Gesellschaft.

Antrag 104/II/2012

Annahme

Antrag 105/II/2012

Annahme

Antrag 107/II/2012

Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Antrag 109/II/2012 AG Migration

Besonderheiten der russischen Rente bei der Grundsicherung berücksichtigen

Die SPD-Mitglieder des Senates und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Berliner Jobcenter bei der Berechnung des Grundsicherungsanspruchs für Einwanderinnen und Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion, der mit der russischen Rente erworbene Anspruch auf Zuzahlung für Kriegsversehrte und Zuzahlung für Überlebende der Blockade von Leningrad nicht angerechnet wird und damit dem Beispiel von Hessen und Sachsen-Anhalt zu folgen.

Antrag 111/II/2012 AG 60 plus

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Haushaltsnahe Dienstleistungen

Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, eine dauerhafte Sicherstellung von haushaltsnahen Dienstleistungen (Dübeln, Gardinenaufhängung, Lampe einschrauben) im SGB XII vorzusehen. Dabei ist auch eine Möglichkeit zu schaffen, dass unter Umständen eine materielle Hilfe geleistet werden kann.

UMWELT

Antrag 121/II/2012 FA X - Natur, Energie, Umweltschutz

Förderung des integrierten Umweltschutzes muss auch in der nächsten EU-Strukturfonds-Förderperiode 2014-2020 weiter möglich sein

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Berliner Senats, des Berliner Abgeordnetenhauses und des EU-Parlaments werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass es auch in der nächsten Förderperiode 2014-2020 des EU-Strukturfonds eine Förderung der städtischen Umwelt geben wird. Es wird sehr begrüßt, dass die EU-Kommission dem Klimaschutz und der damit verbundenen CO₂-Reduktionen eine große Priorität bei der Strukturfondsförderung einräumt. Dieses darf aber nicht dazu führen, dass andere Belange des Umweltschutzes nicht mehr förderfähig sein werden, wie z.B. Natur- und Landschaftsschutz, Gewässer- und Bodenschutz, Erhalt von Grün- und Freiflächen, Immissionsschutz. Daher wird gefordert, dass das Berliner Umweltentlastungsprogramm (UEP) als EFRE-kofinanziertes Förderprogramm auch in der nächsten EU-Förderperiode fortgesetzt wird und die notwendige Unterstützung für innovative und umsetzungsorientierte Vorhaben in den Bereichen Klimaschutz, Luftreinhaltung und Lärmvermeidung, Umweltforschung, sowie Gewässer- und Bodenschutz, und Natur- und Landschaftsschutz leisten kann.

Antrag 109/II/2012 Annahme

Antrag 111/II/2012 Überweisung an Landesgruppe

Antrag 121/II/2012 Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Antrag 122/II/2012 KDV Steglitz-Zehlendorf

Keine Klärschlämme als Dünger einsetzen

Die SPD Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, die SPD Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament werden aufgefordert, die gesetz- und verordnungsmäßigen Voraussetzungen des Verbots der Nutzung von Klärschlämmen als Dünger für Nutzpflanzen unverzüglich zu schaffen.

VERKEHR

Antrag 123/II/2012 AG 60 plus

Kneeling

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bei den Autobussen der BVG weiterhin das automatische Absenken beim Ein- und Ausstieg (sog. Kneeling) uneingeschränkt gewährleistet ist.

Antrag 124/II/2012 FA X - Natur, Energie, Umweltschutz

Die Stadt zukunftsfähig machen –Luftreinhalte- und Lärmaktionsplan umsetzen

Berlin hat gute Chancen sich zu einer zukunftsfähigen Stadt zu entwickeln. Die Stadt muss in dieser Legislaturperiode diese Chancen nutzen und dafür die Weichen stellen. Dabei ist das Leitbild der nachhaltigen Stadt von zentraler Bedeutung. Die Lebensqualität für die BürgerInnen in der Stadt wird entscheidend von einer intakten, urbanen Umwelt bestimmt. Für die Planung und Gestaltung der Stadt sind hier besonders die räumlichen Umweltbelastungen von Interesse, wie die Lärminderung und die Luftreinhaltung.

Um die Luftgüte, gerade in der Innenstadt nachhaltig verbessern zu können, muss insbesondere der motorisierte Verkehr reduziert werden. Aber auch technische Nachrüstungen der Fahrzeuge sind von Nöten, wie z.B. die Ausstattung der Bussen mit Stickoxidminderungssystemen und der Einbau von Russfiltern in Baumaschinen und Schiffen. Die SPD-Mitglieder des Senats und des Berliner Abgeordnetenhauses werden hiermit aufgefordert sich für eine möglichst zeitnahe Umsetzung dieser Maßnahmen einzusetzen.

Des Weiteren werden die SPD-Mitglieder des Senats und die SPD-Fraktion des Berliner Parlaments aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass für die räumliche Lärminderung die Überarbeitung des Lärminderungsplans zügig vorgebracht wird. Damit verbunden ist bis 2013 ein entsprechender Maßnahmenkatalog inklusive Durchführungsplanung und Finanzierung

Antrag 122/II/2012 Annahme

Antrag 123/II/2012 Annahme

Antrag 124/II/2012 Überweisung an AH-Fraktion

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

zu erstellen, der eine Umsetzung innerhalb dieser Legislaturperiode ermöglicht.

Sowohl bei der Luftreinhaltung wie auch bei der Lärminderung kommt dabei der Minderung des Straßenverkehrs eine vordringliche Bedeutung zu. Um die Synergien einer integrierten der Umwelt- und Verkehrspolitik erfolgreich nutzen zu können, sind folgende Maßnahmen umgehend in Angriff zu nehmen:

- Verminderung des Quell-/Zielverkehrs innerhalb des S-Bahn-Ringes,
- Umweltverträgliche Straßenraumgestaltung,
- zügige Erstellung eines Masterplans Parken mit allen Bezirken zur weiteren Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung, der in den nächsten zwei Jahren zur Umsetzung kommen wird, damit insbesondere der motorisierte Individualverkehr in der verdichteten Innenstadt eingedämmt wird,
- Umgehende Umsetzung der Radverkehrs- und Fußverkehrsstrategie, damit es zu einer nachhaltigen Stärkung des Umweltverbundes kommt und so ein wichtiger Beitrag zum Erreichen der Berliner Klimaschutzziele realisiert werden kann,
- Evaluierung der Tempo-30-Gebiete bezüglich ihrer Verkehrsminde- rungswirkung. Die Ergebnisse müssen in die Weiterentwicklung eines Tempo-30-Konzeptes einfließen, das bis zur Mitte der Legislaturperiode vorgelegt und bis Ende 2016 realisiert werden soll.
- Zur Finanzierung der Lärminderungsmaßnahmen einen konstanten Haushaltstitel, in der gleichen Größenordnung wie das Fahrradwege- programm einstellen.

Die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen ist notwendig, da Berlin sonst seine umwelt- und Verkehrspolitischen Ziele, wie z.B. im StEP Verkehr aber auch in anderen politischen Beschlüssen festgelegt worden sind, deutlich verfehlen würde. Berlin würde damit auch in einem internationalen Städteranking deutlich abfallen wo es derzeit eine federführende Position einnimmt, denn eine nachhaltige Umwelt und Verkehrspolitik gelten heute als signifikante Faktoren für die Lebensqualität einer Metropole, was durchaus auch gleichbedeutend mit der Standortqualität für wirtschaftliche Attraktivität ist, sei es für Tourismus, Creative Industries, hoch entwickelte Forschung und Entwicklung, Universitäten, Konzernrepräsentanzen usw.

Antrag 126/II/2012
KDV Charlottenburg-Wilmersdorf
Der Landesparteitag möge beschließen

Zügige Umsetzung der Radverkehrsstrategie

Der Landesparteitag kritisiert Versuche im Berliner Senat (insbesondere des Finanz- und Innensenators) die Umsetzung der Radverkehrsstrategie auszubremsen. Ziel der Berliner SPD Berlin ist es entsprechend der Koalitionsvereinbarung, Berlin auf „den weiteren Weg zu einer fahrradfreundlichen Stadt voranzubringen.“ Die SPD Mitglieder im Senat werden aufgefordert entsprechend dem Stadtentwicklungsplan Verkehr (StEP Verkehr) dafür Sorge zu tragen, dass zur verstärkten Förderung des Radverkehrs die Ausgaben auf 5 Euro je Einwohner haushaltsneutral durch Umverteilung der Erweiterungsinvestitionen des Verkehrshaushaltes zu steigern sind.

Antrag 126/II/2012
Überweisung an AH-Fraktion
Überweisung an BVV-
Fraktionsvorsitzende

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

„Für die Förderung des Fahrradverkehrs sollen u .a. auch GVFG-Mittel (bzw. Entflechtungsgesetz-Mittel) sowie EU-Fördermittel (z.B. EFRE) umverteilt werden.“ (Zitat StEP Verkehr).

Weiterhin werden die SPD Senatsmitglieder und SPD Stadträte aufgefordert, die Umsetzung der Radverkehrsstrategie gemeinsam durch ein reibungsloses Zusammenspiel der Akteure im zweigliedrigen Verwaltungssystem aus Senats- und Bezirksverwaltungen zu gewährleisten. Die Bezirksverwaltungen als Teil einer einheitlichen Berliner Verwaltung, sind personell so auszustatten, dass die Radverkehrsstrategie umgesetzt werden kann.

Antrag 127/II/2012

Jusos Berlin

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Fahrplandaten für alle

Am 17.9.2012 gaben die Deutsche Bahn und Google bekannt, dass die Fahrplandaten der DB in GoogleMaps integriert werden. Weitere Vertragsverhandlungen der DB mit den Nahverkehrsverbänden, wie z. B. auch dem VBB, stehen wohl kurz vor dem Abschluss. Die alleinige Nutzung der Daten nur durch Google kann nur ein Anfang der Visualisierung der Fahrplandaten sein. Insbesondere für nicht-kommerzielle Projekte sind diese Daten zur Verfügung zu stellen.

Wir fordern von der Deutschen Bahn weiter, dass sie nun ihre Fahrplan- und Echtzeitdaten mittels eines maschinenlesbaren Formates veröffentlicht und mindestens den nichtkommerziellen Gebrauch dieser Daten erlaubt.

Dieselbe Forderung richtet sich auch an die Nahverkehrsverbände/-unternehmen. Auch diese müssen die Fahrplan- und Echtzeitdaten im Internet zur Verfügung stellen.

Antrag 129/II/2012

KDV Steglitz-Zehlendorf

Eine Tram für den Berliner Südwesten

Wir fordern, dass der geplante Bauabschnitt der Tram vom Alexanderplatz zum Kulturforum, deren Bau noch in dieser Legislaturperiode beginnen soll, schnellstmöglich und eine Verlängerung zum Rathaus Steglitz bei der nächsten Fortschreibung des StEP-Verkehr realisiert wird.

VERSCHIEDENES

Antrag 132/II/2012

AG 60 plus

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen, die sicherstellt, dass Klinikpatienten vor ihrer Klinikentlassung mit vorgesehener Verlegung in eine RehaMaßnahme von einem/ einer Rehabilitationsmediziner/ in begutachtet werden.

Der/ die Rehabilitationsmediziner/ in legt den Zeitpunkt der Verlegung in eine Rehabilitationseinrichtung fest.

Antrag 127/II/2012

Annahme in der Fassung der AK:

Antrag 129/II/2012

Annahme in der Fassung AK

Antrag 132/II/2012

Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Antrag 133/II/2012 KDV Mitte

Grab von Eduard Bernstein als Dauer-Ehrengrab

Dem Grab von Eduard Bernstein auf dem Städtischen Friedhof in der Eissackstraße (Innsbruckerplatz) ist der Status als Dauer-Ehrengrab zurück zu geben.

Antrag 134/II/2012 Jusos Berlin

Interessenvertretung offen und transparent gestalten – Lobbyismus regulieren

Analyse:

In unserer heutigen Gesellschaft vollzieht sich Politik vor allem als Gesellschaftspolitik, an deren Willensbildungs- und Aushandlungsprozessen viele unterschiedliche Akteurinnen und Akteure mitwirken. Somit ist auch der ständige Informationsaustausch zwischen politischen EntscheidungsträgerInnen und Verbänden, Unternehmen und Vereinen als Teil unseres gesellschaftspolitischen Systems grundsätzlich positiv zu bewerten. Die Einwirkung der Zivilgesellschaft auf politische Entscheidungsprozesse ist Teil unserer Demokratie und somit für ihre Weiterentwicklung unabdingbar. Diese Möglichkeiten der Einflussnahme haben jedoch auch zur Organisation und Professionalisierung von Interessensvertretungen geführt, dem sogenannten Lobbyismus. Dieser bewegt sich zwischen legitimer und demokratischer Interessensvertretung und illegaler Einflussnahme, die bis zur Korruption reichen kann. Deshalb ist Lobbyismus differenziert zu betrachten: Einerseits sind Politikerinnen und Politiker bei der zunehmenden Komplexität der politischen Inhalte immer stärker gezwungen auf externe Erfahrungen und Informationen zurückzugreifen, andererseits stellt sich dieser Vorgang auch als Privatisierung von Politik dar, in dem Entscheidungsfindungsprozesse maßgeblich von Akteurinnen und Akteuren bestimmt werden, denen die Verfassung keine Rolle im politischen System zugewiesen hat. Hierbei kommen vor allem jenen gesellschaftlichen Gruppierungen viele Möglichkeiten der Einflussnahme zu, die entweder über gute persönliche Kontakte in das Parlament und die Verwaltung verfügen oder genug finanzielle Mittel zur Verfügung haben um professionelle LobbyistInnenbüros zu unterhalten. Diese Situation führt zu einer weiteren Verschärfung der gesellschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeit.

Was zu tun ist:

Wir Jusos fordern, dass jegliche externe Einflussnahme in Entscheidungsprozesse strikt reguliert und transparent gestaltet und somit das Risiko von Korruption innerhalb der politischen Entscheidungsmechanismen weiter minimiert wird.

Parteispenden

Beginnen müssen wir damit in den Parteien. Heutzutage ist es üblich, dass Unternehmen für Parteiveranstaltungen Sponsoring betreiben und im Gegenzug vor Ort Stände unterhalten. Dies ist unserer Meinung nach nicht nur für die Außenwirkung von Parteiveranstaltungen auf die Bevölkerung höchst schädlich, da es dazu führt, dass die Bevölkerung einen engen Zusammenhang zwischen dem Sponsoring betreibenden Unternehmen und

Antrag 133/II/2012 Annahme

Antrag 134/II/2012 Überweisung an Landesvorstand

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

der Politik der Parteien zieht. Es ist darüber hinaus generell höchst problematisch, wenn sich Parteien bei der Durchführung von Veranstaltungen in finanzieller Hinsicht von Sponsoring treibenden Unternehmen abhängig machen. Private Unternehmen haben unserer Auffassung nach deshalb bei Parteiveranstaltungen nichts zu suchen und ihre Anwesenheit dort sollte unterbunden werden. Sollten sie Parteiveranstaltungen auch ohne diese Gegenleistung finanziell unterstützen wollen, sollte dieses Engagement wie eine Parteispende behandelt und folglich veröffentlicht werden.

Die Regelungen über Parteispenden sehen wir darüber hinaus auch sehr kritisch. Auch auf diesem Gebiet fordern wir mehr Klarheit und Transparenz. Momentan müssen Parteispenden ab einer Höhe von 10 000 Euro veröffentlicht werden. Wir möchten diese Grenze auf 2000 Euro heruntersetzen.

Auch in Bundes- und in Landesparlamenten fordern wir strengere Regulierungen.

Gläserne Abgeordnete

Unser Ziel ist es, dass Abgeordnete noch detaillierter über ihre Verdienste und Tätigkeiten Auskunft erteilen. Eine freiwillige Regelung ist dabei wie in der Vergangenheit leider festgestellt nicht zielführend. Wir fordern im verfassungsmäßigen Rahmen eine vollständige Veröffentlichung aller Tätigkeiten und sämtlicher Verdienste, die über die Summe von 1000€ netto hinausgehen. Diese Informationen sollen auf den jeweiligen Webseiten der Parlamente für die Öffentlichkeit bereitgestellt werden.

LobbyistInnenregister

Um Lobbyismus besser regulieren zu können, halten wir es für unabdingbar, dass man der Öffentlichkeit einen klareren Überblick über das Ausmaß und die Auswirkungen der Tätigkeit der LobbyistInnen verschafft. Die derzeitige beim Bundestagspräsidenten angesiedelte „Öffentliche Liste der registrierten Verbände und deren Vertreter“ ist für die Schaffung von transparenten Strukturen bei der Interessenvertretung unzureichend. Die Eintragung auf dieser Liste geschieht freiwillig und ist mit keinerlei Pflichten, zum Beispiel zur Veröffentlichung von für die Lobbyarbeit aufgewendeten Mitteln, verbunden. Wir setzen uns für ein verbindliches, durch eine Ombudsstelle verwaltetes LobbyistInnenregister beim Deutschen Bundestag ein. Professionelle und ehrenamtliche InteressenvertreterInnen sollen zu einer Eintragung in das Register verpflichtet werden. Die auf der Liste eingetragenen Personen sollen zudem die Pflicht zur Offenlegung der im Rahmen ihrer Tätigkeit verwendeten (finanziellen) Mittel und eventueller Auftraggeber haben. Zusammen mit dem LobbyistInnenregister soll ein entsprechender verpflichtender Verhaltenskodex verabschiedet werden, dessen Nichtbefolgung geahndet werden kann. Wir fordern auch Landesregierungen mit SPD-Beteiligung und SPD-Landtagsfraktionen dazu auf, in ihren Bundesländern auf vergleichbare Regelungen hinzuwirken.

LobbyistInnen in der Verwaltung

Bei der Bereitstellung von Informationen darüber, wer in wessen Auftrag Lobbying betreibt darf es nicht bleiben. Auch das Wissen darum, wer an welchen Stellen Gesetze von außen beeinflusst hat, muss für BürgerInnen verfügbar sein. Deshalb soll aus Vorlagen der Exekutive künftig hervorge-

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

hen, ob und an welchen Stellen externe Beratung eingeholt wurde. Dieses so genannte ‚Footprint-Prinzip‘ soll gewährleisten, dass konkrete Fälle eines Einflusses externer InteressenvertreterInnen auf Vorlagen von Bundes- und Landesregierungen sichtbar werden.

Zu einer wirksamen Regulierung von Lobbying gehört auch, einem Missbrauch von Ämtern in Politik und Verwaltung konsequent vorzubeugen. Schon der bloße Eindruck einer Begünstigung bestimmter Interessengruppen während der Amtszeit und einer anschließenden ‚Belohnung‘ nach Ausscheiden aus dem Amt durch ebendiese Gruppen muss unbedingt vermieden werden.

Zusätzlich zu bisher geltenden Regeln zu Sperrzeiten für Beamte fordern wir eine Karenzzeit von drei Jahren für alle aus dem Amt scheidenden Mitglieder von Bundes- und Landesregierungen, Parlamentarischen StaatssekretärInnen und kommunalen Wahlbeamte. Innerhalb dieses Zeitraums sollen die ehemaligen AmtsinhaberInnen verpflichtet sein, etwaige neue Tätigkeiten anzuzeigen.

Wir begrüßen den Vorstoß der SPD-Bundestagsfraktion bezüglich dieses Themas, glauben aber, dass unsere Genossinnen und Genossen an vielen Punkten viel zu schwammig bleiben.

Nur wenn es der politischen Landschaft gelingt, sich geschlossen gegen jegliche Anbahnung von Korruption zu stellen, kann der Einfluss von mächtigen Verbänden und Unternehmen möglichst klein gehalten und viel Vertrauen innerhalb der Bevölkerung zurückgewonnen werden. Weil in diesem Fall mehr Transparenz auch mehr soziale Gerechtigkeit innerhalb des Willensbildungsprozesses bedeuten kann und somit den Kern der sozialen Idee betrifft, darf die Sozialdemokratie dieses Feld nicht anderen Parteien überlassen! Unser Anspruch an uns selbst kann somit nur sein auf diesem Gebiet mit unseren Forderungen und Konzepten eine progressive Vorreiterrolle einzunehmen.

INITIATIVANTRÄGE

INITIATIVANTRAG NR. 2 (Eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften) AG Migration und weitere

Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern: Für menschenwürdige Lebensverhältnisse im solidarischen Berlin

Der sozialdemokratischen Mitglieder im Berliner Senat und Abgeordnetenhaus werden aufgefordert:

- Es sind Sofortmaßnahmen umzusetzen, um den Zugang zu privaten Wohnungen zu fördern. Hierzu gehören neben intensiven Gesprächen auch mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen über Kautionsübernahmen, verbindliche Mietübernahmegarantien und weitere Schritte, um so die Suche nach Wohnräumen zu erleichtern.
- Bei der Akquise neuer Unterkünfte ist vom Senat für die Einhaltung von Mindeststandards Sorge zu tragen. Kleine Unterkünfte mit abgeschlossenen Wohneinheiten statt großer Sammellager sind im Falle von Eng-

INITIATIVANTRAG NR. 2 Annahme

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

pässen auf dem Wohnungsmarkt zu organisieren. Hierbei ist auf die Ausgewogenheit zwischen den Bezirken, eine menschenwürdige Gestaltung und Sicherheit zu achten: gerechte Verteilung der Plätze, eine ausreichende Wohnqualität und Infrastruktur, keine menschenfeindlichen Gruppierungen in der Umgebung. Auch die Berliner Bezirke, die bislang gar keine Plätze anbieten, müssen sich der gesellschaftlichen Verantwortung stellen.

Auch wenn es zu kleineren Sammelunterkünften kommen sollte, muss eine sozialpädagogische Betreuung gewährleistet werden. Außerdem muss durch eine gezielte Kommunikationsstrategie die Bevölkerung vor Ort, für das Themenfeld Flucht und Asyl sensibilisiert werden.

- Schulpflichtigen Kindern von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern muss der Besuch in den Regelschulen ermöglicht werden. Schule als Ort der Integration übernimmt eine wichtige Funktion für einen Dialog zwischen den Menschen. Auch die Lernerfolge im direkten Kontakt mit den deutschsprachigen Kindern sind ein Argument für die Integration in die Regelschulen. Dazu wird der Senat den betroffenen Bezirken umgehend die erforderlichen Infrastrukturhilfen zur Verfügung stellen. Dabei ist insbesondere auf eine Personaldecke, die dem Anspruch der Inklusion gerecht wird, zu achten. Die Kinder einfach in eine Regelklasse zu stecken, ohne geeignete Fördermodule, wird nicht funktionieren. Ohne eine solche Hilfe ist die gesetzliche Schulpflicht für die betroffenen Kinder nicht erfolgreich umsetzbar.

INITIATIVANTRAG NR. 4 **(Eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)** **Charlottenburg-Wilmersdorf und weitere**

Vorkaufsrecht des Senats für Aussichtsradgelände nutzen

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von Berlin werden aufgefordert, das Vorkaufsrecht des Landes Berlin für das Aussichtsradgelände am Zoo Berlin zu nutzen, um das Gelände als Erweiterungsfläche für den Wissenschaftsstandort zu sichern.

INITIATIVANTRAG NR. 5 **(Eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)** **Reinickendorf und weitere**

Einrichtung „runder Tisch Liegenschaftspolitik“

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Abgeordnetenhaus und Senat werden aufgefordert, sich für Institutionalisierung eines regelmäßig tagenden „Runder Tisch Liegenschaftspolitik“ einzusetzen.

Diese hat nur beratende Funktion wahrzunehmen.

An diesem Runden Tisch sollen Vertreter/innen aus Gesellschaft (Initiativen, Kultur, Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, Mieterverbände u.a.m.) und Politik (Abgeordnetenhaus, Bezirksverordnetenversammlungen, Senat, Bezirksämter u.a.m.) teilnehmen.

Themen sollen insbesondere sein:

- Mitbestimmung und Beteiligungsverfahren (Rat für die Räume, Dialogverfahren)

INITIATIVANTRAG NR. 4 **Annahme**

INITIATIVANTRAG NR. 5 **Annahme in der Fassung des** **Parteitages**

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

- Vergabekriterien und Vergabeinstrumente (Erbbau, Stadtrendite)
- Transparente Erfassung und Bewertung von Liegenschaften (Bestandsaufnahme, Liegenschaftskataster)
- Neuregelung des Umgangs mit Liegenschaften der Bezirke (Portfolioausschuss)
- Umgang mit Liegenschaften landeseigener Gesellschaften (auch Wohnungsbaugesellschaften)
- Einflussnahme auf die Liegenschaftspolitik des Bundes (z.B. über Baurecht)

Bei den Sitzungen des Runden Tisches sollen neben den Mitgliedern auch interessierte Bürger/innen zu Wort kommen.

INITIATIVANTRAG NR. 06
(eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)
Antragsteller: Jan Rämmer (Neukölln) und weitere

Umsetzung des schul- und Sportanlagenanierungsprogramms durch die Berliner Bezirke

Die sozialdemokratischen Mitglieder in Abgeordnetenhaus und Senat werden aufgefordert, sich für die vollständige Umsetzung des Schul- und Sportanlagenanierungsprogramms durch die Berliner Bezirke im Haushaltsjahr 2013 einzusetzen.

Die aus den Aufstockungsmitteln des SSSP vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen sollen nicht durch die BIM (Berliner Immobilienmanagement GmbH) umgesetzt werden, sondern in eigener Verantwortung durch die zuständigen Fachabteilungen der Bezirksämter.

INITIATIVANTRAG NR. 7
(eingebracht mit den erforderlichen Unterschriften)
Charlottenburg-Wilmersdorf

Beibehaltung des einheitlichen Tarifsystems im VBB

Das für den Verkehr zuständige Senatsmitglied wird aufgefordert, alles Erforderliche zu veranlassen, damit der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) bestehen bleibt und ein einheitliches Tarifsystem ABC mit einem Fahrschein für die Verkehrssysteme BVG, S-Bahn und Regionalbahn weiterhin Bestand hat.

Eine Neuverteilung der Einnahmen aus dem ÖPNV zwischen den in Berlin tätigen Unternehmen, wie sie momentan von der S-Bahn Berlin GmbH und der Regionalbahn gefordert wird, darf dabei nicht einseitig zu Lasten der landeseigenen BVG gehen. Einnahmeverluste für die BVG in Höhe von 34 Millionen Euro zugunsten von S-Bahn und Regionalbahn sind völlig inakzeptabel. Alle beteiligten Unternehmen haben in ihren Verhandlungen miteinander Verantwortung dafür zu tragen, dass es auch zukünftig bei einem einheitlichen Ticket im Tarifbereich ABC bleibt.

INITIATIVANTRAG NR. 08
Kevin Kühnert und weitere

Politischer Bildung in der Schule mehr Raum geben

INITIATIVANTRAG NR. 06
Annahme

INITIATIVANTRAG NR. 7
Annahme i. d. F. d. AK

INITIATIVANTRAG NR. 8
Annahme in der Fassung der AK

BESCHLUSSBUCH | WEITERE ANTRÄGE

LANDESPARTEITAG DER BERLINER SPD AM 27. OKTOBER 2012

Die Berliner SPD fordert weiterhin, der politischen Bildung in Berlins Schulen mehr Raum zu geben. Insbesondere in der Mittelstufe muss strukturell sichergestellt werden, dass das Fächer-Cluster Geschichte/Sozialkunde ausgeglichener unterrichtet und die Komponente „Politik“ deutlicher betont wird. Beides sind gleichwertige Bausteine einer guten politischen Bildung.

Um dem gerecht zu werden muss eine auskömmliche Ausstattung mit Unterrichtsstunden gewährleistet sein. Auch eine separate Betonung von Geschichte und Sozialkunde muss in diesem Kontext erwogen werden und kann eine Aufwertung bedeuten.

KONSENSLISTE

Antrag 135/II/12
Landesvorstand

Konsensliste

Die im Antragsbuch mit gekennzeichneten Empfehlungen der Antragskommission wurden im Konsens ausgesprochen. **Der Landesparteitag stimmt diese mit (K) gekennzeichneten Anträge en bloc ab.**

Antrag 135/II/12
Annahme